



newess


Schwerpunkt

Die Mordnacht und das Gedenken

Ein Sinto in New York: Christian Pfeil spricht vor der UN

Kooperation: Frankfurter Polizisten beim „Aufbauseminar Sinti und Roma“

Finanzierung steht: Das Mausoleum in Halle-Osendorf kann endlich saniert werden



Das Titelbild zeigt das Plakat der Ausstellung „Roma-Helden des Widerstands“ mit Werken des Künstlers Emanuel Barica, einem Rom aus Rumänien. Gezeigt wurden die Arbeiten während der Internationalen Konferenz zum 80. Jahrestag der Auflösung des Lagerabschnitts B II e und der Ermordung von rund 4300 Sinti und Roma im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau im Foyer der Jagiellonen-Universität in Krakau.

© Emanuel Barica

INHALT

1 | EDITORIAL

2 | SCHWERPUNKT

- 4** Die Mordnacht des 2. August 1944 – Berichte von einstigen Häftlingen und die erste Gedenkfahrt deutscher Sinti nach Auschwitz

- 12** Mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas spricht am 2. August die bislang ranghöchste Vertreterin Deutschlands in der Gedenkstätte Auschwitz

- 16** Im Wortlaut: Ansprache der Holocaust-Überlebenden Alma Klasing bei der zentralen internationalen Gedenkveranstaltung

- 18** Gedenken an die ermordeten Sinti und Roma: ein Rundgang in Bildern

- 20** Aufrüttelnde und emotionale Worte beim „Gedenkakt der parlamentarischen und politischen Repräsentant*innen“

- 22** Zeugnis der Vergangenheit, Auftrag für die Zukunft: ein Rundgang in Bildern

- 24** Internationale Konferenz beschäftigt sich mit der Erinnerung nach der Zeitzeug*innen-Generation

- 26** Berührende, poetische und auch schwungvolle Kulturveranstaltung an der Jagiellonen-Universität

- 28** Erinnern, Erleben, Erneuern: ein kultureller Streifzug in Bildern

3 | NACHRICHTEN UND HINTERGRUNDBERICHTE

- 30** Der Holocaust-Überlebende Christian Pfeil spricht auf Einladung von UN-Generalsekretär António Guterres vor den Vereinten Nationen in New York

- 34** Gesammeltes Wissen der „Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa“ online abrufbar

- 38** Außergewöhnliche Recherche: Sonderausstellung im Dokuzentrum zeigt erste Objekte des Sammlungsprojekts „Das vergessene Gedächtnis“

- 42** Romani Rose erneut zum Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma gewählt

- 43** Vom Zentralrat gefordert: Ständige Bund-Länder-Kommission Antiziganismus nimmt Arbeit auf

- 44** „Forum Sinti und Roma“: Rund 200 Teilnehmer*innen aus über 80 Verbänden und Selbstorganisationen tauschen sich mit Politikern aus

- 48** Mehmet Daimagüler im Interview zu Zielen des Forums und zur „Zweiten Verfolgung“

- 50** MIA veröffentlicht zweiten Jahresbericht: Anzahl der Vorfälle hat sich 2024 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt

- 54** „Presse- und Politikmonitoring | Sinti* und Roma**“ als Grundlage für wöchentlichen Newsletter

- 56** Trotz Herausforderungen wird Themenfeld Antiziganismus im zivilgesellschaftlichen Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gestärkt

- 58** Bildungsforum gegen Antiziganismus und Bundesverband RIAS setzen Kooperation fort

- 60** Romani Rose hält Rede im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zum Internationalen Holocaust-Gedenktag

- 62** Mitten in der Stadt Mosbach erinnert nun eine Bronzetafel an die Deportation von 53 Sinti

- 64** Bund stellt Geld für Sanierung des Mausoleums in Halle-Osendorf bereit – Land Sachsen-Anhalt ebenfalls beteiligt

66 Schüler*innen des Gymnasiums Englisches Institut erarbeiten Gedächtnisblatt über Jakob Bamberger

68 Zentralrat stellt beim „Demokratiefest“ rund ums Bundeskanzleramt seine politische Arbeit vor

70 „Aufbauseminar Sinti und Roma“: Dokumentationszentrum kooperiert mit Polizeipräsidium Frankfurt

74 Roma sind integraler Bestandteil der Ukraine und kämpfen als Soldaten in der Armee

78 Symbol für die Gewalt: UN-Vollversammlung ernennt den 11. Juli zum Internationalen Gedenktag an den Völkermord in Srebrenica

4 | VERANSTALTUNGEN UND KULTURPROGRAMM

80 Geschichtslabor, Lesestoff, Weinprobe: Veranstaltungsprogramm setzt auf verschiedene Formate und weitere Kooperationen

84 Vier Jahre nach dem Anschlag von Hanau spricht Niculescu Păun über die tödlichen Schüsse auf seinen 22-jährigen Sohn Vili-Viorel

86 „Karriere einer Täterin“: Filmreihe des Dokuzentrums und der Heidelberger Filmkunsttheater über Hitlers Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl

5 | NEUERSCHEINUNGEN UND BUCHBESPRECHUNGEN

90 Elena Marushiakova und Vesselin Popov: Stalin vs Gypsies. Roma and Political Repressions in the USSR

92 Ingrid Müller-Münch: Die Täterinnen von Majdanek. KZ-Aufseherinnen vor Gericht

94 Christiane Gibiec: Nedderend. Rebellion gegen die NS-Verdrängung

96 Johannes Groschupf: Die Stunde der Hyänen und Dieter Aurass: Recht und Gerächt

6 | AUS DEN MITGLIEDSVERBÄNDEN

98 Landesverband Rheinland-Pfalz: Jacques Delfeld Sr. nach 35 Jahren als Vorsitzender verabschiedet

100 Landesverband Bayern: Nach einem Jahr zieht Diskriminierungsberatung positive Bilanz

102 Landesverein der Sinti in Hamburg: Zum Holocaust-Gedenktag am 2. August an das Schicksal der Minderheit erinnert

104 Landesverband Nordrhein-Westfalen: Mit Land NRW Rahmenvereinbarung geschlossen

106 Landesverband Saarland: Gedenk- und Lernort „Nachhall“ in Saarbrücken eingeweiht

108 Landesverband Schleswig-Holstein und Türkische Gemeinde gründen gemeinsam Melde- und Informationsstelle

110 Regionalverband Schwaben: Kooperationsvereinbarung mit Bezirk Bayerisch-Schwaben geschlossen

7 | NACHRUFE

112 Franz Michalski

113 Sonja Rose

114 Elisabeth Guttenberger

115 Ilse Johanna Christiansen

116 Mirano Cavaljeti-Richter

117 Albert Wolf

118 Wilhelm Solms

119 Stefan Köcher

120 Bildnachweise

121 Impressum



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 trieb die SS fast 4300 Sinti und Roma – Frauen, Kinder sowie ältere und kranke Menschen – trotz erbitterten Widerstands in die Gaskammern von Auschwitz-Birkenau. Erst 2015 erkannte das Europäische Parlament den Völkermord auch an unserer Minderheit an und erklärte den 2. August zum „Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma“. 2024 konnten wir den 80. Jahrestag dieses Massenmordes mit einer großen Gedenkveranstaltung in jenem Lagerabschnitt begehen. Daran haben leider nur noch wenige Überlebende teilnehmen können. Es war aber ein wichtiges Zeichen, dass dort mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas die bislang ranghöchste Vertreterin der Bundesrepublik gesprochen hat. Gefreut haben wir uns zudem darüber, dass zahlreiche Repräsentant*innen nahezu aller europäischen Staaten unserer Einladung gefolgt sind. Flankiert wurde das zentrale Gedenken von verschiedenen weiteren Veranstaltungen, über die wir in dieser Ausgabe des „newess“ berichten. Wir blicken aber auch zurück auf die Ereignisse jener schrecklichen Nacht und erinnern an den Herbst 1985, als erstmals Angehörige unserer Minderheit gemeinsam ihrer ermordeten Verwandten in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau gedachten.

Neben diesem Schwerpunkt finden Sie in unserem Heft eine spannende Auswahl weiterer Themen, die das Dokumentations- und Kulturzentrum sowie den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma im Jahr 2024 beschäftigt haben. Die Aufgaben waren dabei so vielfältig und arbeitsintensiv, dass Sie unser „newess“ diesmal leider mit zeitlicher Verzögerung erreicht.

Ich wünsche Ihnen viele neue Erkenntnisse beim Lesen.

Latscho Diwes,

a Djelde maren ani Rathi 2.-3. August 1944 abi 4300 Sinti hach Roma, Djuweja, Tschawe, hach mare Pure un Nassle gurain pen miti SS sching te wajan jon lende an koi Rathi, ani Lagra Auschwitz-Birkenau marede. 2015 leis o Europäische Parlament maro Tschatschepen pre, te wajan mare Sinti hach Roma ano Holocaust hach a Jiewee nina marede. Jon carenna o 2. August seit kote „Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma“. 2024 his o 80. Jahrestag kai mer in Auschwitz Birkenau, kote kai wajan abi Rath 1944 jake buth mare Sintinda hach nina Roma marede , i bari Gedenkveranstaltung kerum. Budh mare Purenda, kai his abi Lagra und djiwan bal o Djeldo Ziro gumi natschi his gar baschel, dran djais lenge gar mischto. Daimoli nina drano baro Drom.

Da his a barede Politikareza vuno Gadschkeno, i Bundestagspräsidentin Bärbel Bas baschel un te rakreis li his latsches und wichtiges mare Sintinge. Nina buth bare europäertike Politikareia his ab mari Gedenkveranstaltung. Mer dikah an maro Liel nina abo bale, kai his o ersto goppo mare Sinti kai wan vuni Lagra djido bale und lengere Tschawe ani Gedenkstätte Auschwitz- Birkenau.

Bral gowa un wawa wichtige Veranstaltungeni vuno Zentralrat hach o Dokumentationszentrum hazenna ano „newess“.

Buth Bacht un Zastapen tumenge.



„AUS DEN GASKAMMERN KONNTE MAN NOCH EINE ZEITLANG VERZWEIFELTE SCHREIE HÖREN“

Die Mordnacht des 2. August 1944 – Berichte von einstigen Häftlingen und die erste Gedenkfahrt deutscher Sinti nach Auschwitz in das ehemalige Vernichtungslager

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Gedenken an den riesigen Friedhof: Der Stein mit der Inschrift Auschwitz-Birkenau liegt am Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas.

Die Vernichtungsaktion nahm den gewohnten Verlauf. Der SS-Mann und seine Helfershelfer entsicherten ihre Pistolen und Gewehre. Dann forderten sie die entkleideten Menschen unmissverständlich auf, in jene drei Räume zu gehen, in denen sie vergast werden sollten. Während sie ihren letzten Gang antraten, weinten viele aus Todesangst. Einige bekreuzigten sich und flehten Gott an. Viele andere aber wollten sich mit ihrem unabwendbaren Schicksal nicht abfinden, wandten sich lebhaft gestikulierend an die SS-Leute und riefen ihnen immer wieder zu: „Wir sind doch Reichsdeutsche! Mit uns könnt Ihr das doch nicht machen!“ Das aber beeindruckte die NS-Schergen rein gar nicht. „Auch aus den Gaskammern konnte man noch eine Zeitlang verzweifelte Rufe und Schreie hören“, beschreibt Filip Müller später die Ereignisse in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944. Und fügt hinzu: „Bis das tödliche Gas seine Wirkung getan und die letzte Stimme zum Ersticken gebracht hatte.“

Als Mitglied des „Sonderkommandos“ war der jüdische KZ-Häftling gezwungen, die Ermordung der Mitgefangenen im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zu organisieren und ihre Leichen anschließend zu verbrennen. Damit ist der damals 22-jährige Slowake einer der wenigen Zeugen der Auflösung des Lagerabschnitts B II e und des grausamen Sterbens von rund 4300 Sinti und Roma.

Bis zur Morgendämmerung waren die meisten der vergasten Angehörigen der Minderheit auf den hinteren Hof hinausgeschleift worden, schildert Filip Müller. „Jetzt wurde damit begonnen, die Leichen in zwei nebeneinanderliegende Gruben zu schaffen, um dort ihre Einäscherung vorzubereiten.“

Das barbarische Vorgehen gegen die Sinti und Roma – überwiegend alte und kranke Menschen sowie Kinder – konnte natürlich im Vernichtungslager Birkenau nicht un bemerkt ablaufen. „Da die SS alle Gefangenen zwang, in ihren Baracken zu bleiben, gab es nur wenige Augenzeugen, aber viele hörten, was sich ereignete“, so der Historiker Ari Joskowicz in seiner Studie „Rain of Ash: Roma, Jews, and the Holocaust“. Mitgefangene, die sich nach der Befreiung an dieses Ereignis erinnerten, hätten fast alle von Schreien berichtet, die sie auf die Brutalität der Wachleute und den Widerstandswillen der Sinti und Roma zurückführten. „Viele jüdische Zeugen beschrieben diese Nacht als die schlimmste, die sie in Auschwitz erlebt hatten, vor allem aufgrund der Geräusche.“

Die Mordnacht vom 2. August 1944 hat das Europäische Parlament 2015 – also erst 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges – zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma erklärt. Mit der Resolution wurde auch die historische Tatsache des Völkermords an der Minderheit offiziell anerkannt – allerdings auch das keineswegs einstimmig.

Bereits 2011 hatte das polnische Parlament den 2. August als Gedenktag etabliert. Im Jahr 2012 folgte Kroatien. 2016 wiederum gestand der damalige französische Präsident François Hollande eine „umfassende Verantwortung“ Frankreichs für die Mitwirkung an der Internierung von rund 6500 Roma in 31 französischen Lagern ein, bevor diese in

Konzentrationslager deportiert wurden. Am 2. August 2024 wurde in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau nunmehr an den 80. Jahrestag des Massenmordes an den Sinti und Roma erinnert.

Mehr Kinder, Frauen und Männer ermordet, als lange angenommen

Lange waren Historiker*innen noch davon ausgegangen, dass in jener Nacht rund 2900 Männer, Frauen und Kinder ermordet wurden. Erst 2018 haben Helena Kubica und Piotr Setkiewicz im Magazin des Staatlichen Museums Auschwitz eine Neubeurteilung der letzten Phase des Lagerabschnitts B II e vorgenommen. Dabei berufen sie sich insbesondere auf die Auswertung der bis dahin von der Forschung nicht berücksichtigten Stärkemeldungen der dort inhaftierten Frauen und Mädchen. Dadurch konnten

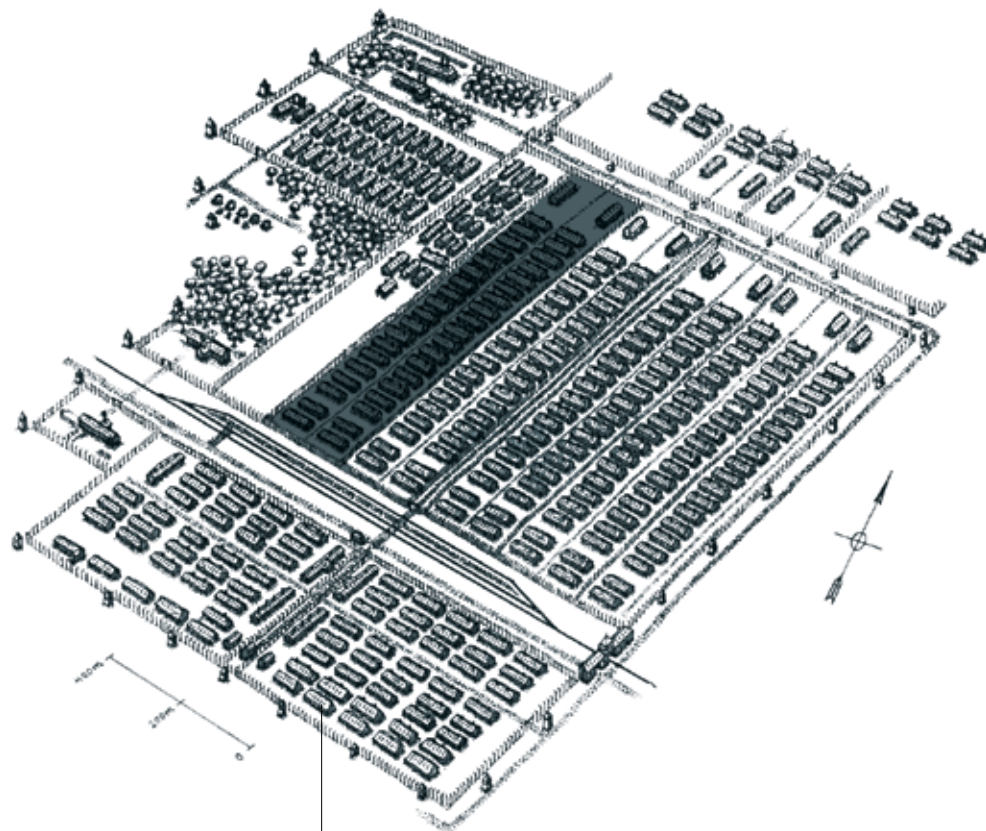
sie belegen, dass die Zahl der Häftlinge in der Nacht des 2. August 1944 deutlich höher lag. Nämlich bei etwa 4300 Männern, Frauen und Kindern.

Aufgrund des „Auschwitz-Erlasses“ von Heinrich Himmler waren seit Februar 1943 rund 23.000 Angehörige der Minderheit aus ganz Europa in den Lagerabschnitt B II e verschleppt worden. „Der erste Eindruck, den wir von Auschwitz bekamen, war schrecklich“, berichtete Elisabeth Guttenberger später in einem Interview. Sie war 17 Jahre alt, als die Nationalsozialisten sie im März 1943 gemeinsam mit ihren Eltern und Geschwistern von München aus ins besetzte Polen deportierten. „Das ‚Zigeunerlager‘ lag in Birkenau zwischen dem Männerlager und dem Häftlingskrankenbau. In diesem Bereich standen 30 Baracken, die man Blöcke nannte. Davon gingen Küche, Krankenstuben und

Waschraum ab“, schilderte sie. Ein Block war die Toilette für das ganze Lager. In den restlichen Blöcken waren mehr als 20.000 Angehörige der Minderheit, darunter auch Jenische, eingepfercht. „Die Baracken hatten keine Fenster, sondern nur Lüftungsklappen. Der Fußboden war aus Lehm. In einer Baracke, die vielleicht für 200 Menschen Platz gehabt hätte, waren oft 800 und mehr untergebracht. Das allein war schon ein furchtbares Martyrium, diese Unterbringung der vielen Menschen“, so Elisabeth Guttenberger.

Doch sogar schon vor dem folgenschweren Erlass vom 16. Dezember 1942 waren Sinti und Roma in das größte deutsche Vernichtungslager verschleppt worden. Jerzy Dębski und Jan Parcer stellten bereits 1994 fest, dass unter dem Datum 9. Juli

1941 insgesamt neun Häftlinge von der Kriminalpolizei in Kattowitz eingeliefert worden seien. Unter ihnen zwei polnische Roma sowie ein Rom aus dem Protektorat



Enorme Dimensionen: Der Lagerabschnitt B II e, in dem die Sinti und Roma inhaftiert waren, ist hervorgehoben.



Unfassbare Zustände: Die Holzbaracken im Vernichtungslager Birkenau – von den Nationalsozialisten B II genannt – hatten keine Fenster, nur Lüftungsklappen. Der Fußboden war aus Lehm und es herrschte wegen Überbelegung drangvolle Enge.

Böhmen und Mähren. Einzelne weitere Einweisungen gab es demnach in der Folgezeit. Am 3. Dezember 1942 – also rund zwei Wochen vor dem Erlass – traf der erste größere Transport mit 93 Roma ein. „Ihr weiteres Schicksal nach der Einlieferung ins Lager ist unbekannt“, teilten beide mit. Im „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz Birkenau 1939-1945“ ist dazu vermerkt: „Dieser Transport wird weder an diesem noch am folgenden Tag im Verzeichnis der eintreffenden Transporte notiert. Wahrscheinlich werden die Zigeuner in der Gaskammer getötet.“

Der Besuch beim Onkel endet mit Deportation nach Auschwitz

Die deutsche Sinteza Anna Mettbach wiederum schildert in ihren Erinnerungen „Wer wird die Nächste sein?“, dass sie schon Anfang 1942 nach Auschwitz deportiert wurde. Die in Schweinfurt lebende Familie hatte sich Sorgen um den Bruder ihrer Mutter gemacht. „Zu meinem Onkel hatten wir nur Briefkontakt. Er lebte allein, denn seine Frau war

verstorben, der Sohn und die Tochter waren nach Polen verschleppt worden.“ Da er zuletzt geschrieben hatte, dass er sehr krank sei, war die Angst um ihn groß. „Ich fuhr also Anfang 1942 mit der Bahn zu meinem Onkel. Um nicht entdeckt zu werden, hielt ich mich auf der Zugfahrt im Hintergrund“, heißt es weiter. Seit Oktober 1939 war nämlich der „Festsetzungserlass“ in Kraft. Unter Androhung von KZ-Haft wurde damit Sinti und Roma die Auflage erteilt, „von sofort ab bis auf Weiteres ihren Wohnsitz oder jetzigen Aufenthalt nicht zu verlassen“. Die 16-jährige Anna kam zwar wohlbehalten bei ihrem Onkel in der Nähe von Heilbronn an. Als sie einige Zeit später zurück nach Hause fuhr, wurde sie jedoch von der Polizei überprüft. „Zur Strafe wurde ich ohne jede Gerichtsverhandlung in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert.“ Zunächst brachte sie die SS im allgemeinen Frauenlager unter, Anfang 1943 wurde sie nach eigenen Angaben nach B II e überstellt: „Nun kam ich in dieses Lager, das ich mit den anderen Häftlingen aufgebaut hatte, und hier sah ich die totale Vernichtung.“

Begonnen wurde mit dem Bau Ende 1942. Ab dem 26. Februar 1943 wurde dann der erste Transport von Angehörigen der Minderheit dort eingesperrt.

Elisabeth Guttenberger skizziert die menschenverachtenden Zustände in dem Lagerabschnitt: „Am schlimmsten war der Hunger. Die hygienischen Verhältnisse sind nicht zu beschreiben. Es gab kaum Seife und Waschmöglichkeiten. Und als Typhus ausbrach, konnten die Kranken nicht behandelt werden, weil es keine Medikamente gab. Die Hölle war das. Man kann es sich nicht schlimmer vorstellen.“

Und Maria Peter, die 1921 im nordhessischen Wasenberg geboren wurde und sich 1943 gemeinsam mit Verwandten im sogenannten „Zigeunerlager“ wiederfand, schilderte: „In Birkenau mussten wir alle Sklavenarbeit machen, ich musste dort beim Bau der Wege und Straßen arbeiten und hatte hierfür die schweren Steine herbeizutragen.“ Auch Franz Rosenbach, der von Wien ebenfalls 1943 nach Auschwitz verschleppt wurde, sagte: „Bald nach der Ankunft wurde ich eingeteilt zur Zwangsarbeit im Kommando Kanalbau in Birkenau, das nur aus Sinti und Roma bestand. Es gab keine Schuhe, keine Strümpfe, bei Sturm und Regen mussten wir ununterbrochen Lehm schaufeln.“ Schlimmer noch: „Mit großen Stöcken wurden die abgemagerten Häftlinge bis zur völligen Erschöpfung angetrieben; jeden Abend mussten wir Tote heimtragen.“

Sinti und Roma waren bewaffnet mit Messern, Schaufeln und Brechstangen

Im Frühjahr 1944 begann die SS damit, junge, gesunde und arbeitsfähige Sinti und Roma in andere Arbeitslager und KZ zu verlegen. Anna Mett bach etwa kam nach Ravensbrück, ebenso die Mutter und zwei Schwestern von Franz Rosenbach. Er selbst wurde nach Buchenwald „verschubt“. Da die Lagerleitung mit der Ankunft mehrerer Hunderttausend Jüdinnen und Juden aus Ungarn rechnete, sollte der Lagerabschnitt B II e „liquidiert“, also die noch verbliebenen Angehörigen der Minderheit getötet werden, um Platz zu schaffen. Der politische Häftling Tadeusz Joachimowski berichtete, dass sich die dort noch inhaftierten Sinti und Roma ihrer für den 16. Mai 1944 geplanten Ermordung erfolgreich widersetzen. „Die SS-Männer umstellten die



von den Zigeunern bewohnten Baracken“, so der polnische Lagerschreiber. Darin herrschte völlige Stille, denn die versammelten Angehörigen der Minderheit, „bewaffnet mit Messern, Schaufeln, Eisenwerkzeugen, Brechstangen und Steinen, warteten ab, wie sich die Ereignisse entwickeln würden.“ Und tatsächlich brach der Einsatzleiter die Aktion ab und die SS zog unverrichteter Dinge von dannen. Nach dem Scheitern dieses ersten Versuchs setzte die SS die schrittweise Verlegung der noch arbeitsfähigen Gefangenen fort. Bis zum Abend des 2. August 1944.

„Das ganze Männerlager schreckte aus dem Schlaf hoch, geweckt vom Schrei vieler tausend Menschen“, erinnerte sich die junge Polin Seweryna Szmaglewska, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Zeugin im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher gehört wurde. „Es genügt, vor die Baracke zu gehen, um festzustellen, was los ist.“ Im hell erleuchteten „Zigeunerlager“ habe die SS die Menschen gejagt und befohlen, dass sie in Fünferreihen antreten, das Lager verlassen und in Richtung Krematorium laufen. „Aber sie leisteten Widerstand, daher die Schreie, die über Birkenau tönen.“



Ewiges Gedenken an die toten Sinti und Roma: Vinzenz Rose, der selbst in Auschwitz inhaftiert war, hat das erste Mahnmal für die Minderheit, das Pfingsten 1974 eingeweiht wurde, im ehemaligen Lagerabschnitt B II e erbaut.

Ähnlich rekapitulierte der junge Pole Marian Perski die dramatische Situation: „Im Lager B II e tummelten sich die SS-Männer und schmissen die sich wehrenden Zigeuner aus den Baracken raus. Man konnte Peitschenhiebe hören, Schimpfwörter in diversen Sprachen, Geheul, Geschrei. Ab und zu fiel ein Revolverschuss.“ Und weiter: „Die unbewaffneten Zigeuner wideretzten sich, flüchteten zwischen die Baracken und versteckten sich darin. Diejenigen, die Widerstand leisteten, wurden gnadenlos geschlagen und getreten.“ Marian Perski konstatierte überdies, dass es unter den Sinti und Roma keine jungen Menschen mehr gab: „Die meisten von ihnen waren wehrlose Frauen, Kinder und Kranke.“ Die ungarisch-jüdische Überlebende Éva Fahidi-Pusztai formulierte dazu in ihrer Ansprache zum 2. August 2019 bei der zentralen Gedenkfeier im einstigen Lagerabschnitt B II e: „Wir im Lager waren erstarrt vor Angst. Auch bleibt man nicht gleichgültig, wenn 4300 Menschen im Nachbarlager mit so drastischen Methoden, mit offenem Feuer aus Flammenwerfern in den Tod getrieben werden. So unerwartet, wie diese Aktion begonnen hatte, so unerwartet ist auf einmal Ruhe eingekehrt. Und das konnte man auch kaum aushalten.“

Sinti und Roma wurden aber auch nach dieser unfassbaren Mordnacht noch nach Auschwitz verschleppt. So erreichte etwa am 5. Oktober 1944 ein Transport mit 1188 Häftlingen aus Buchenwald die berühmte Rampe. „Unter ihnen waren 800 Zigeuner, die bereits zuvor im Lager Auschwitz gewesen waren“, hielt Kazimierz Smoleń, Mitbegründer des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau und selbst Überlebender, 1994 fest. „Diese ermordete man am 10. Oktober 1944 in den Gaskammern.“ Nur acht Tage später hielt erneut ein überfüllter Zug aus Buchenwald in Birkenau an, diesmal mit 218 Frauen. „Darunter 49 Zigeunerinnen aus dem Kommando Altenburg und 168 Zigeunerinnen aus dem Kommando HASAG in Taucha bei Leipzig“, lautet die konkrete Angabe dazu im „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz Birkenau 1939-1945“.

„Das ehemalige Lagergelände ist für uns in erster Linie ein riesiger Friedhof“

„Es gibt unter uns kaum eine Familie, die mit dem Namen Auschwitz nicht den Verlust von Angehörigen verbindet“, hat Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates und Geschäftsführer des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, immer wieder in seinen Reden betont. Und dabei ergänzt: „Das ehemalige Lagergelände von Auschwitz-Birkenau ist für uns in erster Linie ein riesiger Friedhof.“ Folglich haben nach Ende des Zweiten Weltkrieges einzelne Familien diesen Teil der Gedenkstätte öfter besucht, um ihrer Verwandten zu gedenken. „Das erste Totenmahnmal in der Geschichte der Zigeuner ist heute am ersten Pfingstfeiertag 1974 in dem größten Vernichtungslager der Welt in Auschwitz – Polen – eingeweiht worden“, zitierte der Rundfunkmitarbeiter Gerhard F. Rüdiger aus seinen Tonbandprotokollen von der Veranstaltung in der Gedenkstätte. Und er wiederholte die Worte Storo Kutschers: „Einer der wenigen Häftlinge, der diesem Schicksal mit knapper Not entging, ist unser Freund und jetziger Vorsitzender des Verbands der Sinti Deutschlands, Vinzenz Rose, der auch der Initiator und alleinige Ersteller dieses Mahnmals ist.“ Der Sinto erzählte weiter: „Ihm allein ist es zu verdanken, dass es erbaut wurde zum ewigen Gedenken der toten Sinti, die hier umgekommen sind. Aber einen Dank erwartet er keinen, da es für ihn eine Selbstverständlichkeit war, dies zu tun.“ Die Familie Rose hatte selbst den Verlust von 13 Familienmitgliedern durch den Völkermord zu betrauern.



Erste Gruppenfahrt der deutschen Sinti nach Auschwitz:
Im Oktober 1985 legten Holocaust-Überlebende und ihre
Familienmitglieder am Ort des Menschheitsverbrechens
an ihrer Minderheit Kränze und Blumen nieder.

Im Herbst 1985 nahmen dann rund 100 Personen aus ganz Deutschland an der ersten Gruppenreise nach Auschwitz teil – darunter etwa 15 Überlebende und ihre Familienmitglieder. Organisiert wurde die Gedenkfahrt vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, der sich drei Jahre zuvor gegründet hatte. Kein einfaches Unterfangen, wie zwei prall gefüllte Aktenordner im Archiv des Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma belegen. Immerhin befanden sich Ost und West im „Kalten Krieg“, Reisen hinter den „Eisernen Vorhang“ waren schwierig und bisweilen auch abenteuerlich. Auch deshalb begannen die Vorbereitungen bereits im April 1985, der Aufenthalt inklusive Busfahrt dauerte vom 30. September bis zum 6. Oktober.

Die Bundesregierung unterstützte das Vorhaben finanziell. Mit diesem Besuch werde an die Verkündung der Nürnberger Rassegesetze vor 50 Jahren erinnert, erklärte der Vorsitzende des Zentralrates, Romani Rose, im September 1985. Die Delegation wurde zudem von Journalisten begleitet, und ein Team der Medienwerkstatt Franken veröffentlichte im Anschluss eine knapp 25-minütige Dokumentation. Darin werden auch mehrere Überlebende zu ihrem Schicksal befragt. „Ich habe 50 bis 60 Personen verloren: Vater, Mutter, Geschwister, Nichten, Tanten“, erzählt eine Mittvierzigerin in die Kamera. „Und ich habe Herzklopfen und direkt Angst, da reinzugehen.“ Schon auf der Fahrt habe sie im Bus geweint. „Ich persönlich war nicht da drin, aber meine Geschwister und Eltern“, schiebt sie noch nach.

Eine andere SinteZZa schildert, dass sie nur durch Zufall überlebt habe. „Der Arzt hat gesagt, ich kann noch arbeiten.“ Ihre beiden älteren Schwestern seien zum Glück



noch bei ihr gewesen. „Dadurch bin ich auf Transport gekommen – ab nach Ravensbrück.“ Eigentlich hätte sie gar nicht mitkommen sollen. „Ich sollte auch vergast werden, weil ich zu klein war.“

Damals ist auch Gerda Pohl das erste Mal in die Gedenkstätte nach Auschwitz gefahren, gemeinsam mit ihrem – inzwischen verstorbenen – Mann Horst. „Er wurde im Alter von zehn Jahren mit seiner Familie nach Auschwitz-Birkenau verschleppt“, berichtet sie im Gespräch mit dem „newess“. Dort wurden sein Vater und sein jüngerer Bruder ermordet, er selbst für pseudomedizinische Versuche misshandelt. „Als ich das Lager gesehen habe, konnte ich zum ersten Mal erkennen, was sie dort wirklich ausgehalten haben“, so die 85-Jährige, die am 2. August 2023 am Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma stellvertretend für die Überlebenden gesprochen hat. Denn auch sie wurde mit ihrer Familie verfolgt, konnte sich aber ver-

stecken. Gerda Pohl erinnert sich noch daran, dass ihrem Mann und anderen Sinti der Zugang zu dem Archiv der Gedenkstätte gewährt wurde, in dem zum Teil noch nicht ausgewertete Dokumente lagerten. „Sie durften nach ihren Angehörigen forschen.“ Tatsächlich hat Horst Pohl darin ein Foto seines ermordeten Bruders entdeckt. „Das war ganz schlimm für ihn.“ Und bis heute hat sie nicht vergessen, dass einige der Mitreisenden sehr viel geweint haben und kurz vor dem Zusammenbruch standen. Für eine ältere Frau war die Rückkehr an diesen Ort des Grauens mehr als sie ertragen konnte. Die Reisegruppe hatte bereits die Heimfahrt angetreten, als sie massive Herzprobleme bekam. Im tschechischen Ostrava wurde sie zunächst auf die Intensivstation eingeliefert und wenige Tage später mit dem Krankenwagen nach Deutschland gebracht. Begleitet wurde sie dabei von einem Mitarbeiter des Zentralrates, der sich in dieser schwierigen Situation um die Sinteza kümmerte. ■

„FESTER PLATZ IM ÖFFENTLICHEN GEDENKEN DEUTSCHLANDS“

Mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas spricht am 2. August die bislang ranghöchste Vertreterin der Bundesrepublik in der Gedenkstätte Auschwitz

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Farbenfrohe Zeichen der Erinnerung: Zum Gedenken an die im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordeten Sinti und Roma legten die Botschafter*innen zahlreicher Staaten und die Vertreter*innen verschiedener Organisationen Kränze und Blumengestecke nieder.

Es fällt Boleslaw Rumanowski sichtlich schwer, den Weg zu dem kleinen Podest zurückzulegen. Nicht wegen der Entfernung, sondern wegen der schmerzvollen Aufgabe, die den alten Herrn an diesem strahlenden Sommertag

dort am Mikrofon erwartet. Der polnische Rom hat sich bereit erklärt, „als Zeuge der Geschichte, als jemand, der die Hölle der Verfolgung und Unterdrückung überlebt hat“, mit mehreren Hundert Gästen und vor zahlreichen Fernseh-

kameras seine Erinnerungen und Überlegungen zu teilen. Genau in jenem Abschnitt des einstigen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, von dem aus in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 rund 4300 Angehörige der Minderheit von der SS direkt in die Gaskammern gezerzt und ermordet wurden. Dabei erwähnt der Holocaust-Überlebende nur am Rande, dass er an diesem Jahrestag seinen 92. Geburtstag begeht.

Auch für Alma Klasing ist es ein aufwühlender Moment, als ihr Name aus den überdimensionalen Lautsprechern ertönt und ihre Ansprache angekündigt wird. Die deutsche Sinteza hat noch nie öffentlich von den Erniedrigungen und der schier unerträglichen Furcht vor den NS-Schergen erzählt. Deshalb ist es ihr ausdrücklicher Wunsch, dass die junge Romni Fatima Stieb sie begleitet und – nach der selbst verlesenen Einführung – die Rede für sie vorträgt.

Darin schildert die 84-Jährige, dass ihr Vater als Soldat der Wehrmacht an der Front des Zweiten Weltkrieges für sein Heimatland kämpfte, während sich die Familie unter unmenschlichen Bedingungen in den Wäldern Baden-Württembergs versteckte. „Das alles musste so geräuschlos wie möglich ablaufen, immer in der Angst vor Entdeckung und Deportation in die Vernichtungslager.“

Am 80. Jahrestag der brutalen Auslöschung der letzten Sinti und Roma in Auschwitz – überwiegend Kinder, alte und kranke Menschen – berichten die beiden Überlebenden vom Schicksal ihrer engsten Verwandten und blicken zudem auf die Ermordung von 500.000 Angehörigen der Minderheit im NS-besetzten Europa zurück. Bewegende Augenblicke, die etliche Zuhörerinnen und Zuhörer zu Tränen rühren und jeweils mit minutenlangem Applaus honoriert werden, zu dem sich alle von ihren Plätzen erheben.

„Deutschland hat Ihnen und Ihren Familien furchtbares Leid angetan“, wendet sich Bärbel Bas wenig später persönlich an die Sinteza und den Rom. Und die Bundestagspräsidentin fügt hinzu: „Sie mussten durch die Hölle gehen. Ich weiß sehr zu schätzen, dass Sie heute hier sind.“ Die SPD-Politikerin ist die bislang ranghöchste Vertreterin der Bundesrepublik, die am Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma am Ort dieses deutschen Menschheits-



Eintauchen in die Lebensgeschichten der NS-Opfer: Romani Rose führt Bundestagspräsidentin Bärbel Bas vor der zentralen Gedenkveranstaltung durch die Dauerausstellung zum Völkermord an den Sinti und Roma in Block 13 des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau.

verbrechens an die Opfer der Nationalsozialisten erinnert. Gleichzeitig würdigt Bärbel Bas das Engagement der Bürgerrechtsbewegung gegen das Verdrängen und Ignorieren der Grausamkeiten: „Die Überlebenden, ihre Kinder und Enkel haben diesen Kampf auf sich genommen. Sie haben das Schweigen gebrochen und ihr Heimatland mit seinen Verbrechen konfrontiert.“ Mehr noch: Sie haben auf Gleichberechtigung bestanden, während sich die Diskriminierung in Ämtern und Behörden fortsetzte. „Heute hat das Leiden der Sinti und Roma einen festen Platz im öffentlichen Gedenken Deutschlands“, bekräftigt die Bundestagspräsidentin. Dennoch seien das gesellschaftliche Bewusstsein für den Völkermord an der Minderheit und die historische Verantwortung der Deutschen keinesfalls selbstverständlich. „Feindliche Einstellungen gegenüber Sinti und Roma sind noch immer weit verbreitet.“ Aus diesem Grund fordert Bärbel Bas einen Bewusstseinswandel in vielen Bereichen der Gesellschaft: „Wir brauchen Respekt und Akzeptanz.“

Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrates sowie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, betont in seiner Ansprache: „Die diesjährigen

Wahlergebnisse des Europäischen Parlaments führen uns nochmals deutlich vor Augen, dass Europa in einer besorgniserregenden Krise ist.“ Der Nationalismus biete den Menschen in ihrer Verunsicherung und mit ihren Ängsten einfache Lösungen. Aus der Geschichte aber sei doch bekannt, dass dabei immer Minderheiten zu Sündenböcken gemacht würden. „Die Erfahrung aus der Nazi-Herrschaft verpflichtet uns, die Menschenwürde und die Menschenrechte überall und für jeden zu verteidigen“, mahnt Romani Rose. Und er fordert: „Wir wissen, dass Tausende Menschen jedes Jahr im Mittelmeer ertrinken, und wir wissen, dass Tausende in der Wüste von Tunesien und Libyen ausgesetzt werden. Wir wissen auch, dass kein Land die Probleme von Krieg, Hunger und Umweltkatastrophen allein lösen kann. Wir appellieren an die Politik, die Kraft ihres Handelns auf das Überleben der Menschheit in Frieden zu konzentrieren.“ Denn das Vermächtnis der Opfer von Auschwitz verbiete es, diese Gleichgültigkeit zu akzeptieren, so der Vorsitzende der beiden Institutionen, die gemeinsam mit der Gedenkstätte und dem Museum Auschwitz-Birkenau sowie dem Verband der Roma in Polen die zentrale internationale Gedenkveranstaltung am 2. August organisieren.

Sinti und Roma möchten mit allen Rechten und Pflichten respektiert werden

Roman Kwiatkowski, der Vorsitzende des Verbands der Roma in Polen, konstatiert derweil: Die Auflösung des Lagerabschnitts B II e „bedeutete nicht das Ende der Vernichtung. Wir wurden weiter ermordet, um Platz für unsere jüdischen Brüder im Elend zu schaffen, die wie wir zur Vernichtung verurteilt waren“. Und er zeigt ebenfalls auf, dass Antiziganismus weiterhin allgegenwärtig ist, auch wenn er sich nicht immer in verbalen und körperlichen Angriffen äußere. Diese spezifische Form des Rassismus beruhe auf Stereotypen und Vorurteilen, durch die der Minderheit negative Eigenschaften zugeschrieben werden. „Diese Haltung schließt jeden Dialog aus, drängt uns an den Rand des Lebens.“ Doch Sinti und Roma möchten mit allen Rechten und Pflichten respektiert werden, so Roman Kwiatkowski.

Zum 80. Jahrestag der menschenverachtenden Auflösung des Lagerabschnitts B II e hat die Republik Polen mit der



Senatsmarschallin ihre dritthöchste Repräsentantin zu der Gedenkveranstaltung entsandt. Małgorzata Kidawa-Błońska erinnert an die tausenden Roma, die in Polen, Weißrussland, der Ukraine und Russland lebten und „es nicht einmal bis Auschwitz schafften“. Denn sie wurden bereits zuvor bei Massenerschießungen hinter der Front von den sogenannten Einsatzgruppen niedergemetzelt, die sich aus deutschen Polizisten, Wehrmachtssoldaten und SS-Einheiten rekrutierten. „Doch den Nazis gelang es nicht, ihren irrsinnigen, verbrecherischen Plan zu realisieren. Der Beweis für ihre endgültige Niederlage ist Ihre Anwesenheit hier.“ Die Anwesenheit von Roma und Sinti, die den Holocaust überlebt haben, die Anwesenheit ihrer Kinder und Enkelkinder, die Anwesenheit der nachfolgenden Roma-Generationen, die mit Stolz die großartige Tradition und Kultur der europäischen Roma pflegen.

Die Präsidentin der zweiten Kammer des polnischen Parlaments spannt den Bogen zur kriegerischen Aktualität in Europa und der Welt: „Wenn wir uns wirklich an den Holocaust erinnern, muss unsere Antwort zur Verteidigung der Freiheit entschlossen sein. Wenn unser Gedenken von Belang sein soll, müssen wir heute konkrete Solidarität mit allen Völkern zeigen, die Opfer von Krieg, Hass und der Ideologie des Großmachtwahns sind.“ Im Angesicht von Auschwitz habe man in ganz Europa geglaubt, dass die



Hochrangige politische Vertreter: die Holocaust-Überlebenden Marian Turski und Christian Pfeil gemeinsam mit Theodoros Rousopoulos (Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates), Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, Romani Rose, Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig, Roman Kwiatkowski (Vorsitzender des Verbands der Roma in Polen), Małgorzata Kidawa-Błońska (Marschallin des Senats der Republik Polen) und Dr. Piotr Cywiński (Direktor des Staatlichen Museums und der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau) während der Gedenkveranstaltung im ehemaligen Lagerabschnitt B II e (von links).

Forderung „Nie wieder“ zur Leitlinie für alle Staaten und Politiker werden würde. „Heute, nach Russlands Aggression gegen die Ukraine, wissen wir erneut, dass nichts ein für alle Mal gegeben ist: weder der Frieden noch die Demokratie noch das Vertrauen, nicht einmal die Erinnerung.“

Die schwierige bis katastrophale politische Gegenwart spiegelt sich in den Reden wider

Überhaupt spiegelt sich in fast allen Beiträgen die schwierige bis katastrophale politische Gegenwart wider. Dani Dayan, der Vorsitzende von Yad Vashem, stellt zunächst fest: „Sinti und Roma und Juden – wir wurden in ähnlichen Viehwaggons transportiert; wir wurden in denselben Gaskammern ermordet, hier in Birkenau und anderswo; unsere Körper wurden in denselben Krematorien verbrannt und unsere Asche auf denselben Feldern verstreut. So wurden wir zu ewigen Partnern im moralischen Kampf gegen das Böse und für das Gedenken an die unschuldigen Opfer und ihr Vermächtnis.“ Seine Teilnahme an der Veranstaltung bezeichnet der Repräsentant der internationalen Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem gar als „Meilenstein dieser moralischen Partnerschaft“, um dann – zumindest indirekt – den mörderischen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 zu thematisieren: „Mein eigenes Land hat vor Kurzem zu unserem großen Entsetzen entdeckt, dass zerstörerische Kräfte, motiviert von völkermörderischem Hass, in der Lage sind,

sogar dokumentierte Gräueltaten zu leugnen, die erst vor wenigen Monaten begangen wurden!“

In seiner Videobotschaft ruft UN-Generalsekretär António Guterres schließlich alle Anwesenden auf: „Wir müssen gemeinsam dafür einstehen: Fanatismus bekämpfen, wann und wo immer er auftritt; Menschenrechte der Roma schützen und fördern; eine Welt so gestalten, dass alle Menschen in Würde, Frieden und Freiheit leben.“ Und er verspricht: „Die Vereinten Nationen sind in dieser Sache Ihr unerschütterlicher Verbündeter.“

Die beiden Holocaust-Überlebenden wiederum setzen ihre ganze Hoffnung für die Zukunft auf die jungen Menschen: „Die Wahlerfolge der rechten Parteien in Deutschland und in vielen Ländern Europas sowie das gewalttätige Auftreten von Neonazis machen mir große Angst“, räumt Alma Klasing ein. Daher möchte die Sinteza gerade die Jugend vor diesen „falschen Propheten“ warnen: „Ich bitte Euch von ganzem Herzen: Verteidigt unsere Demokratie und schützt uns Minderheiten vor Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus.“

Und Bolesław Rumanowski appelliert eindringlich: „Lernt, erwerbt Wissen, erlangt die höchstmöglichen Positionen und Funktionen, und zeigt durch Euer Beispiel, dass Ihr vollwertige Bürger Eurer Länder sein könnt.“ Mehr noch: „Fordert Gleichbehandlung, die Achtung Eurer Rechte, reagiert auf alle Anzeichen von Rassismus und Antiziganismus. Seid mutig, beharrlich und offen für andere.“ ■

„VERTEIDIGT UNSERE DEMOKRATIE UND SCHÜTZT UNS VOR RASSISMUS“

Ansprache der Holocaust-Überlebenden Alma Klasing bei der zentralen internationalen Gedenkveranstaltung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist für mich eine große Ehre, dass ich Ihnen heute – am Europäischen Gedenktag für den Holocaust an den Sinti und Roma – als Vertreterin unserer Überlebenden die Geschichte meiner Familie erzählen darf. Es wühlt mich gleichzeitig aber sehr auf, an diesem Ort zu sein, an dem unserer Minderheit so viel Leid angetan wurde. Vor allem auch, weil ich öffentlich noch nie eine Rede gehalten habe. Aus diesem Grund

spreche ich nicht selbst, sondern Fatima Stieb liest die Worte, die ich Ihnen gern sagen möchte. Doch wir stehen gemeinsam hier vor Ihnen, um damit das Band zwischen der Generation der Überlebenden und der Generation der Nachgeborenen noch enger zu knüpfen.

Geboren wurde ich 1937 als Alma Strauß im hessischen Dieburg. Dort hat der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unsere Familie schon früh auseinandergerissen. Denn mein Vater

Bruno Strauß wurde gleich 1939 zur Wehrmacht eingezogen. Meine Mutter, die wie ich Alma hieß, konnte mit mir und meinem jüngeren Bruder Gottfried bei einem Onkel unterkommen, der einen Wanderzirkus betrieb. Meine Eltern hatten zuvor ein Marionettentheater gehabt und gemeinsam waren die Familien oft unterwegs gewesen, um das Publikum an vielen Orten zu erfreuen. Deshalb kannten wir uns untereinander schon recht gut und für uns Kinder war es schön, wenn wir gemeinsam spielen konnten. Wir verstanden zwar noch nicht alles, was um uns herum geschah, spürten aber, dass sich die Stimmung zusehends verschlechterte.

Erst wurde bekannt, dass die Geschwister meines Vaters ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert worden waren. Dann erhielt meine Mutter die Nachricht, dass sie sich am nächsten Tag um 12 Uhr im Rathaus der Stadt zu melden habe, in der wir gerade Station gemacht hatten. „Die wollen uns jetzt auch holen“, war sie überzeugt. Dazu kam es aber nicht. Schon am frühen Morgen nämlich klopfen zwei Männer in schwarzen Ledermänteln an unsere



Schulterschluss der Generationen: Nach einleitenden Worten von Alma Klasing (rechts) verliest Fatima Stieb die Rede der Holocaust-Überlebenden.

Tür und fragten: „Wo ist der Boss?“ Obwohl mein Bruder und ich aus Angst sofort zu weinen anfangen, antwortete meine Mutter geistesgegenwärtig: „Der Boss ist im Krieg und kämpft für das deutsche Vaterland.“ Die beiden zogen danach unverrichteter Dinge ab. Für unsere Familie war aber klar, dass die Gefahr der Deportation immer größer wurde.

Deshalb haben wir schnell unsere Sachen zusammengepackt und uns im Wald versteckt. Das mag wie ein Abenteuer klingen, gerade für uns Kinder. Doch das war es nicht. Wir hatten jede Minute Angst um unser Leben. Wir waren eine Gruppe von etwa zehn Personen, darunter auch mein blinder Großvater. Er hatte im Ersten Weltkrieg an der Front gekämpft und dabei sein Augenlicht verloren. Fortan musste er gemeinsam mit uns unter unmenschlichen Bedingungen in den Wäldern Baden-Württembergs leben. Tagsüber hockten wir uns in Gruben und bedeckten uns mit Laub. Nachts zogen wir weiter und suchten ein anderes Versteck. Das alles musste so geräuschlos wie möglich ablaufen, immer in der Angst vor Entdeckung und Deportation in die Vernichtungs- und Konzentrationslager. Ernähren konnten wir uns nur von Beeren und anderen essbaren Pflanzen. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir irgendwo Hilfe bekommen hätten, ein paar Kleinigkeiten zu essen oder ein kurzfristiges Lager in einer Scheune – nichts! Aber mit Gottes Hilfe überlebten wir, und auch mein Vater kehrte nach sechs Jahren beim Militär körperlich unversehrt zu uns zurück.

Es war ein großes Glück, dass alle nahen Angehörigen die Lager überlebten. Aber leider hatten auch wir unter Verwandten und Bekannten etliche Opfer der NS-Rassenpolitik zu beklagen. Nach der Befreiung durch die Amerikaner hofften wir, dass sich unser Leben endlich zum Guten wenden würde. Schnell zogen wir wieder mit dem Wanderzirkus meines Onkels umher – bis zu jenem schrecklichen Unglück, dass sich bis heute in mein Herz eingegraben hat. Mein

Bruder Gottfried, ein talentierter kleiner Artist von sieben Jahren, war noch kurz vor seinem Auftritt mit einem Freund zum Spielen unterwegs, als wir plötzlich eine laute Explosion und Schreie hörten. Sogleich rannten wir hinaus, und schnell war klar: Die beiden Jungs hatten eine Handgranate gefunden und mein Bruder hat den Stift gezogen. Er hat nicht überlebt und meine Eltern sind nie wieder mit dem Wanderzirkus umhergezogen.


„Auch nach dem Zweiten Weltkrieg mussten wir als Sinti in Deutschland viele Demütigungen erdulden.“

ALMA KLASING

Auch später mussten wir als Sinti in Deutschland viele Demütigungen erdulden. Nicht nur ich hatte in der Schule zu leiden, sondern, nachdem ich geheiratet hatte, auch meine drei Söhne. Wir waren fleißig und bemüht, uns eine Existenz auf-

zubauen, dennoch wurden wir auch weiterhin ausgegrenzt. Auch diese Erfahrungen haben – wie die NS-Zeit – mein späteres Leben geprägt.

Doch dank des Engagements und des Kampfes der Bürgerrechtsbewegung wurde uns endlich auch eine kleine Entschädigung gewährt und die Diskriminierungen waren nicht mehr täglich zu spüren. Aber jetzt fängt es wieder an. Die Wahlerfolge der rechten Parteien in Deutschland und in vielen Ländern Europas sowie das gewalttätige Auftreten von Neonazis machen mir große Angst. Deshalb möchte ich gerade die Jugend vor diesen falschen Propheten warnen und bitte Euch von ganzem Herzen: Verteidigt unsere Demokratie und schützt uns Minderheiten vor Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus! ■

 www.roma-sinti-holocaust-memorial-day.eu/de/statements/alma-klasing/





„Nie wieder ist jetzt“: UN-Generalsekretär António Guterres betont in einer Videobotschaft: „Wir verpflichten uns, gegen den Hass zu kämpfen.“ Renaldo Schwarzenberger, Vorsitzender des Zentralrats der Jenischen, gedenkt der Opfer seiner Minderheit im Lagerabschnitt B II e. Die Holocaust-Überlebenden Alma Klasing, Marian Turski (Mitte) und Christian Pfeil sind Ehrengäste der Gedenkveranstaltung, die eine junge Teilnehmerin von „Dikh he na Bister“ zu Tränen rührt (von links oben).



Schmerzvolle Erinnerung: Das Dardo Balke Ensemble aus Bremerhaven begleitet das Gedenken musikalisch. Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Kulturstaatsministerin Claudia Roth (von links) richten die Kränze, mit denen sie an die Opfer erinnern. Angehörige der Sinti und Roma sind gekommen und trauern um ihre ermordeten Verwandten (von oben links).



GEDENKEN AN DIE ERMORDETEN SINTI UND ROMA



80. Jahrestag mit zahlreichen Gästen: Der Chor junger Roma singt das Lied „Dikh he na Bister“ von Adrian Gaspar. Teilnehmer*innen des Jugendtreffens helfen beim Niederlegen der zahlreichen Kränze und Blumengestecke. Lord Eric Pickles, Vorsitzender der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken, und Dani Dayan, Vorsitzender der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, vor den Kränzen ihrer Institutionen. Gemeinsam mit Romani Rose verneigen sich Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes (links), und sein Stellvertreter Michael Kretschmer vor den Opfern (von oben links).

„ES BEGINNT MIT HASSREDEN UND ENDET MIT MORD“

Aufrüttelnde und emotionale Worte beim „Gedenkakt der parlamentarischen und politischen Repräsentant*innen“

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

„Ein schockierender und bewegender Moment“ ist für Manuela Schwesig ihr erster Besuch in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Das lässt sich der amtierenden Bundesratspräsidentin auch deutlich anmerken. Denn gleich mehrfach ringt sie beim „Gedenkakt der parlamentarischen und politischen Repräsentant*innen“ mit den Tränen. „Ich stehe hier im Bewusstsein deutscher Verantwortung und deutscher Schuld“, betont die 50-Jährige in ihrer Ansprache im Internationalen Zentrum für Bildung. Dort sind am Vormittag des 2. August 2024 Vertreter*innen zahlreicher europäischer Staaten zusammengekommen, um an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma zu erinnern.

Das einstige Vernichtungslager ist für Manuela Schwesig „der richtige Ort, um gemeinsam, von Herzen und mit voller Überzeugung zu sagen: ‚Nie wieder!‘“. Und die Sozialdemokratin fügt hinzu: „Setzen wir uns zusammen dafür ein, dass Rassenwahn, Ausgrenzung, Gewalt und Mord nie wieder die Oberhand gewinnen.“

Ähnliche Worte findet Claudia Roth, die zu breiten Bündnissen aufruft, um „unsere demokratischen Gesellschaftsmodelle zu verteidigen“ und Antiziganismus, Rassismus, Antisemitismus sowie jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen. Das vereinte Europa, das von innen und außen bedroht werde, sei schließlich auf dem Versprechen „Nie wieder“ aufgebaut. „Und nie wieder ist jetzt“, so die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma wendet sich die Grünen-Politikerin zudem direkt an die Angehörigen der Minderheit: „Im Namen der Bundesregierung bitte ich bei allen Sinti und Roma, bitte

ich Sie hier aus tiefstem Herzen um Vergebung.“ In seiner Begrüßung hat Dr. Piotr Cywiński, Direktor des Staatlichen Museums und der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, zuvor betont, dass Erinnerung nicht dasselbe sei wie historisches Wissen. „Es ist nicht nur ein Blick zurück: Erinnerung ist das, was hier und jetzt geschieht.“ Daher sei er sicher, dass zum 80. Jahrestag der Auflösung des Lagerabschnitts B II e bei vielen Gelegenheiten von Diskriminierung, mangelnder Gleichberechtigung und beschränktem Zugang zu einigen grundlegenden und fundamentalen Gütern, wie sie die Gemeinschaft der Sinti und Roma selbst im 21. Jahrhundert in Europa erfährt, zu hören sein werde. Doch das sei nicht genug, mahnte der international anerkannte Experte für Erinnerungsarbeit nachdrücklich. Das Problem sei nämlich viel größer. „Was wir heute erleben, sind Worte und Taten, die als Entmenschlichung bezeichnet werden können.“ Insbesondere im Zusammenhang mit dem wachsenden Populismus. „Was wir heute erleben, ist außerdem Toleranz gegenüber der Unfähigkeit, darauf zu reagieren, sowie Untätigkeit gegenüber Rassismus. Und das dürfen wir niemals zulassen.“

Gleichsam emotionale und aufrüttelnde Worte richtet Dr. Žygimantas Pavilionis an das Auditorium: „Der Holocaust und der Völkermord stellen die schlimmste Ungerechtigkeit dar, die Menschen anderen Menschen jemals angetan haben.“ Als besonders unerträglich empfinde er, dass das Leid nicht durch „höhere Gewalt“, etwa einer Naturkatastrophe, verursacht worden sei, sondern von anderen Menschen und ihren Institutionen – zur Verfolgung krimineller Ziele geplant und ausgeführt, so der stellvertretende Sprecher des litauischen Parlaments, der auch als Vertreter des litauischen Vorsitzes im Ministerkomitee des



Eindringliche Appelle: Die Bedrohung der Demokratie durch den zunehmenden Populismus in Europa wird beim berührenden „Gedenkakt der parlamentarischen und politischen Repräsentant*innen“ in fast allen Ansprachen thematisiert.

Europarates auftritt. Und: „Einfach ‚Nie wieder‘ zu sagen, reicht nicht einmal ansatzweise aus, um die Unermesslichkeit und Monstrosität des Verbrechens anzusprechen oder Wiedergutmachung zu leisten.“ Um dem Andenken und der Würde der unschuldigen Opfer gerecht zu werden, sei es erforderlich, sich ehrlich mit den Fehlern und Problemen zu beschäftigen, die vor acht Jahrzehnten in diese unvergessliche und unverzeihliche Tragödie mündeten. Niemand sollte sich Illusionen machen: Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Hassreden, kulturelle Ignoranz, ideologische Manipulation, Desinformation und der Rückgriff auf Gewalt zu politischen Zwecken, aber auch Armut, soziale Ungleichheit und Diskriminierung seien keinesfalls verschwunden. Aus diesem Grund seien die Vermittlung von Geschichte, die Auseinandersetzung mit der Kultur der Roma und Sinti sowie ihre wirksame soziale Integration durch gezielte und mit ausreichenden Mitteln ausgestattete staatliche Programme unverzichtbar für eine demokratische Regierungspolitik.

Dr. Tea Jaliashvili kritisiert ferner, dass der Völkermord an der Minderheit nach wie vor zu den weniger bekannten Verbrechen der NS-Zeit gehöre. „Diese mangelnde Anerkennung ist schädlich, trägt zur Verfälschung der Wahrheit bei, perpetuiert schädliche Stereotypen und führt weiterhin zu Rassismus und Diskriminierung gegenüber Roma“, sagt die Erste Stellvertretende Direktorin des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Deshalb habe ihre Organisation den Teilnehmerstaaten empfohlen, die Geschichte und Kultur der Roma in die Lehrpläne aufzunehmen und dabei insbesondere die Erfahrungen der Minderheit während des Holocaust zu berücksichtigen.

Einen eindringlichen Appell gibt schließlich der polnische Holocaust-Überlebende Marian Turski den Gästen mit auf den Weg: „Seid nicht gleichgültig, wenn ihr Aggression und Hassreden wahrnehmt, denn es beginnt mit Hassreden und endet mit Mord.“ ■



Ort des Menschheitsverbrechens: Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und der Zentralratsvorsitzende Romani Rose vor dem Eingang zum Stammlager Auschwitz. An der „schwarzen Wand“ gedenken Ferda Ataman (Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung), Muhterem Aras (Landtagspräsidentin von Baden-Württemberg), Lamyia Kaddor (MdB, Grüne) und Simona Koß (MdB, SPD) der Menschen, an denen die SS-Schergen Todesurteile vollstreckten (von links). Im Hintergrund Kerstin Griese (MdB, SPD) und Dr. Christian Staffa (Studienleiter der Evangelischen Akademie zu Berlin). Bei der Jugendveranstaltung „Dikh He Na Bister“ treffen sich junge Sinti und Roma aus aller Welt mit Holocaust-Überlebenden.



ZEUGNIS DER VERGANGENHEIT, AUFTRAG FÜR DIE ZUKUNFT

Schmerzhafte Erinnerungen: Drei Angehörige der deutschen Sinti suchen in der Ausstellung zum Völkermord an der Minderheit in Block 13 der Gedenkstätte auf der Namensliste der Auschwitz-Opfer nach ihren Verwandten. Der polnische Überlebende Marian Turski appelliert an die Teilnehmer*innen des politischen Gedenkaktes: „Seid nicht gleichgültig, wenn ihr Aggression und Hassreden wahrnehmt.“ Aufrüttelnde Worte richtet auch Dr. Žygimantas Pavilionis, der stellvertretende Sprecher des litauischen Parlaments, an das Auditorium (links). Florian Berner vom Alban Berg Ensemble begleitet die Veranstaltung am Cello. Auf den Gedenksteinen, die am Ort der zerstörten Krematorien im Vernichtungslager Birkenau errichtet wurden, liegen Rosen als Zeichen der Trauer.



„MEIN ZEUGNIS FÜR JUNGE MENSCHEN“ WIRD ZUM CREDO

Internationale Konferenz beschäftigt sich mit der Erinnerung nach der Generation der Zeitzeug*innen

Von Alexander Cramer, Politischer Referent

Der französische Holocaust-Überlebende Raymond Gurême (1925-2020) hat sein ganzes Leben lang gegen Ungerechtigkeit gekämpft. Als Manouche gehörte er zur Minderheit, war in verschiedenen Lagern inhaftiert und schloss sich der Résistance an. Nach der Befreiung engagierte er sich als Menschenrechtsaktivist dafür, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht vergessen werden. Aufgrund seiner Erfahrungen appellierte er an die künftigen Generationen, sich entschlossen gegen Diskriminierung und Rassismus einzusetzen. „Mein Zeugnis ist für junge Menschen“ wurde dabei zu seinem Credo. Dieser Satz firmierte als Motto der zweitägigen internationalen Konferenz, die vom Zentralrat und vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher

Sinti und Roma mit Unterstützung der Universität Krakau am 31. Juli und 1. August ausgerichtet wurde.

Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie sich die Erinnerung an den Holocaust im 21. Jahrhundert zwangsläufig verändert. Durch den Verlust der letzten Zeitzeug*innen gehen authentische Stimmen verloren, deren bedrückende und beeindruckende Erinnerungen erhalten bleiben müssen. Emran Elmazi, wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationszentrums, betonte zum Auftakt, dass gerade die jüngere Generation diese Stimmen in die Zukunft tragen und so das Bewusstsein an das Menschheitsverbrechen wachhalten könne.



Die transgenerationale Perspektive: Adrian Gaspar (stehend), Tímea Junghaus, Dr. Petra Gelbart, Natali Tomenko, Prof. Hristo Kyuchukov und Dr. Elżbieta Mirga-Wójtowicz (von links) diskutieren, wie die Erinnerung an den Holocaust an den Roma und Sinti weitergetragen und transformiert wird.

Jonathan Mack, wissenschaftlicher Leiter des Zentralrats und Organisator der Konferenz, ergänzte, deshalb werde die Zusammenkunft durch die Teilnahme Hunderter Jugendlicher aus dem Jugendprogramm „Dikh he na bister“ aufgewertet. „Wir wollten unbedingt auch einen Raum für junge Sinti und Roma aus ganz Europa schaffen, um uns über Familiengeschichten, heutige Erlebnisse und transgenerationale Erfahrungen auszutauschen. Neben der Beschäftigung mit den Zeugnissen der Überlebenden ist es unerlässlich, dass die Nachfolgenerationen eine Stimme in den Debatten über Erinnerung haben. Deshalb ist es ein Erfolg der Konferenz, die Jugendlichen auch in Kontakt mit Wissenschaftler*innen und Gedenkstätten zu bringen.“

Im prominent besetzten Eröffnungspanel diskutierte der Zentralratsvorsitzende Romani Rose unter anderem mit Dr. Piotr Cywiński, Direktor des Staatlichen Museums und der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, praktische Herausforderungen bei der Weitergabe der Geschichten von Überlebenden und Ermordeten. Inhaltlich leite sich aus der Frage nach der zukünftigen Gestaltung von Holocaust-Erinnerung auch eine politische Diskussion zur Repräsentation des Schicksals der Sinti und Roma ab. Die gesellschaftliche Ausgrenzung habe lange auch eine Ausgrenzung aus der Erinnerungskultur bedeutet, so Rose. „Der Holocaust an unserer Minderheit wurde erst 1982 völkerrechtlich durch Bundeskanzler Helmut Schmidt anerkannt. Das hatte Folgen, denn lange gab es kein Bewusstsein, dass auch 500.000 Sinti und Roma aus ganz Europa von den Nazis ermordet wurden.“

Mehrere Redner*innen hoben hervor, dass die öffentliche Erinnerung auch von einem Machtgefälle geprägt sei und gerade in den Ländern Ost- und Südosteuropas sowie des Balkans kein Interesse an der Geschichte der Roma sowie ihrer Ermordung im Holocaust bestehe. Lokale Gedenkinitiativen würden daher oftmals von Verfolgten aus der Minderheit getragen. An den Hunderten lokalen Tatorten in ganz Europa, wo etwa die SS-Einsatzgruppen Massenmorde begingen, sei diese Geschichte aber bis heute unbekannt und die Stimme der Überlebenden bleibe öffentlich ungehört.

Die Historikerin Karola Fings, Projektleiterin der Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma Europas, verdeutlichte: „Die Zeugnisse der Überlebenden sind

oftmals die einzigen Quellen, die sich gegen das offizielle Narrativ der Täter*innen stellen. Sie sind auch für ihre Familien und Communities von großer Bedeutung, um die Erinnerung an die Verfolgung wachzuhalten. Oft hat es Jahrzehnte gedauert, bis sie die Kraft hatten, ihre Geschichten zu erzählen, an der die Mehrheitsgesellschaft lange kein Interesse hatte.“

Mehr als 50 internationale Vortragende aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft diskutierten in Panels und auf Podien über Ansätze einer modernen Erinnerungskultur, die auch die Beharrungskräfte der Minderheit während des Krieges und nach 1945 betrachtet. Oftmals stand die Verbindung von Forschung, Museum und Aktivismus im Mittelpunkt, da ein breit gefächertes Ansatz die Erinnerung an die Verfolgung der Sinti und Roma und die politische Situation in der Gegenwart aufzeigen kann. Karola Fings betonte: „Dabei müssen wir auch einen grenzüberschreitenden Blick entwickeln, denn die Verfolgung unter der Terrorherrschaft der Nazis betraf ganz Europa und so sind auch die Informationen darüber weit verstreut.“

Vorgestellt wurden auch neue Formate, etwa die digitale Sicherung von Zeitzeug*inneninterviews, die Rolle von Kunstwerken und Musik als Transportmedien der persönlichen Überlieferung und die Potenziale durch „Oral History“. Vera Tönsfeldt, Leiterin des von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) geförderten Sammlungsprojekts „Das vergessene Gedächtnis“ am Dokumentationszentrum, betonte die Bedeutung von Alltagsgegenständen als Zeugnissen der Verfolgung und des Widerstands: „Auch die Stimmen der Zeitzeug*innen werden erhalten und der jungen Generation wird die Möglichkeit gegeben, Zukunft zu gestalten.“

Politische Vertreter*innen mehrerer Staaten und internationaler Parlamente warnten abschließend mit Blick auf die Gegenwart vor vorschneller Zufriedenheit im gesellschaftlichen Eintreten gegen Antiziganismus. Überparteiliche und transnationale Initiativen seien dringend notwendig, um an der Seite von Sinti und Roma gegen Ausgrenzung und Rassismus vorzugehen. Besonders die fehlende Repräsentation von Minderheitsangehörigen in den Parlamenten sei sehr hinderlich für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit. ■

„ICH HABE ANGST, DASS EUROPA SEINE VERGANGENHEIT VERGISST“

Berührende, poetische und auch schwungvolle Kulturveranstaltung an der Jagiellonen-Universität

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Eindringliche Performance: Harri Stojka (links), Konstanze Breitenbner und Claudius Jelinek spielen und erzählen den „Song for my Daddy“ mit Texten von Johann „Mongo“ Stojka.

Sein Vater hat niemals Gedichte geschrieben. Davon war Harri Stojka felsenfest überzeugt. Deshalb musste sich der Mitarbeiter des Londoner Museums geirrt haben. Der hatte sich nämlich 2013 bei dem Jazzmusiker in Wien gemeldet und geschildert, dass ihm ein Büchlein mit Versen und Skizzen vorliege. Und dass er Johann „Mongo“ Stojka als Urheber identifiziert habe. Als er dann die ersten Zeilen am Telefon vorlas, erkannte der Rom tatsächlich die Worte seines Vaters. Genau diese hatte der Holocaust-Überlebende so oft wiederholt. Entstanden ist daraus später der

„Song for my Daddy“, den Harri Stojka am 31. Juli 2024 gemeinsam mit Claudius Jelinek im Audimax der Jagiellonen-Universität in Krakau auf der Gitarre spielt. Während die Schauspielerin Konstanze Breitenbner von der „langen Reise“ erzählt, die jenes Büchlein von Buchenwald in die britische Hauptstadt zurückgelegt hat. Dieser gleichsam berührende und schwungvolle Auftritt ist nur ein Höhepunkt der Kulturveranstaltung am Vorabend der Internationalen Konferenz zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma.

Ungewöhnlich und leidenschaftlich kommt auch die Live-Performance des rumänischen Künstlers Emanuel Barica daher, der ein Porträt des Überlebenden Christian Pfeil zeichnet. Auf dem Boden vor dem Trierer knieend, mit schnellen Strichen im Takt der Musik, die der österreichische Pianist Adrian Gaspar am Klavier vorgibt. Das Publikum im nahezu vollbesetzten Rund kann die fixen Fortschritte auf zwei großen Leinwänden mitverfolgen. Denn der Roma-Aktivist lässt sich bei seiner flinken Arbeit filmen. Nach zehn Minuten wird das Bildnis mit der Signatur beendet. Und unter tosendem Applaus fallen sich Emanuel Barica und Christian Pfeil in die Arme.

Noch frenetischer wird das Lied „Nie wieder“ bejubelt, das der 80-Jährige auf Romanes mit deutschen Einwüfen antimmt – ebenfalls unter der musikalischen Begleitung von Adrian Gaspar. Zuvor hat der Holocaust-Überlebende vom Schicksal seiner Familie berichtet, die 1940 ins Getto von Lublin deportiert worden war, die Schrecken von Zwangsarbeit, Hunger und Misshandlungen aber überstand. Mehrere Angehörige wurden indes in den Gaskammern der Nazis ermordet.

Beruflichen Erfolg hatte Christian Pfeil später als Gastronom, reüssierte zudem als Sänger. „Das Lied, das ich 1991 geschrieben habe, hat dann aber mein ganzes Leben verändert“, betont er. Denn nachdem ein Auftritt und der Refrain „Großdeutschland, Heil Hitler – Nie wieder!“ im Fernsehen gesendet worden waren, zerschlugen Neonazis gleich zweimal hintereinander sein Restaurant in Trier. Seitdem engagiert sich der deutsche Sinto als Zeitzeuge. „Es ist unheimlich wichtig, dass die Mehrheitsgesellschaft über das Leid der Sinti und Roma, das 500.000 Leben gekostet hat, informiert wird.“

Dieses Statement wird im Laufe des Abends flankiert von mehreren Zitaten von Überlebenden, die Teilnehmer*innen des Jugendprogramms „Dikh he na bister“ („Schau hin und vergiss nicht“) vortragen. Etwa von Raymond Gurême (1925-2020): „Ihr müsst Widerstand leisten. Wir müssen uns gegen die Diskriminierung, den Rassismus und die gewaltsamen Vertreibungen wehren, denen die Roma und die ‚Voyageurs‘ in jedem Land Europas ausgesetzt sind.“ Oder von Ceija Stojka (1933-2013): „Ich habe Angst, dass Europa seine Vergangenheit vergisst. Ich habe Angst, dass

Auschwitz nur schläft.“ Der ganze Abend ist schließlich eine Würdigung des Widerstands der „Helden“ der Minderheit und dient der Weitergabe ihrer Zeugnisse an jüngere Generationen, heißt es in dem mehrsprachigen Programmheft.

Zum Abschluss wird Adrian Gaspar singend eine eigens für die Veranstaltung entstandene Komposition vorstellen, in die er die „Stimmen der Überlebenden“ eingebunden hat. Zuvor aber tritt noch die junge Niederländerin Loewana Weiss ans Mikrofon. Unter dem Titel „Ich wusste nicht“ beschreibt die junge Sinteza die Geschichten ihres Großvaters über die Erfahrungen seiner Familie während des Holocaust, die sie zusammengetragen hat. Auch das ein poetischer, eindringlicher Auftritt.

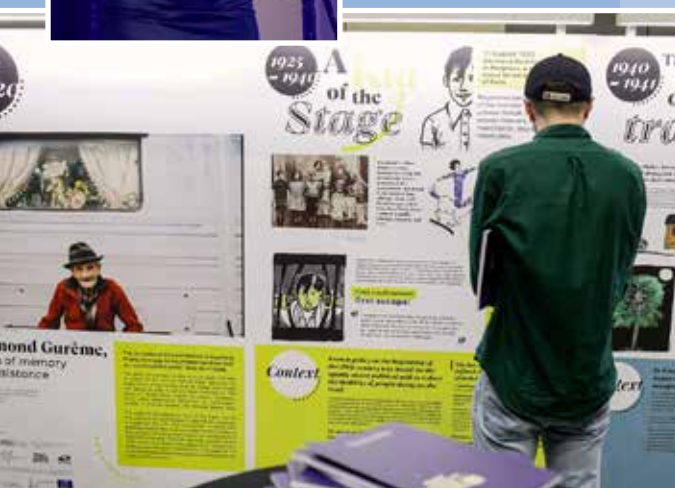
Das Kulturprogramm zum 80. Jahrestag der Auflösung des Lagerabschnitts B II e im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau umfasst aber noch weitere überaus sehenswerte Events:

Im Foyer vor dem Audimax lädt die Ausstellung „Raymond Gurême: ein Weg der Erinnerung und des Widerstands“ dazu ein, sich mit dem Leben des Angehörigen einer französischen Manouche-Familie zu beschäftigen. Emanuel Barica wiederum präsentiert die Porträts von 23 „Roma-Helden des Widerstands“. Ihre Geschichten zeigen, dass sie sich trotz der erlittenen Misshandlungen nicht als Opfer definieren ließen. Sie waren Kämpfer*innen, die sich gegen die alltägliche Ungerechtigkeit und die mörderische Grausamkeit des NS-Regimes wehrten.

Ein festlicher Konzertabend mit dem Oratorium „O Lungo Drom“ der Sinti und Roma – das bedeutet auf Romanes „Der lange Weg“ – erwartet das Publikum am 1. August in der Krakauer Philharmonie. Bei der Komposition von Ralf Yusuf Gawlick handelt es sich um das erste Oratorium über die Minderheit. Das erste, das mehrere Texte von Autor*innen der Sinti und Roma sowie von Autor*innen der Mehrheitsgesellschaft vertont, die von „außen“ auf das Geschehen schauen. Und das erste von einem Rom. Den Schlusspunkt der ganz unterschiedlichen Gedenkveranstaltungen markiert die Aufführung „Die Harfen von Papusza“ in der römisch-katholischen Pfarrei St. Josef in Oświęcim – eine Kantate von Jan Kanty Pawluśkiewicz nach den Gedichten der Romni Bronisława Wajs, die als „Papusza“ bekannt wurde. ■



Musikalische Highlights: „Die Harfen von Papsza“ als symphonische Dichtung in der römisch-katholischen Pfarrei St. Josef in Oświęcim (links), Christian Pfeil singt „Nie wieder“ im Audimax der Jagiellonen-Universität, das Oratorium „O Lungo Drom“ – Der lange Weg der Sinti und Roma“ von Ralf Yusuf Gawlick (rechts) mit dem Alban Berg Ensemble Wien in der Philharmonie Krakau.



Künstlerische Vielfalt: Emanuel Barica bringt den Holocaust-Überlebenden Christian Pfeil bei einer Live-Performance mit schnellen Strichen aufs Papier (rechts außen). In der Ausstellung „Roma-Helden des Widerstands“ sind mehrere seiner Werke im Foyer des Audimax zu bestaunen. Informiert wird dort mit „Raymond Gurême – Ein Weg der Erinnerung und des Widerstands“ über das Leben des französischen Manouche (1925-2020), der Ehrenpräsident der Pariser Roma-Organisation „La Voix des Rroms“ war (links unten). Die junge Niederländerin Loewana Weiss beschreibt unter dem Titel „Ich wusste nicht“ die Geschichten ihres Großvaters über die Erfahrungen seiner Familie während des Holocaust. Nach dem spannenden Programm bleibt reichlich Zeit fürs Wiedersehen, Kennenlernen oder Blättern in den verschiedenen Broschüren zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma.

ERINNERN, ERLEBEN, ERNEUERN: EIN STREIFZUG



3 | NACHRICHTEN UND HINTERGRUNDBERICHTE

„DIESE EINLADUNG HAT MICH SCHON ÜBERRASCHT“

Der Holocaust-Überlebende Christian Pfeil spricht auf Einladung von UN-Generalsekretär António Guterres vor den Vereinten Nationen in New York

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Christian Pfeil atmet noch einmal tief durch. Setzt die Brille mit zitternder Hand auf die Nase und rückt kurz das Mikrofon gerade. Ein angespannter Blick ins vollbesetzte Auditorium, dann kann es losgehen. Doch kaum hat der 80-Jährige die Gäste auf Romanes begrüßt, scheint seine Nervosität wie weggeflogen. „Ich bin sehr bewegt, dass ich heute beim Internationalen Gedenktag in Erinnerung an die Opfer des Holocaust als Überlebender und Vertreter der Sinti und Roma vor den Vereinten Nationen sprechen kann“, sagt der 80-Jährige mit fester Stimme. Damit ist er erst der zweite Angehörige der Minderheit, der zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau im UN-Hauptquartier in New York eine Rede halten darf – nach dem Niederländer Zoni Weisz im Jahr 2016.

„Dies ist ein wichtiges Zeichen der internationalen Anerkennung des ‚vergessenen Holocaust‘ an den Sinti und Roma, der über Jahrzehnte hinweg ignoriert und verleugnet wurde und bis heute noch viel zu wenig im Bewusstsein unserer Gesellschaften verankert ist“, macht der Überlebende aus Trier bei der zentralen Gedenkveranstaltung am 26. Januar 2024 deutlich.

Ausgangspunkt dafür war die Initiative des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, der Christian Pfeil den Vereinten Nationen als Redner vorgeschlagen hatte. „Dennoch war ich überrascht, als ich die Einladung der UNO wenige Tage vor Weihnachten erhalten habe“, erzählt der alte Herr nach der Rückkehr aus den USA. Und natürlich habe er keine Sekunde überlegt, ob er tatsächlich nach New York fliegen möchte. „Es gibt doch nicht mehr viele Zeitzeugen.

Deshalb muss man so oft über den Holocaust sprechen, wie es geht, um vor allem junge Menschen zu erreichen.“ Begleitet hat ihn sein Neffe Sacha Höhn, der Christian Pfeil seit vielen Jahren bei den zahlreichen Zeitzeugen-Gesprächen und Ansprachen in Deutschland sowie vielen anderen Ländern Europas unterstützt. Zu den Vereinten Nationen mitgekommen ist auch Emran Elmazi, der Wissenschaftliche



Leiter des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma. Gemeinsam haben die drei einen straffen Zeitplan zu bewältigen. Denn das Programm umfasst ein Treffen mit Antje Leendertse, der Ständigen Vertreterin der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, sowie eine Zusammenkunft mit UN-Generalsekretär António Guterres. Zudem die Eröffnung der Ausstellung „... auf deutschem Boden für die ganze Welt – Niedersachsen im Nationalsozialismus“ der Gedenkstätte Bergen-Belsen, an der Christian Pfeil als Ehrengast teilnimmt, und ein Zeitzeugen-Interview, das im Rahmen des „Holocaust Outreach Programme“ – des Aufklärungsprogramms der Vereinten Nationen – aufgezeichnet wird. Im Mittelpunkt der Reise aber steht seine Ansprache im Plenarsaal des UN-Hauptquartiers.

Genau dort wurde Ende Januar 2005 an die Befreiung von Auschwitz 60 Jahre zuvor erinnert – im folgenden November bestimmte die Resolution 60/7 diesen Tag schließlich zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Seit 2006 wird er weltweit in vielen Staaten be-

gangen. In der Bundesrepublik wurde der 27. Januar per Proklamation des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog 1996 – also auch erst 51 Jahre nach Kriegsende – als gesetzlicher „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ eingeführt. Seither gedenkt der Deutsche Bundestag rund um dieses Datum aller vom NS-Terror betroffenen Gruppen.

Auch Christian Pfeil rückt in New York zunächst alle Opfer in den Fokus: „Wir gedenken heute der Verfolgten, Ermordeten und Überlebenden des Holocaust, der 500.000 ermordeten Sinti und Roma und der sechs Millionen ermordeten Juden im NS-besetzten Europa. Der Holocaust war der Höhepunkt eines jahrhundertealten Antiziganismus und Antisemitismus in Deutschland und in Europa, ein industrieller Mord an Menschen nur aufgrund ihrer Abstammung, der akribisch durch die gesamte staatliche Bürokratie umgesetzt wurde.“

Besonders wichtig ist dem Sinto aber zugleich, vom Schicksal seiner nächsten Angehörigen zu erzählen: „Bereits im



Im Gedenken an die Opfer vereint: UN-Generalsekretär António Guterres (Dritter von links) empfängt den Sinto Christian Pfeil sowie die jüdischen Holocaust-Überlebenden Selma Tennenbaum Rossen (links) und ihre Schwester Dr. Edith Tennenbaum Shapiro (daneben). Die Historikerin Dr. Deborah Lipstadt, Antisemitismusbeauftragte des US-Außenministeriums (Zweite von rechts) hat ebenfalls bei der Zeremonie gesprochen. Und Dr. Petra Gelbart (rechts) hat gemeinsam mit ihrem Sohn Patrik Gelbart, Enkelin und Urenkel von tschechischen Roma, das Lied „Aušvicate (In Auschwitz)“ aufgeführt.



Vorbereitung auf den großen Moment: Christian Pfeil besichtigt bereits vor der zentralen Gedenkveranstaltung den Plenarsaal im UN-Hauptquartier.

Mai 1940 wurde meine gesamte Familie aus unserem Heimatort Trier in die Lager im deutsch-besetzten Polen deportiert, nur weil sie Sinti waren. Meine älteste Schwester Berta war beim Abtransport in die Lager zwölf, mein jüngster Bruder Ludwig gerade drei Jahre alt.“ Seine Geschwister haben ihm später berichtet, dass alle Kinder – auch die ganz jungen – schwere Zwangsarbeit leisten mussten: beim Bau von Straßen helfen oder Schützengräben ausheben. „Es gab fast nichts zu essen; Kartoffelschalen waren ein Festmahl. Wenn es mal trockenes Brot gab – und es war sehr trocken –, wurde es untereinander aufgeteilt. Wir litten während der ganzen Jahre unter großem Hunger und der Angst, zu erfrieren oder ermordet zu werden.“

Diese Erinnerungen sind die der Brüder und Schwestern. Denn Christian Pfeil selbst wurde – vermutlich – erst im Januar 1944 im Ghetto Lublin geboren. „Meine Mutter musste mich, eingewickelt in einen Fetzen Tuch, mit zur Arbeit nehmen und in den Wintermonaten neben sich in den Schnee legen. Es war ein Wunder, dass ich und meine engste Familie überlebt haben“, betont der 80-Jährige. „Auf die Frage, wie das möglich war nach fünfzehn Jahren Lagerhaft, sagten meine Eltern: ‚Gott und die Mutter Gottes waren mit uns.‘“ Viele seiner nahen Verwandten aber wurden in Auschwitz ermordet.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges habe für Sinti und Roma allerdings keineswegs bedeutet, nicht mehr ausgegrenzt, erniedrigt und verfolgt zu werden. „In den staatlichen Behörden der Bundesrepublik Deutschland trafen Täter, die in der NS-Zeit für die Deportation und Verfolgung unserer Familien verantwortlich waren, die Entscheidung über unsere Entschädigungsanträge“, sagt der Sinto, der mit seiner Familie nach Trier zurückgekehrt ist. Immerhin war die Stadt an der Mosel seit drei Generationen ihre Heimat. Gerade in Gesprächen mit Jugendlichen erzählt Christian Pfeil auch ausführlich von seiner Schulzeit, die geprägt war von Diskriminierung. Von den Lehrern, von denen viele bereits im „Dritten Reich“ unterrichtet hatten, von den Eltern, die nicht wollten, dass ihre Kinder mit ihm spielten, von den Mitschüler*innen, die ihn mit der rassistischen Fremdbezeichnung beschimpften.

„Der Antiziganismus setzte sich bruchlos in Deutschland und in Europa fort und führte zu einer rassistischen Ausgrenzung, ja einer Form der Apartheid gegen die größte Minderheit in vielen europäischen Ländern“, fasst er im Plenarsaal zusammen. „Nur dank der mutigen Bürgerrechtsbewegung von Sinti und Roma, darunter viele Holocaust-Überlebende, aber auch Angehörige nachfolgender Generationen, gelang es unserer Minderheit in den 1970er- und 1980er-Jahren, die Anerkennung der Nazi-Verbrechen und die Anerkennung als nationale Minderheit zu erkämpfen.“

Er selbst schafft es – trotz aller Widrigkeiten –, sich als Gastronom mit mehreren Lokalen in Trier eine erfolgreiche Existenz aufzubauen. Er heiratet eine Opernsängerin und lernt durch sie, selbst professionell zu singen. Einige Zeit leben sie sogar in New York. Später komponiert er dann eigene Stücke – mit politischen Texten. Nachdem er im Fernsehen mit einem Lied über Rechtsextremismus aufgetreten ist, erhält er Morddrohungen. Zweimal wird in den 1990er-Jahren sein Restaurant verwüstet und NS-Symbole hinterlassen. Danach zieht sich Christian Pfeil in die Eifel zurück, wo er einen Gasthof betreibt. Auch auf diese schwierigen Zeiten blickt er in New York zurück: „Es erfüllt mich mit großer Sorge, wenn ich heute wieder den zunehmenden Nationalismus und Rechtsextremismus in der Welt sehe. Meine Familie und ich mussten erfahren, wozu rassistischer Hass und Gewalt führen.“ Daher appelliert er eindringlich: „Das Vermächtnis der Opfer von Auschwitz ist eine Verpflichtung

und Verantwortung für alle Nationen und für die hier versammelte Weltgemeinschaft. Es geht nicht nur darum, Minderheiten wie Sinti und Roma und Juden zu schützen, es geht darum, dass wir heute – mehr denn je – unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat verteidigen müssen.“

Als 2012 in seiner Heimatstadt die markanten Stelen zum Gedenken an die aus Trier deportierten Sinti und Roma eingeweiht werden, spricht Christian Pfeil zum ersten Mal öffentlich. Seitdem hat er es sich zur Lebensaufgabe gemacht, gegen das Vergessen anzukämpfen. Ob im Europäischen Parlament oder am Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma in Berlin, ob in Klassenzimmern in ganz Deutschland oder der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau: Stets richtet er sich dabei – wie in der US-Metropole – direkt an die nachgeborenen Generationen:

„Ich möchte vor allem junge Menschen weltweit aufrufen, die Erinnerungen von uns Zeitzeugen und das Gedenken in die Zukunft zu tragen. Ich hoffe, dass Ihr mit Mut und Engagement für Demokratie und gegen Antiziganismus, Antisemitismus und jede Form von Rassismus eintretet.“

Besonders freut den 80-Jährigen, dass im weiten Rund des Plenarsaals auch zahlreiche Jugendliche aus verschiedenen Ländern – unter ihnen Angehörige der Minderheit – sitzen, die ihm aufmerksam zuhören. „Mit einigen habe ich mich nach der Veranstaltung noch unterhalten. Das hat mir und ihnen viel bedeutet“, schildert er. Und erzählt dann mit ebenso großer Begeisterung von einem ganz anderen Erlebnis in New York. In der Metropolitan Opera hat er nämlich eine Aufführung von Puccinis „Madame Butterfly“ besucht. „Das ist eine meiner Lieblingsoperen.“ Schon beginnt er zu schwärmen: „Die Stimmen waren ausgezeichnet. Ich hatte einen wirklich sehr schönen Abend.“ Schnell aber muss er sich schon wieder auf die nächste Aufgabe vorbereiten. Direkt von New York geht es nach Berlin. Gemeinsam mit dem jüdischen Überlebenden Kurt Hillmann spricht Christian Pfeil dort zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am Denkmal für die ermordeten Juden Europas. ■



<https://www.youtube.com/watch?v=txrBGzhyYE4>

Austausch zwischen den Generationen: Für Christian Pfeil sind die Begegnungen mit jungen Menschen von besonderer Bedeutung. Dafür nimmt sich der Holocaust-Überlebende auch in New York reichlich Zeit.



„WIRKLICH KEINE INFORMATION SOLL VERGESSEN WERDEN“

Gesammeltes Wissen der „Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa“ online abrufbar

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Die Schlägerei mit SA-Angehörigen endete für Bernhard Pabst in Dachau. Dort registrierte ihn die SS am 16. Mai 1934 als Schutzhaftgefangenen mit der Nummer 5860. Und damit war der 22-Jährige aus dem bayerischen Altenmuh der erste namentlich bekannte Sinto, der in das damals seit rund einem Jahr bestehende Konzentrationslager eingeliefert wurde.

Barbara und Anna Petermann verhaftete die Kriminalpolizei am 27. Juli 1938 im niedersächsischen Dorf Sauensiek und verschleppte beide ins KZ Lichtenburg. Mutter und Tochter hatten rund vier Wochen zuvor gegen die Festnahme ihrer Ehemänner, Söhne und Brüder protestiert. Schriftlich kündigten die Frauen aus der Minderheit dabei an, nicht ruhen zu wollen, bis ihre Familienmitglieder freigelassen oder sie zumindest ihren Aufenthaltsort erfahren würden. Katharina Waitz wiederum gelang dreimal die Flucht aus dem KZ Ravensbrück. Jedes Mal griffen sie die NS-Schergen wieder auf, zuletzt nach drei Tagen jenseits der Wachtürme. Am 5. März 1941 wurde die Sinteza im Lager brutal ermordet.

Das sind nur drei „kleine Schlaglichter“, die sich in der „Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa“ aufspüren lassen. Öffentlich präsentiert wurde das digitale Lexikon, das unter Federführung der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg entsteht, am 5. März 2024 im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors in Berlin. Angelegt ist das 2020 gestartete Pro-

Angehörige der deutschen Sinti-Familie Bamberger in den 1930er Jahren: Margarete Bamberger (links vorne) wurde in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Max Bamberger (rechts) wurde auf der Flucht ins NS-besetzte Jugoslawien kurz vor Kriegsende Opfer eines Massakers. Auch dieses Bild findet sich in der Enzyklopädie.



jekt auf fünf Jahre, gefördert wird es mit 1,6 Millionen Euro vom Auswärtigen Amt. Zu den Kooperationspartnern gehört auch das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.

Projektleiterin Dr. Karola Fings verglich in ihrer Einführung das Online-Portal mit einem „sehr großen Bauwerk“, dessen Richtfest nun begangen werden könne. Das Fundament sei gegossen, die Größe festgelegt und das Mauerwerk errichtet. Zudem seien die Stockwerke eingezogen und die Fassade fast fertig. „Wir haben Grundrisse von Räumen gezeichnet und mit den Autor*innen diskutiert, wie viele Zimmer in welcher Größe sie benötigen.“ Nach intensiven Planungen seien Treppen, Flure und Durchgänge eingepasst, Leitungen und Rohre verlegt worden. „Jetzt haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Zimmer bezogen werden können“, beschrieb sie anschaulich den Planungsprozess.



En|zy|klo|pä|die des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa

Anwachsen soll die Enzyklopädie auf rund 1000 Lemmata – so die Bezeichnung für Einträge oder Stichworte in einem Nachschlagewerk. Zusammengetragen werden sie von rund 90 Wissenschaftler*innen aus 25 Ländern, abrufbar jeweils in Deutsch und Englisch. Immerhin hat das Online-Portal „den Anspruch, das vorhandene Wissen über den NS-Völkermord an den Sinti und Roma zu sammeln, aufzubereiten und übersichtlich zur Verfügung zu stellen. Und zwar für ganz Europa“, so Karola Fings.

Gleichzeitig erinnerte die Historikerin daran, dass es ein „sehr langwieriger Prozess“ gewesen sei, Arbeitsgruppen aufzubauen und sich regelmäßig zu treffen, um die verschiedenen Themenbereiche zu erörtern sowie die Details der Texte zu vereinbaren. Denn: „Die Forschung an den Sinti und Roma ist noch immer ein wenig beachtetes Forschungsfeld. Dafür gibt es in keinem einzigen Land eine akademische Position.“ Im Klartext: Die Wissenschaftler*innen, die zum

Völkermord an der Minderheit geforscht und publiziert haben, „können meist nicht während ihrer hauptberuflichen Tätigkeit an den Texten für die Enzyklopädie schreiben, sondern tun dies am Feierabend oder im Urlaub“.

Kritisch merkte auch Romani Rose, Vorsitzender des Dokumentations- und Kulturzentrums sowie des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, in seinem Redebeitrag an: „Diese Enzyklopädie zeigt auf, wie randständig die Erforschung des Holocaust an den Sinti und Roma in Europa immer noch ist.“ Dank des digitalen Lexikons werde nämlich „erstmal – und dieses ‚erstmal‘ unterstreiche ich trotz der Arbeiten, die hierzu in den letzten Jahren erschienen sind – das Ausmaß dieser Völkermord-Verbrechen erkennbar“.

Ähnlich argumentierte Dr. Robert Klinko, Sonderbeauftragter im Auswärtigen Amt für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen, Antisemitismusfragen, Holocaust-Erinnerung



„Ausmaß dieser Völkermord-Verbrechen erkennbar“: Romani Rose würdigte die Arbeit des Forscher*innen-Teams an der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg.

„Richtfest eines sehr großen Bauwerks“: Projektleiterin Dr. Karola Fings erläuterte bei der Präsentation des Online-Portals ausführlich den Aufbau der Enzyklopädie.

und Internationale Angelegenheiten der Sinti und Roma. Er gab sich überzeugt, dass „die so lange vermisste Basis geschaffen worden ist, die wissenschaftliche Forschung und Ergründung des nationalsozialistischen Völkermords an den Sinti und Roma aus ihrer gelegentlich für mich so anmutenden Marginalisierung herauszuführen“. Und dass damit nicht nur breite Grundlagen dargestellt werden, sondern diese auch in den populären Bereich zu Nutzer*innen ausstrahlen.

Danach vermittelte Karola Fings dem Publikum auf einer überdimensionalen Leinwand einen ersten Eindruck der optischen Gestaltung der Enzyklopädie sowie der zugrunde liegenden Struktur. Darüber hinaus erläuterte sie unterschiedliche Recherchemöglichkeiten. So können zum Beispiel die Lemmata direkt von „A bis Z“ angesteuert werden. Auf dieser Ebene ist auch eine Schnellauswahl nach Ländern möglich, mit der rasch der jeweilige Haupttext gefunden werden kann. Dabei fällt sogleich auf, dass dort Begriffe in schwarz und grau aufgeführt sind. Schwarz bedeutet, dass zu diesen Stichworten bereits Inhalte veröffentlicht sind. „Das heißt, diese Zimmer sind schon bezogen“, so die Projektleiterin. An den grauen Stichworten schreiben die Autor*innen noch, diese Ergebnisse können also erst nach und nach entdeckt werden. Daneben wird nach sechs Rubriken unterschieden: „Räume“ zu Ländern, Regionen, Orten und „Tatorte“ zu Internierungen, Lagern, Gettos, Mordstätten. Unter „Lebenswege“ lassen sich nach Abschluss der Recherchen die

Biographien von rund 150 Sinti und Roma nachlesen – „um die Individualität der von Verfolgung Betroffenen zu zeigen, aber auch ihre Widerstandsleistung und die Nachwirkungen der Jahre vor 1945 auf sie und ihre Nachfahren“.

Die Rubrik „Verfolgungsapparat“ nimmt Institutionen, Personen, Konzepte sowie Gesetze ins Visier. In den Fokus gerückt werden ferner die „Nachwirkungen“, Justiz, Entschädigung, Aufarbeitung und Gedenken. Und schließlich werden im „Glossar“ unterschiedliche Begriffe von „Antiziganismus“ bis „Zyklon B“ erläutert. Auch dort sind noch etliche Zimmer leer, entstehen bis Ende 2025 die akribisch recherchierten Inhalte.

Um sich sehr schnell zu orientieren, welche Inhalte inzwischen abrufbar sind, empfiehlt Karola Fings, im Menü den Punkt „Aktuelles“ anzusteuern. Dort werden dann die gesetzten und schon veröffentlichten Schwerpunkte sichtbar. Etwa zu Estland. Dort wurden unter deutscher Besatzung nahezu alle Roma durch Erschießungen ermordet. Der Autor Anton Weiss-Wendt hat neben einem Länderüberblick Informationen zu Tatorten, zu Tätern, aber auch zu den Opfern verfasst. Über den Index kann seinem Namen gefolgt und eine Übersicht der entsprechenden Lemmata herausgefiltert werden.

Auch aus den deutsch-besetzten Benelux-Ländern gelangten 1944 Transporte in das Konzentrations- und Vernich-



tungslager Auschwitz-Birkenau. Die Texte zu den Lagern Westerbork (Niederlande) und Mechelen (Belgien) sowie die Biographien der Opfer veranschaulichen die Dimension der familienweisen Verschleppungen, die mit dem „Auschwitz-Erlass“ von SS-Reichsführer Heinrich Himmler im Dezember 1942 in Gang gesetzt wurden. „Die Verfolgung im faschistischen Italien ist für die Enzyklopädie ebenfalls bereits aufgearbeitet“, schilderte die Historikerin. Und fügte hinzu: „Dieses Geschehen ist noch weitgehend unbekannt.“

Am Beispiel des Vereinigten Königreichs demonstrierte Karola Fings den Aufbau der Einträge. Vor allem, weil dieser Beitrag einen „sehr hohen Neuigkeitswert“ habe.

Die Autorin Prof. Dr. Eve Rosenhaft weist nach, „dass bei den Alliierten schon früh sehr konkretes Wissen um den Völkermord vorhanden war“. Demnach wurde etwa im März 1943 in einer Zeitung über die Morde im deutsch-besetzten Serbien und im unabhängigen Staat Kroatien berichtet, auch von Zwangssterilisationen, Hinrichtungen und Zwangsarbeit, von den Lagern im Protektorat Böhmen und Mähren sowie in Österreich. „Doch diese Berichte stießen auf keine Resonanz.“

In der „Chronologie“ werden alle Ereignisse aus den verschiedenen Ländern miteinander verbunden. Zwar beginne diese wegen des thematischen Schwerpunkts der Enzyklopädie erst 1933, die Vorgeschichte werde aber in der Regel

unter den einzelnen Stichworten erzählt. „Bewusst werden aber die Nachwirkungen nach 1945 dargestellt, weil dieses schwerwiegende und sehr gegenwärtige Thema nicht unterschlagen werden darf“, betonte die Projektleiterin.

Einen weiteren Zugang zum Inhalt gewährt der Index. „Wir geben uns wirklich sehr viel Mühe, jeden kleinen Ort und jede Person, die irgendwie erwähnt werden, darin zu erfassen.“ Denn: „Unser Prinzip ist, dass wirklich keine Information vergessen werden soll.“ Zumal damit auch die Hoffnung verbunden ist, dass „jemand bei Recherchen darauf stößt und uns vielleicht weitere Informationen liefern kann“.

Das Konzept des Online-Lexikons und wesentliche Grundsätze wie der rassismuskritische Zugang werden im Editorial ausführlich geschildert. Obendrein sei ein kuratorisches Konzept für die Präsentation von Fotos entwickelt worden. „Wir sind uns der Wirkungsmacht von Fotografien bewusst – vor allem aus Täterperspektive.“ Deshalb werden Bildaufnahmen mit ausführlichen Untertiteln und kontextualisierenden Informationen versehen.

Ein wichtiger Bestandteil der Enzyklopädie sind schließlich auch Karten, „auf denen alle Tatorte, über die wir etwas in Erfahrung bringen konnten, zusammengeführt werden“. Und schließlich gebe es thematische Karten, die eigens angefertigt worden seien. „Ich glaube, dass diese Visualisierung noch einmal auf anderen Ebenen das Ausmaß der Verbrechen verdeutlicht.“

Dieses breit gefächerte Wissen zum NS-Völkermord an den Sinti und Roma wird sukzessive in das Online-Portal eingepflegt werden. Schon jetzt lässt sich beim Durchklicken erfahren, dass Bernhard Pabst die Verfolgung überlebt hat und 1992 im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Die Familie von Anna Petermann aber wurde von Nationalsozialisten nahezu vollständig ausgelöscht. Ihre Mutter Barbara starb im KZ Ravensbrück, sie selbst überlebte sechs Jahre und zehn Monate Haft in verschiedenen Lagern. Ihr beinahe aussichtsloses Ringen um Entschädigung wird ebenfalls in der Enzyklopädie nachgezeichnet. ■

<https://encyclopaedia-gsr.eu/>



„WIR WOLLEN DIE GESCHICHTE ERZÄHLEN UND DIE BETROFFENEN SELBST SPRECHEN LASSEN“

Außergewöhnliche Recherche: Sonderausstellung im Dokuzentrum zeigt erste Objekte des Sammlungsprojekts

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau war Agnes Laubinger aus Osnabrück als Neunjährige hinter Stacheldraht eingesperrt. Erstmals erzählte die Sinteza nun im Video-Interview von ihrem Schicksal und dem Mord an ihren Angehörigen. Der Schulbesuch der Kinder wiederum war für die Sinti-Familie Bäcker aus Mittelhessen von außeror-

dentlicher Bedeutung. Deshalb wurde unmittelbar vor der Deportation das Büchlein mit den Bestätigungen für das engagierte Lernen vor dem Zugriff der NS-Schergen gerettet und im Garten vergraben. Tatsächlich hat das Dokument überdauert. Und ein schreiend gelbes Plakat, das bei einer Demonstration vor dem Regierungspräsidium in Köln

Beeindruckende Persönlichkeit: Agnes Laubinger berichtet im Zeitzeugen-Interview von der Deportation nach Auschwitz-Birkenau, Ravensbrück und Bergen-Belsen.

im März 1985 zum Einsatz gekommen ist, macht erschreckend deutlich, wie die wahnwitzige Idee der „Rasse“ die Ausgrenzung der Minderheit beeinflusst hat – selbst noch drei Jahre, nachdem der Völkermord an Sinti und Roma durch Bundeskanzler Helmut Schmidt anerkannt worden war. Aufgespürt wurden diese Menschen und Objekte aus verschiedenen Regionen Deutschlands durch das Sammlungsprojekt „Das vergessene Gedächtnis“ am Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, das von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) sowie dem Bundesministerium der Finanzen gefördert wird.

Erste Ergebnisse dieser außergewöhnlichen Rechercheaufgabe, die das Team um Vera Tönsfeldt auch in mehrere Länder Europas geführt hat, waren von Ende Juni bis Ende September 2024 in einer Sonderausstellung im Gewölbekeller in der Bremeneckgasse 2 zu sehen. Dabei eröffnete sich den Besucher*innen ein spannender, aber zugleich auch schmerzhafter Einblick in Geschichte und Kultur der Minderheit. Ansprechend umgesetzt mit Videoinstallationen und Hörstationen, persönlichen Erinnerungsstücken und Fotoaufnahmen sowie Zeitungsartikeln, Briefen und Gemälden. „Wir wollen die Geschichte der Betroffenen erzählen und sie selbst sprechen lassen. Wir klagen nicht an. Wir erinnern“, erläuterte Vera Tönsfeldt bei der Vernissage das Konzept.

Ein fliederfarbener Frack zog gleich beim Eintreten die Aufmerksamkeit der Gäste auf sich. Darin hatte Mirano Cavaljeti-Richter (1933-2023) viele Jahre lang auf unzähligen nationalen und internationalen Operettenbühnen gestanden und das Publikum mit unvergessenen Liedern

begeistert. Zum Sammlungsprojekt steuerte der Sinto nicht nur dieses maßgeschneiderte Outfit bei, sondern auch zahlreiche Fotos sowie eine Single-Schallplatte. Die gemeinsam mit der Ukrainerin Lana Dubrowska eingesungene Aufnahme konnte auch direkt angehört werden. „Auf der Flucht über den Balkan“ mit seiner Familie hat Mirano Cavaljeti-Richter als Kind den Völkermord an den Sinti und Roma überlebt. Vom Schrecken der nationalsozialistischen Verfolgung erzählt der ausgebildete Opernsänger in der gleichnamigen Biographie, die im Jahr 2022 erschienen ist, sowie im beeindruckenden Zeitzeugen-Interview mit den Projekt-Mitarbeitenden. Die liebevoll einsortierten Lichtbilder, die in einer der Vitrinen zu bestaunen waren, bezeugten unterdessen seine Jahrzehnte umspannende internationale Gesangskarriere, die er nach einer klassischen Ausbildung am Städtischen Konservatorium in Nürnberg gestartet hatte.

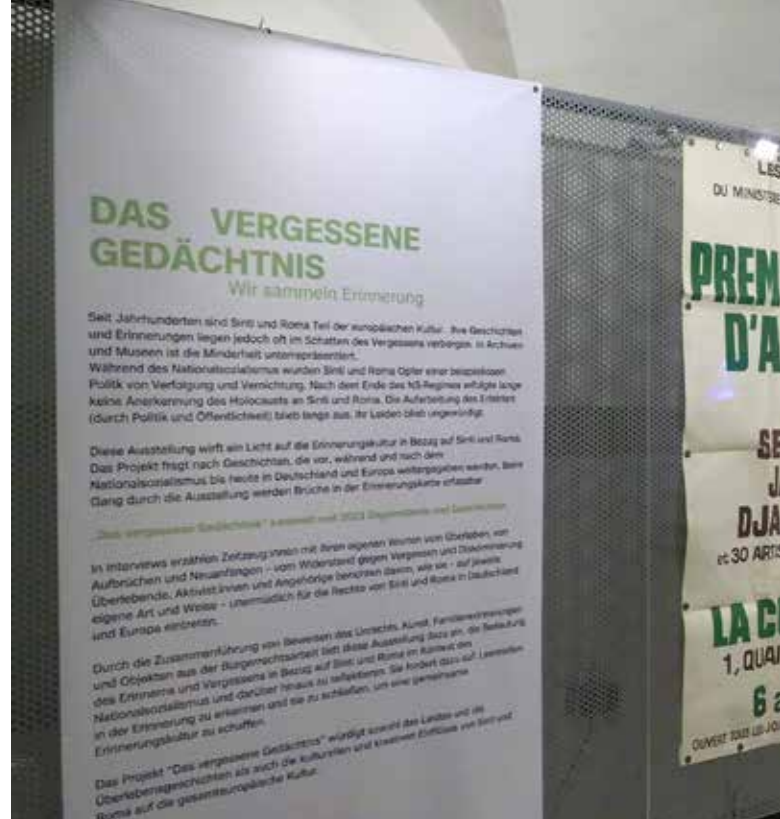


Schriftliche Zeugnisse: Die Dokumente in dieser Vitrine erzählen vom Leben der Familie Bäcker in Mittelhessen und ihrer Verfolgung durch die Nationalsozialisten.

Fernab der Öffentlichkeit hat hingegen die 1933 geborene Agnes Laubinger mit den quälenden Erinnerungen an drei Konzentrationslager gerungen. Mit ihrer Mutter, ihren beiden Schwestern und vielen anderen Sinti-Familien wurde das Mädchen von Hamburg nach Auschwitz-Birkenau deportiert. „Das war im Winter 1942“, schilderte sie im Gespräch mit Vera Tönsfeldt, von dem Ausschnitte im Gewölbekeller gezeigt wurden. „Es war sehr kalt.“ Schon nach wenigen Monaten sei ihre Mutter gestorben – an Bauchtyphus habe es damals geheißt. „Wir haben gesehen, dass meine Mutter zwischen Leichen gelegen hat.“ Aufgestapelt neben dem Block. Agnes Laubinger ist überzeugt, dass sie ohne die einige Jahre älteren Schwestern ebenfalls nicht überlebt hätte. Und womöglich verdankten die drei das auch dem Umstand, dass ihr Vater keiner Sinti-Familie entstammte.

Prozess wegen des „Verdachts von Sterilisationsverbrechen“

Agnes Laubinger kam von Auschwitz nach Ravensbrück und wurde 1945 mit ihren Schwestern im KZ Bergen-Belsen von britischen Soldaten befreit. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die SinteZZa zahlreiche Zeitungsberichte über die Schandtaten der Deutschen an der Minderheit aufbewahrt und auch diese dem Sammlungsprojekt am Dokumentationszentrum übereignet. Darunter ein Artikel aus der Hamburger Freien Presse vom Dezember 1946. Darin geht es um den Auftakt des Prozesses vor einem britischen Militärgericht gegen Prof. Hans Hinselmann sowie weitere Ärzte aus dem Altonaer Krankenhaus und zwei Kriminalbeamte der Hansestadt wegen „des Verdachts von Sterilisationsverbrechen“. Dieses Strafverfahren sei nicht nur deshalb beeindruckend, weil es sich um die erste – und erste erfolgreiche – Ahndung von rassistisch motivierten Verbrechen an Sinti und Roma handelte, schreibt die emeritierte Historikerin Prof. Eve Rosenhaft unter dem Lemma „Großbritannien“ in der Online-Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa. „Bemerkenswert ist auch die Haltung der britischen Behörden, die ein



hohes Maß an Sympathie für die Überlebenden zeigten und sich des Charakters der Verfolgung bewusst waren.“ Für Agnes Laubinger und ihre Familie hatte dieser Prozess, der im Gegensatz etwa zum Nürnberger Ärzteprozess weitgehend in Vergessenheit geraten ist, einen sehr persönlichen Bezug. Eine ihrer Schwestern war in Ravensbrück nämlich zwangssterilisiert worden. Auch an diese Gewalttat hat die 91-Jährige im Interview erinnert.

Nur wenige Schritte entfernt konnten die Ausstellungsbesucher*innen Bekanntschaft mit Alice Januel und ihrer Tochter Nelly Debart machen. Die französischen Bürgerrechtlerinnen haben dem Projekt ein kleinformatiges Heft überlassen – das „Carnet de Circulation“. Laut Gesetz von 1969 mussten in Frankreich alle Personen, die keinen dauerhaften Wohnsitz hatten, diesen Identitätsnachweis mit sich tragen. Das rote „Fahrtenbuch“ ähnelt einem Reisepass. Im Innern finden sich ein Ausweisfoto, zudem die Körpergröße der betreffenden Person, die Namen der Eltern und der Geburtsort. In regelmäßigen Abständen, beim Erreichen eines neuen Wohnsitzes oder Standorts, musste man dieses Dokument von den Behörden abstempereln lassen. Bei Zuwiderhandlung drohten Geld- oder Gefängnisstrafen. „In diesem Zusammenhang habe ich sogar einen Brief an den Präsidenten der Republik geschrieben“, schilderte Alice Januel im Video. Und fügte hinzu: „Weil es



Überraschende Entdeckung: Das Plakat einer Ausstellung in Paris im Oktober 1985 verrät, dass Django Reinhardt nicht nur ein begnadeter Musiker, sondern auch ein Kunstschaffender war.

eine große Diskriminierung ist, weil verurteilte Straftäter auf dem Polizeirevier stempeln gehen und nicht die ehrlichen Leute, die immer gearbeitet haben.“ Der Kampf der beiden Frauen hatte Erfolg: Diese Pflicht wurde 2017 endgültig aufgehoben.

Eine kleine braun-schwarze Kladde haben Johanna und Ludwig Bäcker aus Biedenkopf stets mit großer Sorgfalt mit sich geführt. Denn darin waren die Schulbesuche ihrer Kinder vermerkt. Die Einträge beginnen am 26. April 1935, enden am 24. Juli 1939 und bestätigen jeweils die Teilnahme am Unterricht. Die Familie finanzierte ihren Lebensunterhalt damals durch ambulanten Handel. Rund 280 handschriftliche Informationen lassen sich dem Büchlein entnehmen, die überwiegend von Schulen in Nordhessen und Nordrhein-Westfalen stammen. Direkt daneben lag in der Vitrine ein Foto des Ehepaares Bäcker und seiner Kinder. „In Biedenkopf hatten wir ein kleines Haus. Mein Vater arbeitete, drei ältere Brüder waren beim Militär und wir Kinder gingen zur Schule. Wir waren eine ganz normale Familie“, berichtete die 1931 geborene Tochter Luise Bäcker drei Jahre vor ihrem Tod im Jahr 2009. „All das war Anfang März 1943 mit einem Schlag zu Ende. Damals war ich zwölf Jahre alt. Am frühen Morgen wurde unser Haus von der Gestapo und der Polizei umstellt. Wir – meine Eltern und meine zwölf Geschwister – wurden verhaftet

und wie die Tiere durch die Stadt zum Bahnhof getrieben.“ Die Eltern und drei ihrer Kinder wurden nach der Deportation nach Auschwitz-Birkenau ermordet. Die persönlichen Unterlagen stellte Cheyenne Jennebach, die Urenkelin der Holocaust-Überlebenden Luise Bäcker, dem Projekt zur Verfügung.

Deutlich machte die Ausstellung schließlich auch, dass Ausgrenzung und Verfolgung der Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs aufhörten. Im Gegenteil. Sinti und Roma wurden auf Polizeirevieren und anderen Behörden immer wieder mit Mitarbeiter*innen konfrontiert, die an Verfolgungsmaßnahmen in der NS-Zeit beteiligt gewesen waren. Einige konnten sogar in sogenannten Wiedergutmachungsverfahren als „Expert*innen“ auftreten und ihre Taten erneut als legitimes Handeln im Rahmen der „Kriminalprävention“ verteidigen.

„Der Geist der Rassenpolitik ist noch nicht zu Ende“

Diese beschämende Praxis wurde im März 1985 vor dem Kölner Regierungspräsidium angeprangert, als die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma für angemessene Entschädigungen für das durch die Nationalsozialisten erlittene Unrecht demonstrierte. Das leuchtend gelbe Plakat mit der Aufschrift „Der Geist der Rassenpolitik ist noch nicht zu Ende“ markierte den Abschluss der Präsentation von ersten Sammlungsobjekten.

Beim Verlassen des Gewölbekellers ließen sich übrigens noch ein zweiter, schwarzer Frack sowie ein Taktstock entdecken. Beides gehörte zum Besitz von Riccardo M. Sahiti aus Frankfurt am Main. Selbst Angehöriger der Minderheit, hat der Dirigent 2002 die Roma und Sinti Philharmoniker gegründet. Das europaweit auftretende Projektorchester besteht aus bis zu 100 Mitgliedern und hat es sich zur Aufgabe gemacht, das musikalische Erbe zu bewahren. „Und wir wollen auch vermitteln, wie groß der Einfluss von Roma und Sinti in der klassischen Musik ist.“ ■

WEICHEN FÜR DIE ARBEIT DER KOMMENDEN JAHRE GESTELLT

Mitgliederversammlung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma wählt Romani Rose erneut zum Vorsitzenden



Bei der Verbandstagung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma haben die Mitglieder in der Evangelischen Akademie Bad Boll die Weichen für die Arbeit der kommenden Jahre gestellt. Die Teilnehmer*innen nutzten im März 2024 über mehrere Tage hinweg die Gelegenheit, die allgemeinen politischen Herausforderungen und insbesondere die Lage der Minderheit zu diskutieren. Zudem wurde Romani Rose, der den Zentralrat 1982 mitgegründet hatte, als Vorsitzender der größten Selbstorganisation der Sinti und Roma im Amt bestätigt. Seine neuen Stellvertreter*innen sind Arnold Weiß (Hamburg) und Dotschy Reinhardt (Berlin-Brandenburg), die auf Jacques Delfeld Sr. (Rheinland-Pfalz) und Matthäus Weiß (Schleswig-Holstein) folgen. Romani Rose sprach den beiden Letzteren, die sich nicht zur Wiederwahl gestellt hatten, Anerkennung und Dank für ihr jahrzehntelanges Engagement in der Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats aus.

Der wiedergewählte Vorsitzende drückte seine Sorge über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen aus: „Die Feinde der Demokratie träumen immer offener von der Renaissance eines völkischen Staates und planen wieder die Deportation

Intensiver Austausch: der neue Vorstand des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und sein wiedergewählter Vorsitzender Romani Rose (Mitte).

von Millionen Menschen aus Deutschland. Das muss unsere gesamte Gesellschaft wachrütteln. Der Rechtsextremismus richtet sich nicht nur gegen Minderheiten, sondern stellt eine Gefahr für den seit 80 Jahren währenden inneren und äußeren Frieden in unserem Land dar.“

Inhaltlich lagen die Schwerpunkte der Mitgliederversammlung auf dem durch das Bundesinnenministerium blockierten Staatsvertrag und dem anstehenden Neubau des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma. Die zweite Mitgliederversammlung, die vom 11. bis 13. November 2024 in Heidelberg stattfand, nahm die fortgesetzte Sondererfassung und Diskriminierung der Minderheit durch Polizeibehörden in den Blick und tauschte sich über das Pressemonitoring-Projekt aus, das wöchentlich über aktuelle Entwicklungen in Politik und Gesellschaft sowie über relevante Inhalte in der Medienberichterstattung zu Sinti und Roma informiert. ■

„STARKES ZEICHEN DER EINIGKEIT GEGEN HASS UND HETZE“

Jahrelange Forderung des Zentralrats: Ständige Bund-Länder-Kommission Antiziganismus nimmt Arbeit auf

„Da viele der Maßnahmen zur Überwindung von Antiziganismus in die Zuständigkeit der Länder fallen“, hatte der Deutsche Bundestag die Einsetzung einer Ständigen Bund-Länder-Kommission Antiziganismus gleich an den Anfang seines Forderungskatalogs gestellt. Und der wurde mit dem Entschließungsantrag zum Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (UKA) im Dezember 2023 auch einstimmig angenommen.

Rund sechs Monate später beschlossen Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsident*innen, diese Ständige Kommission einzusetzen, die unter der Leitung des Antiziganismusbeauftragten sowie eines jährlich nach dem Alphabet wechselnden Co-Vorsitzes der Länder stehen wird. Ein solches Austauschforum war vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bereits vor dem UKA-Bericht gefordert worden. In der konstituierenden Sitzung am 7. Oktober 2024 beschloss die Kommission dann, die Teilhabe von Sinti und Roma stärker zu fördern und die politischen Maßnahmen zwischen Bund und Ländern entsprechend abzustimmen. In der erarbeiteten Geschäftsordnung wurde neben dem Sitzungsrhythmus auch vereinbart, der Vertreter*innen der Minderheit einzubeziehen.

„Der Zentralrat begrüßt die gemeinsame Entscheidung von Bund und Ländern, die deutlich macht, dass die Bundesregierung auch die Gefahren des Antiziganismus verstärkt in den Fokus nimmt“, betonte Romani Rose. Angesichts der bis heute anhaltenden tiefen Verwurzelung dieser Form des Rassismus in allen Teilen der Gesellschaft sei eine zentrale Struktur zur wirksamen Koordination – ähnlich wie die 2019 eingesetzte Ständige Bund-Länder-Kommission Antisemitismus – unerlässlich. Der Zentralratsvorsitzende dankte vor allem dem Antiziganismusbeauftragten Mehmet Daimagüler,



Antiziganismus bekämpfen: Die Ständige Bund-Länder-Kommission hat beschlossen, die Teilhabe von Sinti und Roma stärker zu fördern.

der intensive Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt und den Ländern geführt hatte, um die Umsetzung der Forderung sicherzustellen.

Die Aufgaben der Kommission beinhalten unter anderem die Stärkung der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung über die Gefahren des Antiziganismus in der Gegenwart und über den Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa sowie die Stärkung des internationalen Austauschs. Daimagüler stellte das Anliegen klar: „Diese Kommission wird die Belange von Sinti und Roma dauerhaft auf die politische Agenda setzen. Zugleich setzen Bund und Länder ein starkes Zeichen der demokratischen Einigkeit gegen Hass und Hetze.“ ■

„NICHTS ÜBER UNS OHNE UNS“ LAUTET DER ANSPRUCH

Rund 200 Teilnehmer*innen aus über 80 Verbänden und Selbstorganisationen beim zweiten „Forum Sinti und Roma“ in Berlin

Von Alexander Cramer, Politischer Referent

„Ich hätte mir nie träumen lassen, dass es in Deutschland einmal ein Forum nur für Angehörige unserer Minderheit geben wird. Und das mitten in Berlin, wo auch die Politik ganz selbstverständlich hinkommt. Das zeigt, dass sich die Dinge über die Jahrzehnte tatsächlich auch verbessert haben.“ Mit diesen Worten fasste der Holocaust-Überlebende Christian Pfeil aus Trier seine Eindrücke beim Auftakt des zweiten „Forums Sinti und Roma“ zusammen, zu dem der Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Mehmet Daimagüler, Ende November 2024 in die Bundeshauptstadt eingeladen hatte.

Rund 220 Personen aus über 80 Verbänden und Selbstorganisationen, einflussreiche Vertreter*innen aus Bundes- und Landespolitik und damit deutlich mehr als bei der Premiere im Jahr zuvor – das waren die Rahmenbedingungen der Veranstaltung. Im AXICA Kongress- und Tagungszentrum direkt neben dem Brandenburger Tor wurde dabei zwei Tage lang über die Situation der Minderheit in Deutschland und die dramatischen Auswirkungen des tief verwurzelten Antiziganismus diskutiert, gleichzeitig aber auch der Blick auf Erfolge und Zukunftsperspektiven gerichtet.

Die Begegnungen, Gespräche und Wortbeiträge der Teilnehmer*innen machten deutlich, dass Sinti und Roma sich



an den ganz unterschiedlichen Stellen einbringen, an denen Politik und Gesellschaft gestaltet werden. Selbstbewusst fordern Angehörige der Minderheit Beteiligung und Gehör ein, wenn es um ihre Belange geht. Angesichts einer 600-jährigen Geschichte in Deutschland erstreckt sich dies auf alle Lebensbereiche: ob in Rundfunkräten, bei Gedenkveranstaltungen oder im Rahmen von Forschungsprojekten. „Nichts über uns ohne uns“ ist mittlerweile der Maßstab, an dem Deutschland sich messen lassen muss – das war Konsens unter den anwesenden Sinti und Roma.

Workshops zeigen Vielfalt der Themen der Minderheit

Acht parallel stattfindende Workshops boten den Teilnehmer*innen die Möglichkeit, sich zu persönlichen Schwerpunkten auszutauschen und zu vernetzen. Oswald Marschall, der stellvertretende Vorsitzende des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, stellte in seinem Workshop die Biographien erfolgreicher Sportler*innen aus der Minderheit vor. Wie von Fußball-



Videobotschaft des Kanzlers: Olaf Scholz würdigte die Bürgerrechtsarbeit des Zentralrates und prangerte die „Zweite Verfolgung“ der Sinti und Roma im Nachkriegsdeutschland an.

bestehenden Diskriminierungserfahrungen noch immer ihre Zugehörigkeit zur Minderheit verschweigen.

Etliche Gespräche verdeutlichten indes, wie vorurteilsbeladen der Umgang mit der Minderheit oft weiterhin ist. Der Auftakt des Forums war geprägt von den erschütternden Schilderungen einer Sinti-Familie aus Baden-Württemberg über ihre Erfahrungen mit der Polizei. Den meisten Teilnehmer*innen war der Fall des damals elfjährigen Sohnes bekannt, der im Februar 2021 in Singen ohne Angabe von Gründen von der Polizei festgenommen und in Handschellen auf ein Polizeirevier gebracht worden war. Anrufe der besorgten Mutter wurden ignoriert und abgewimmelt. Erst nach Stunden durfte der Junge die Wache wieder verlassen. Die Schilderungen von Polizist*innen, die sich weigerten, ihre Handlungen zu erklären und stattdessen Angehörige der Familie einschüchterten, machten die Teilnehmer*innen sichtlich fassungslos. Die trotz der unfassbaren Umstände sachlichen Berichte des inzwischen 15-jährigen Teenagers, die von großer persönlicher Widerstandskraft zeugten, wurden mehrfach von Standing Ovationen der Zuhörer*innen unterbrochen.

ler Walter Laubinger, den sein Trainer Ernst Happel beim Hamburger Sportverein nur „Zauberer“ nannte. Oder der Sinteza Angel Anni Theiß, mit der erstmals auch über die sportliche Laufbahn einer Fußballerin informiert wurde. Für den Mindener, einst selbst erfolgreicher Boxer, ist klar, dass die Athlet*innen nicht nur Vorbilder für die Minderheit sind, sondern auch den Blick der Gesellschaft auf Sinti und Roma verändern können.

Ein wichtiges Anliegen der Organisator*innen war insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Bereich Bildung. „Forschung auf Augenhöhe?“, „Sinti und Roma in der Hochschullandschaft“ und „Diskriminierungskritische Bildungsmaterialien“ – gleich drei Workshops betrachteten den wichtigen Bereich der Repräsentation und Wissensvermittlung. Oft war in den Pausen auf den Fluren des Kongress- und Tagungszentrums auch zu diesem Thema zu hören, dass viel erreicht worden sei und die Sensibilisierung für Antiziganismus erfolgreich verlaufe – aber dennoch viele junge Menschen aus Angst vor Ausgrenzung oder aufgrund von

Schockierender Fall polizeilicher Willkür

Diese dramatische Episode zeigte aber auch, dass Wehrhaftigkeit sich durchaus lohnt. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma rückte den Fall in den Fokus der Öffentlichkeit, woraufhin unter anderem taz, FAZ und Süddeutsche Zeitung die Geschehnisse aufgriffen. Die Familie erstattete mit Unterstützung eines Rechtsanwaltes Anzeige gegen die Beteiligten, was zu rechtskräftigen Strafbefehlen wegen Freiheitsberaubung und Nötigung führte. Der rechtliche Beistand der Familie war damals der Gastgeber der Veranstaltung: Dr. Mehmet Daimagüler.

Auch Familienministerin Lisa Paus wandte sich in ihrer Ansprache an die von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen: „Angesichts dessen, was passiert ist, möchte ich mich



Kulturelles Highlight: Der österreichische Musiker Harri Stojka gilt als einer der bedeutendsten Jazz-Musiker der Alpenrepublik. Er ist Sohn eines Holocaust-Überlebenden und gehört zu den Roma der Lovara.

auch von Mensch zu Mensch entschuldigen!“ Die Ministerin stellte obendrein klar: „Empowerment der Communities ist ein grundlegendes Element zur Bekämpfung des Antiziganismus. In diesem Bereich und an vielen anderen Stellen hat Mehmet Daimagüler als erster Antiziganismusbeauftragter in der Bundesrepublik Maßstäbe gesetzt.“

Warnung vor Faschismus, Anerkennung der Leistungen

Die Ministerin konnte ebenso wie der Antiziganismusbeauftragte die politische Situation in Deutschland wenige Wochen nach dem Auseinanderbrechen der Bundesregierung nicht ausblenden. Daimagüler, dessen Aufgabengebiet auch „das Leben der Sinti und Roma in Deutschland“ umfasst, betonte die Herausforderungen durch den stärker werdenden Faschismus und rief die Frage ins Plenum, was noch passieren müsse, bevor entschlossene Maßnahmen ergriffen würden? Der demokratische Rechtsstaat habe nicht nur das Recht, faschistische Parteien zu verbieten, sondern die

Pflicht. Er machte deutlich: „Die AfD ist eine tödliche Gefahr für Sinti und Roma in Deutschland. Wir dürfen dieses Land nie wieder den Faschisten überlassen.“

Bundeskanzler Olaf Scholz benannte in seiner Videobotschaft mit klaren Worten die „Zweite Verfolgung“ der Sinti und Roma und würdigte den Kampf der Bürgerrechtsbewegung des Zentralrats um Anerkennung des Holocaust an der Minderheit und gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft. Für den Bundeskanzler ist klar: „Die Errungenschaften der Sinti und Roma in Deutschland sind auch die Errungenschaften Deutschlands.“ Und der SPD-Politiker fügte hinzu: „Denn wer die Rechte von Minderheiten verteidigt, der verteidigt die Menschenwürde aller, der verteidigt unsere Verfassung.“

Trotz der Anerkennung für die politischen Zusicherungen sei auch klar, dass es nicht bei Versprechungen bleiben dürfe, so Christian Pfeil. „Das sind gute und wichtige Aussagen. Aber

es gibt viele Reden und Veranstaltungen, und solche Versprechen müssen Konsequenzen haben, damit sich die Dinge wirklich ändern können. Ansonsten bleiben es leere Worte.“

Podiumsdiskussion mit Perspektiven junger Sinti und Roma

Prominent kamen bei der Veranstaltung gerade junge Stimmen aus der Minderheit zu Wort. Wie sich Aktivismus heute gestaltet – zwischen politischem Rechtsruck, Erinnerung an den Holocaust und Selbstverständnis als Teil der Gesellschaft –, wurde im Rahmen der Podiumsdiskussion „80 Jahre nach dem Völkermord – Wiedererstarken der Rechten in Deutschland und Europa – Was bedeutet das für unsere Zukunft?“ ausführlich erörtert. Die vier Teilnehmer*innen machten deutlich, wie omnipräsent Antiziganismus in ihrem Alltag bis heute ist. Die bittere Aussage „Wir brauchen keine Definition von Antiziganismus, es ist unser Leben!“ unterstrichen viele Angehörige der Minderheit am Rande des offiziellen Programms. Trotz aller politischen Erfolge, das betont auch der Zentralrat immer wieder, wurde die Breite der Gesellschaft noch nicht erreicht.

Gleichermaßen war Hoffnung zu spüren angesichts erfolgreicher Projekte in der Bildungs- und Schulungsarbeit über

Antiziganismus und das Leben der Sinti und Roma. Die junge Aktivistin Vahide Berisha berichtete, sie engagiere sich nun in der Bildungsarbeit, nachdem sie als Auszubildende in der Verwaltung immer wieder antiziganistischen Kommentaren und Abwertungen begegnet sei, die etwa ihr angeblich typisches Aussehen thematisierten. Als bundesweit tätige Referentin treffe sie in allen Gruppen – so auch bei der Polizei – auf viele Menschen, die ehrlich daran interessiert seien, sich mit Vorurteilen auseinanderzusetzen. Von Moderatorin Shelly Kupferberg nach einer Prognose für die Zukunft gefragt, gaben sich die Diskutierenden kämpferisch: Der Rechtsruck in Deutschland bereite ihnen Sorgen, sie sähen die Communities aber gut aufgestellt für eine engagierte Selbstbehauptung.

Christian Pfeil zeigte sich abschließend ebenfalls optimistisch mit Blick auf die Stellung der Sinti und Roma in der Gesellschaft: „Diese vielen jungen und gut ausgebildeten Menschen machen mir Hoffnung, denn sie haben Chancen, die ich leider nie hatte. Diese Tatsache sollte auch nach der Veranstaltung Resonanz bekommen. Die Leute sollen sehen, dass wir viel mehr sind als die seit Jahrhunderten überlieferten Vorurteile.“ ■

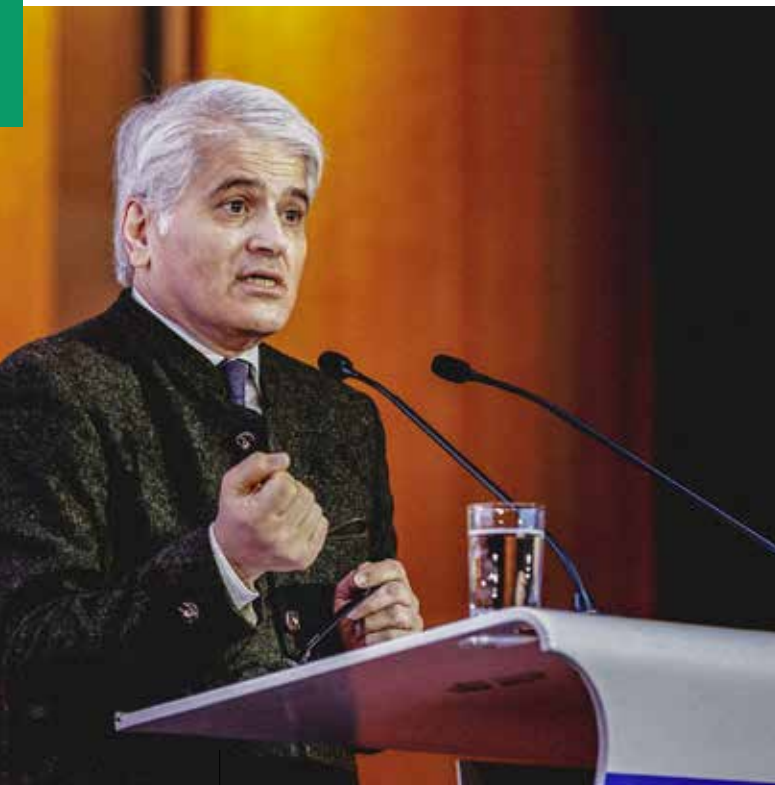
Ein Selfie zur Erinnerung: Junge Angehörige der Minderheit kamen bei der Veranstaltung mitten in Berlin prominent zu Wort.



„KOMMISSION ZUR AUFARBEITUNG DER ‚ZWEITEN VERFOLGUNG‘ BALD EINSETZEN“

Der Antiziganismusbeauftragte Mehmet Daimagüler zu den Zielen des „Forums Sinti und Roma“ und Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung

Das Interview führte Alexander Cramer, Politischer Referent



Engagierter Einsatz für die Minderheit: Mehmet Daimagüler ist der erste Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung und hat das „Forum Sinti und Roma“ ins Leben gerufen.

Aus Angst vor Ausgrenzung oder aufgrund von eigenen Erfahrungen mit Diskriminierungen verschweigen viele junge Sinti und Roma noch immer ihre Zugehörigkeit zur Minderheit. Verunsichert sind nicht nur sie, sondern auch ihre Eltern und Großeltern durch die Wahlerfolge der AfD, durch das Erstarren von Antiziganismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. „Ich fürchte, dass im Kampf um Anerkennung und gesellschaftliche Vielfalt große Rückschritte drohen“, betont Dr. Mehmet Daimagüler, der erste Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, im Interview. Gerade deshalb möchte er die Selbstorganisationen der Minderheit beim zweiten „Forum Sinti und Roma“ mit Politik und Zivilgesellschaft ins Gespräch bringen. Ein besonderes Anliegen ist ihm obendrein, dass trotz des Auseinanderbrechens der Ampel-Koalition die Kommission zur Aufarbeitung der „Zweiten Verfolgung“ alsbald eingesetzt wird.

An welchen Personenkreis richtet sich die Einladung zum zweiten „Forum Sinti und Roma“?

Zum „Forum Sinti und Roma“ laden wir in erster Linie die Selbstorganisationen der Minderheit ein, die wir mit Politik und Zivilgesellschaft ins Gespräch bringen. Ihnen wünsche ich größere Sichtbarkeit für ihre Anliegen und ihre Arbeit im Bund und in den Ländern. Die Selbstorganisationen setzen sich nach meinem Dafürhalten nicht nur für die Interessen der Community ein. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu

unserer demokratischen Gesellschaft insgesamt.

„Ich fürchte, dass im Kampf um Anerkennung und gesellschaftliche Vielfalt große Rückschritte drohen.“

MEHMET DAIMAGÜLER

Organisationen, dass sie für die Sichtbarkeit ihrer Themen kämpfen

Welches konkrete Ziel verfolgen Sie mit dieser öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung?

Bei ihrem Engagement möchte ich die Interessenvertretungen der Sinti und Roma unterstützen. Das Forum soll ihnen Gelegenheit bieten, bestehende Verbindungen in die Politik, in die Zivilgesellschaft und zu Stiftungen zu stärken und neue zu knüpfen. Mit einer großen Veranstaltung hier in Berlin hoffen wir auch, das Thema auf der politischen Tagesordnung zu halten. Mir ist außerdem daran gelegen, dass wir in einer offenen und wohlwollenden Atmosphäre zusammenkommen. Wir leben ohne Zweifel in extrem herausfordernden Zeiten. In diesem Kontext tun wir gut daran, den Zusammenhalt nach innen zu stärken.

Beim Forum sind mehr als 80 Selbstorganisationen vertreten, die teilweise sehr unterschiedlichen Schwerpunkte haben.

Die Organisationen sind in der Tat sehr unterschiedlich. Diese Vielfalt ist aus meiner Sicht eine große Stärke. Sie hilft, die vielen unterschiedlichen Perspektiven, das Wissen und das Engagement der Community sichtbar zu machen.

Gibt es trotzdem übergreifende gemeinsame Herausforderungen?

Die Organisationen eint der leider immer noch notwendige Kampf gegen Antiziganismus. Dieser spezifische Rassismus ist in unserer Gesellschaft so verbreitet, dass er die Lebensrealitäten von Sinti und Roma deutlich prägt. Wir beobachten Antiziganismus in nahezu allen Bereichen des Lebens: in der Schule, am Arbeitsplatz, auf Behördengängen und im Sportverein. Ebenfalls gemeinsam ist den

müssen. Das gilt für die großen und etablierten Verbände ebenso wie für kleinere Organisationen. Vor diesem Engagement und vor dem langen Atem der Beteiligten habe ich wirklich den allergrößten Respekt.

Welches Vorhaben sollte Ihrer Ansicht nach von der nächsten Regierung unbedingt umgesetzt werden?

Wir leben in schwierigen Zeiten. Ich fürchte, dass im Kampf um Anerkennung und gesellschaftliche Vielfalt große Rückschritte drohen. Auf fromme Wünsche möchte mich deshalb nicht verlassen. Jetzt müssen sich alle einbringen, denen der Kampf gegen Antiziganismus wichtig ist. Auf Bundesebene halte ich es für zentral, auf die Umsetzung des von allen demokratischen Fraktionen getragenen Bundestagsbeschlusses vom 14. Dezember 2023 zu drängen. Die Handlungsempfehlungen dieses Beschlusses stellen ein Arbeitsprogramm dar.

Wie sieht dieses Arbeitsprogramm konkret aus?

Ein besonderes Anliegen ist mir dabei die Kommission zur Aufarbeitung der „Zweiten Verfolgung“, die wegen des Auseinanderbrechens der Ampel-Koalition nun nicht mehr eingesetzt werden kann. Diese Kommission ist wichtig und muss früh in der nächsten Legislaturperiode kommen. Ein großer Erfolg der letzten Monate war die Einrichtung der ständigen Bund-Länder-Kommission gegen Antiziganismus. Die Arbeit dieser Kommission muss auf eine stabile Grundlage gestellt werden. Auch die Arbeit von MIA, der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus, braucht einen verlässlichen Rahmen und eine gesicherte, auskömmliche Finanzierung. Das alles ist kein Selbstläufer, im Gegenteil. Mit der politischen Mitbestimmung ist es wie mit einem Fahrrad: Wenn es nicht fährt, fällt es um. ■

ANTIZIGANISMUS SICHTBAR IN ALLEN FACETTEN DES ZUSAMMENLEBENS

MIA veröffentlicht zweiten Jahresbericht: Anzahl der Vorfälle 2024 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt

Von Sofia Erto, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei MIA

Antiziganismus zeigt sich in allen Lebensbereichen: oft als Beleidigung, Bedrohung oder Sachbeschädigung. Sinti und Roma werden aber auch immer wieder auf klischeehafte Merkmale reduziert. Regelmäßig werden ihnen Straftaten unterstellt. Und Angehörige der Minderheit sind obendrein zunehmend Übergriffen mit extremer Gewalt ausgesetzt. Gleich zehn solch gravierender Delikte wurden der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) im Jahr 2023 angezeigt. So schlugen etwa vier Schüler einer höheren Klasse einen jüngeren Rom brutal zusammen und riefen dabei: „Du dreckiger Z*, wir wollen Dich nicht hier.“ Im Jahr zuvor wurde ein Übergriff extremer Gewalt gemeldet.

Doch nicht nur in diesem Bereich musste eine deutliche Steigerung registriert werden. Insgesamt hat MIA 1233 antiziganistische Vorfälle erfasst, die sich damit im Vergleich zu 2022 mit 621 Ereignissen fast verdoppelt haben.

Die höheren Zahlen hängen mit dem Rechtsruck in Deutschland zusammen, sind aber sicherlich auch durch den wachsenden Bekanntheitsgrad der Meldestelle zu erklären. Nach wie vor ist von einem großen Dunkelfeld antiziganistischer Vorfälle auszugehen, das erst in den kommenden Jahren schrittweise erhellt werden kann, betonte MIA-Geschäftsführer Dr. Guillermo Ruiz Torres bei der Vorstellung des Jahresberichts am 17. Juni 2024 in Berlin.

„Der zunehmende Hass und die Hetze in unserem Land, aber vereinzelt auch in den Parlamenten, bilden dafür oftmals den Nährboden. Leider liefern immer wieder auch Politiker demokratischer Parteien sowie Berichte in den Medien, die das Verhalten Einzelner mit der Abstammung verbinden,

die Munition für diese schrecklichen Vorfälle“, kommentierte Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, diese besorgniserregenden Fakten.

Und Dr. Mehmet Daimagüler, Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, fügte hinzu: „Bei drei der dokumentierten Vorfälle extremer Gewalt handelt es sich um Polizeieinsätze. Dies muss für die Verantwortlichen in den Sicherheitsapparaten ebenso ein Alarmzeichen sein wie die Tatsache, dass Polizeibeamt*innen an mehr als 80 dokumentierten Vorfällen beteiligt waren. Der Polizei kommt in unserem Rechtsstaat eine große Verantwortung zu. Sie soll über die Einhaltung der Gesetze wachen. Sie soll die Menschen schützen. Für Sinti und Roma sieht die Realität leider oft anders aus.“

Antiziganismus zeige sich dabei durch „Racial Profiling“ – also anlasslose Kontrollen allein aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes einer Person, unverhältnismäßiges Auftreten der Beamt*innen sowie Stigmatisierung von Sinti und Roma in der Außenkommunikation. Festgestellt werden kann zudem die fortgesetzte Sondererfassung von Angehörigen der Minderheit, die ebenfalls das polizeiliche Handeln seit dem Kaiserreich prägt. Besonders belastend sind Vorfälle, in denen Sinti und Roma als Opfer von Kriminalität durch die Ermittlungsbehörden nicht ernst genommen werden oder im Rahmen einer Täter*innen-Opfer-Umkehr gleich selbst für die Straftaten verantwortlich gemacht werden.

Mit Sorge stellte MIA außerdem fest, dass antiziganistische Äußerungen bei Versammlungen und Großveranstaltungen,



Extrem wichtige Arbeit: Die Melde- und Informationsstelle (MIA) macht den wachsenden Antiziganismus in Deutschland sichtbar, doch ihre Arbeit ist noch immer nicht finanziell abgesichert.

etwa in Fußballstadien, und antiziganistische Propaganda, vor allem durch rechte Parteien, das gesellschaftliche Klima weiter vergiften und Menschen zur Gewalt anstacheln. Antiziganistische Äußerungen, die als „verbale Stereotypisierung“ erfasst werden, bildeten mit 600 Meldungen die meistverbreitete Vorfallart im Jahr 2023.

„Diese Äußerungen tragen dazu bei, dass Antiziganismus von breiten Teilen der Gesellschaft als Normalität verstanden wird. MIA setzt sich dagegen ein und macht alle Formen von Antiziganismus sichtbar“, gab Guillermo Ruiz Torres zu bedenken. Etwa den Zwischenfall bei einer Gedenkveranstaltung in einer Synagoge. Dort stellte sich ein katholischer Geistlicher der Vertreterin einer Selbstorganisation der Sinti und Roma mit den Worten vor: „Ich kenne ja nur den Begriff Z*, mit dem Hintergrund Verbrechen.“

Besonders erschreckend sei darüber hinaus, wie häufig institutionelle Diskriminierung weiterhin auftritt – also eine Schlechterbehandlung durch staatliche Stellen. Die Mitarbeiterin einer Selbstorganisation berichtete etwa, dass es in einem Landkreis unglaublich schwierig sei, Kita-Plätze für Roma-Kinder zu finden. „Sobald klar wird, dass es sich bei der Familie um Minderheitsangehörige handelt, gibt es nach Angaben der Betreuungseinrichtung keinen freien Platz mehr.“

Die Berichte an MIA zeigen, dass antiziganistische Mechanismen in allen Bereichen der Verwaltung wirken, sie verdeutlichen institutionellen Antiziganismus bei der Polizei, in Jobcentern, Jugendämtern, Ausländerbehörden, kommunalen Verwaltungen und im Bildungssektor. Mehr als jeder dritte Fall (insgesamt 502) bezog sich auf Diskriminierung –

Erschreckende Lektüre: Der Jahresbericht von MIA ist öffentlich zugänglich und kann unter www.antiziganismus-melden.de heruntergeladen werden.

wozu auch individuelles Verhalten zählt. Beispiel: Eine Romni wollte für ihre kleine Tochter einen Badeanzug kaufen. An der Kasse forderte die Mitarbeiterin sie auf, ihre Tasche zu zeigen. Und fügte hinzu: „Du hast sicher etwas gestohlen. Deine Leute machen so etwas immer gerne.“ Die Frau zeigte ihre Tasche, in der sich keine gestohlene Ware befand. Eine Entschuldigung folgte allerdings nicht.

Für Sinti und Roma stecken hinter diesen abstrakten Zahlen persönliche Schicksale, die den eigenen Alltag massiv betreffen und langfristige Folgen haben können. So weigerte sich eine Ärztin, Roma-Frauen zu behandeln, oder eine Schülerin bekam bei ihrer Anmeldung zum Abitur zu hören, es sei nicht zu verstehen, warum sie „sich überhaupt so viel Mühe geben würde, da sie ja sowieso nicht lange bleibt und wahrscheinlich schon



in einem Monat heiratet“. Gerade die Verweigerung von Bildungschancen sowie ein in Kindheit und Jugend erfahrener Antiziganismus bergen die große Gefahr langfristiger negativer Konsequenzen. Mehmet Daimagüler mahnte dazu an: „Es ist besonders bedrückend, dass jungen Menschen das Recht auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe abgesprochen wird und eine neue Generation mit der Erfahrung aufwächst, dass die Mehrheitsgesellschaft ihr mit Feindseligkeit und Misstrauen begegnet. Das ist eine Zukunftsaussicht, die wir nicht als Normalität akzeptieren dürfen.“

Rechtshilfenetzwerk

Das Rechtshilfenetzwerk gegen Antiziganismus richtet sich als Angebot an alle, die mit Antiziganismus konfrontiert sind. Oft sind Ereignisse, die MIA erfasst, juristisch relevant, werden aber von den Betroffenen nicht verfolgt. Das Rechtshilfenetzwerk informiert über mögliche Schritte, gibt auf Wunsch eine kostenlose Erstberatung und versucht, Kontakt zu Anwält*innen zu vermitteln.

Informationen unter antiziganismus-melden.de/rechtshilfenetzwerk, per Mail an rechtshilfenetzwerk@mia-bund.de sowie telefonisch unter +49 179 6632954.

MIA beleuchtet im Jahresbericht nicht nur die Art der Vorfälle, sondern auch die Lebensbereiche, in denen diese passieren. Nämlich nicht im Verborgenen oder an den Rändern der Gesellschaft, sondern sichtbar in allen Facetten des Zusammenlebens. Der bürgerliche Antiziganismus ist die häufigste Erscheinungsform: Er zeigt, wie Sinti und Roma zu einem Gegenbild der Werte der Mehrheitsgesellschaft gemacht werden – durch zugeschriebene kulturelle Eigenarten, soziales Verhalten oder gar angeblich übernatürliche Fähigkeiten.

Auf dem Jahreskongress und in einem Sonderbericht hat die Meldestelle drei Schwerpunkte gesetzt: antiziganistische Berichterstattung in den Medien, das Themenfeld Polizei und der Umgang mit Roma aus der Ukraine, die in

In allen Facetten des Zusammenlebens: MIA-Geschäftsführer Dr. Guillermo Ruiz Torres betonte bei der Vorstellung des Jahresberichts, dass von einem großen Dunkelfeld antiziganistischer Vorfälle ausgegangen werden muss.



der Regel vor dem russischen Angriffskrieg nach Deutschland geflohen sind.

Teilweise überschneiden sich die Themenfelder, wie eine ganze Reihe von Artikeln zeigt, die Roma als „angebliche Kriegsflüchtlinge“ diffamierten, die eigentlich aus Ungarn stammen würden und mit neuen ukrainischen Pässen einreisen. Diese würden die „EU-Massenzustrom-Richtlinie“ nutzen, um illegal Sozialleistungen zu beziehen. Das Bundesinnenministerium überprüfte diese Vorwürfe im Jahr 2024 flächendeckend, fand unter mehr als 1500 Personen aber nur knapp 50 mit doppelter Staatsbürgerschaft.

Romani Rose prangerte diese Art der Darstellung entschieden an. „Der Zentralrat weist seit Jahrzehnten mit seiner Kritik gegenüber den Medien darauf hin, dass der ständige Hinweis auf die Abstammung das gesellschaftliche Klima vergiftet und die Gewalt gegen die Minderheit fördert. Deswegen nehmen wir mit Abscheu zur Kenntnis, dass viele Medienschaffende offensichtlich aus der Geschichte nichts gelernt haben und ignorieren, dass auch sie Verantwortung für unseren Rechtsstaat tragen.“

Das gesamte Ausmaß des Antiziganismus in Deutschland liegt sicherlich noch höher, zumal es an Ansprechpartner*innen vor Ort fehlt. Auch wenn nach Einrichtungen in Bayern, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen nun auch eine regionale Meldestelle in Schleswig-Holstein etabliert wurde, fehlt zugleich in zehn Bundesländern weiterhin eine solche Anlaufstation für die Minderheit. Zwar ist MIA mit mehreren Hundert Institutionen im gesamten Bundesgebiet in Kontakt und hat über 50 Kooperationsvereinbarungen geschlossen, ein bundesweites Netzwerk für eine Community-orientierte Beratung fehlt allerdings bisher, wäre aber ein unerlässlicher Schritt zur Aufhellung des Dunkelfeldes.

Mit dem Aufbau eines Rechtshilfenetzwerks wird 2025 eine Lücke in der Beratungstätigkeit geschlossen, da viele Betroffene keine Unterstützung erhalten, um ihre gesetzlich verbrieften Rechte einzufordern, und Antiziganismus so oftmals ungesühnt bleibt. Was MIA weiterhin fehlt, ist eine langfristige Absicherung durch die Bundesregierung. Ein klares Bekenntnis gegen Antiziganismus bedeutet auch, diejenigen zu stärken, die darüber aufklären. ■

STEREOTYPE UND VORURTEILE IN DEN MEDIEN GEZIELT AUFSPÜREN

Systematisches „Presse- und Politikmonitoring | Sinti* und Roma*“ als Grundlage für wöchentlichen Newsletter

Die Formulierungen waren reißerisch und diskriminierend. Zudem waren Informationen, die eine süddeutsche Regionalzeitung Ende September 2024 in einer ihrer Lokalausgaben verbreitete, nicht korrekt. Denn unter der Überschrift „Wohnung vermüllt und demoliert“ wurde gemeldet, dass Asylbewerber*innen aus der Ukraine „wie die Wilden gehaust“ hätten. Dabei soll es sich um Sinti und Roma gehandelt haben. Und der Pressesprecher des Landratsamtes wird mit den Worten zitiert, „diese Personengruppe“ hinterlasse Unterkünfte immer wieder „völlig demoliert“. Gerade derart verallgemeinernde Aussagen konstruieren einen Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zur Minderheit und dem beschriebenen Fehlverhalten. Obwohl Behörden in anderen Kontexten immer wieder betont haben, dass Menschen aus der Ukraine nicht ethnisch erfasst würden.

Mangelnde Recherche zeigt sich offenkundig auch beim Begriff „Asylbewerber“. Bei einer Million ukrainischen Kriegsflüchtlingen finden sich in Deutschland gerade mal 778 Asylanträge, die Zuordnung ist also höchst fraglich. Obendrein erstaunt die Vermengung von „Sinti und Roma“, da in der Ukraine fast ausschließlich Roma leben. Sinti in Deutschland sind in der Regel deutsche Staatsbürger*innen.

Wegen des Verstoßes gegen gleich mehrere Ziffern des Pressekodex hat der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma daher Beschwerde beim Deutschen Presserat eingereicht. Mit Erfolg. In der Begründung des Kontrollorgans heißt es, dass „rassistische Stereotype“ bedient würden, indem die ethnische Zugehörigkeit genannt wird. Weiterhin sei gegen die Sorgfaltspflicht verstoßen worden, weil die Zeitung An-



Intensive Zeitungslektüre: Mithilfe von tagesaktuellen Pressedatenbanken werden regelmäßig über 20.000 Quellen nach verschiedenen Stichwörtern durchsucht.

gaben einer Nachbarin ungeprüft übernommen habe. Es blieb letztlich bei einem Hinweis – der schwächsten Form möglicher Sanktionen –, da der Chefredakteur den Artikel online löschen ließ und die Redaktionen für die Vorgaben des Pressekodex sensibilisiert habe.

Der Vorgang macht die zentrale Rolle der Medien deutlich: Sie können Stereotype reproduzieren und aufrechterhalten oder aber durch kritische Recherche aufbrechen. Das Projekt „Presse- und Politikmonitoring | Sinti* und Roma**“ leistet deshalb durch die systematische Bewertung und Analyse der Berichterstattung einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung. Wöchentlicher Newsletter informiert und kann abonniert werden

Große Zahl an Suchbegriffen, um alle relevanten Artikel aufzuspüren

Seit März 2024 setzt der Zentralrat dieses Projekt um, das vom Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma gefördert wird. Ziel des wöchentlichen Newsletters ist es, Selbstorganisationen, Verwaltung, Politik und Wissenschaft sowie weitere zivilgesellschaftliche Institutionen über relevante Inhalte mit Bezug zur Minderheit oder zu Antiziganismus zu informieren. Dieser Fachinformationsdienst stärkt somit die Arbeit der in diesem Bereich Tätigen und richtet sich auch an Interessierte.

Mithilfe von tagesaktuellen Pressedatenbanken werden regelmäßig über 20.000 Quellen nach verschiedenen Stichwörtern durchsucht. Daraus resultieren bis zu 400 Treffer täglich, die gesichtet, bewertet und für den Newsletter ausgewählt werden. Eine Herausforderung liegt darin, die Suchbegriffe so vorzugeben, dass möglichst alle relevanten Artikel angezeigt werden. Denn es findet sich eine Vielzahl von Terminologien und Schreibweisen. Noch komplexer gestaltet sich die Suchsyntax hinsichtlich gängiger Codes wie „Rumänen und Bulgaren“ im Kontext sogenannter „Armutszuwanderung“ oder der Bezeichnung „Großfamilien“. Gezielt werden diese Begriffe integriert, um auch Diskurse zu identifizieren, die häufig antiziganistisch geprägt sind, ohne explizite Bezugnahme zur Minderheit. Der mögliche antiziganistische Gehalt erschließt sich nur im Kontext und die verwendeten Begriffe variieren je nach Themenschwerpunkt oder Vorwissen. Folglich handelt es sich bei dem Monitoring um einen Prozess mit stetigem Anpassungsbedarf.

Kriterien für die Zuordnung einzelner Berichte in die Rubrik „antiziganistische Berichterstattung“ sind etwa die Nennung der Minderheitenzugehörigkeit ohne „zwingenden Sachbezug“ sowie antiziganistisches Othering – die Darstellung von bestimmten Personengruppen als „fremd“ –, die unreflektierte Verwendung der rassistischen Fremdbezeichnung oder die Wiedergabe antiziganistischer Äußerungen, ohne diese einzuordnen. Das Ausblenden der Folgen von Diskriminierung und die Reproduktion romanisierender Zuschreibungen können weitere Anhaltspunkte sein.

Durch das Monitoring wird sichtbar, welche Themen in den Medien besonders präsent sind und welche Aspekte im Zusammenhang mit der Minderheit bisher nur marginal behandelt wurden. Die Analyse geht jedoch weiter und untersucht zusätzlich, „wie“ die Berichterstattung erfolgt. Wichtige Fragen sind dabei, ob Vertreter*innen der Minderheit zu Wort kommen, in welchen Bereichen die Berichterstattung problemorientiert ist und wie diese eventuell mit antiziganistischen Zuschreibungen verbunden wird, die diskriminierende Auswirkungen verstärken. In exemplarischen Fallstudien wird die Berichterstattung über Sinti und Roma im Kontext polizeilicher Ermittlungen oder der Flucht aus der Ukraine hinterfragt. Überdies werden differenzierte Artikel über antiziganistische Vorfälle und Gedenkveranstaltungen näher betrachtet. Ein weiterer Schwerpunkt widmet sich dem Thema „Antiziganismus in sozialen Medien“.

Letztlich bildet die Sichtung und Analyse der Artikel die Grundlage für eine fundierte Kritik an der Pressearbeit, insbesondere wenn es um Berichterstattung geht, die antiziganistische Stereotype reproduziert und zur negativen Wahrnehmung der gesamten Gruppe in der Gesellschaft beiträgt. Im Jahr 2024 hat sich der Zentralrat mit mehreren Beschwerden an den Presserat gewandt, und auch die zuständigen Meldestellen wurden über antiziganistische Vorfälle sowie volksverhetzende Äußerungen informiert. ■



<https://zentralrat.sintiundroma.de/neu-presse-und-politikmonitoring-sinti-und-roma/>

„DEMOKRATIE LEBEN!“ STARTET IN NÄCHSTE FÖRDERPERIODE

Trotz Herausforderungen wird Themenfeld Antiziganismus in dem zivilgesellschaftlichen Bundesprogramm gestärkt

Von Björn Budig, Projektmitarbeiter



Weiterhin Dreh- und Angelpunkt für das Themenfeld in Berlin: das Bildungsforum gegen Antiziganismus bei seiner offiziellen Eröffnung 2019.

Die Demokratie befindet sich in der Defensive. Auf der ganzen Welt erleben derzeit autoritäre Kräfte Aufwind, die ein freies und friedliches Zusammenleben grundsätzlich infrage stellen. Besonders Minderheiten geraten ins Visier jener, die kulturelle Vielfalt und freiheitliche Ordnung ablehnen. Marginalisierte Menschen werden von diesen Gegner*innen der offenen Gesellschaft zu Sündenböcken gemacht. Ihnen wird die Verantwortung für Unsicherheiten und Krisen angelastet.

Um Staat und Gesellschaft gegen diese Angriffe zu wappnen, rief das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vor nunmehr zehn Jahren das bis heute größte Demokratieförderprogramm der deutschen Geschichte ins Leben. Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma war von Beginn an mit dabei. So eröffnete bereits 2015 das Berliner Projektbüro, aus dem wenige Jahre später das Bildungsforum gegen An-



Newsletter des Bildungsforums

Einer breiteren Öffentlichkeit wird der neue Kooperationsverbund gegen Antiziganismus auf dem Bundeskongress vorgestellt, der am 6. November 2025 in Berlin stattfinden wird. Interessierte sind eingeladen, sich für den Newsletter des Bildungsforums gegen Antiziganismus anzumelden:

<https://gegen-antiziganismus.de/ueber-uns/newsletter/>

tiziganismus entstehen sollte. Das Bildungsforum ist heute in der Berliner Trägerlandschaft eine feste Größe und hat im Bundesprogramm zuletzt ein Kompetenznetzwerk im Themenfeld Antiziganismus koordiniert, dem auch die interkulturelle Selbstorganisation von Roma und Nicht-Roma, Amaro Drom e. V., sowie die Evangelische Akademie zu Berlin mit dem „Netzwerk Sinti Roma Kirchen“ angehören.

Förderprogramme in der politischen Bildung sind zuletzt unter Beschuss geraten. Nicht mehr nur von Rechtsaußen sind Stimmen laut geworden, die grundsätzlich infrage stellen, dass der Staat zivilgesellschaftliche Projekte für die gesellschaftliche Teilhabe und zur Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit finanziell unterstützt. Die neue schwarz-rote Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz möchte „Demokratie leben!“ dennoch fortführen – obgleich es einer umfassenden Prüfung unterzogen werden soll, wie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Neue Förderperiode mit fünf Trägern im Kooperationsverbund

In der neuen Förderperiode, die am 1. Januar 2025 startet, wurde das Themenfeld Antiziganismus zunächst gestärkt. Statt wie bislang drei werden nun fünf Träger als Kooperationsverbund gefördert. Zu Dokumentationszentrum, Amaro Drom und der Evangelischen Akademie kommen die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten mit ihrer bislang als Modellprojekt geförderten „Kompetenzstelle gegen Antiziganismus“ (KogA) sowie die Forschungsstelle Antiziganismus an der Universität Heidelberg, die ein besonderes Augenmerk auf die visuellen Dimensionen der Diskriminierung von Sinti und Roma legt, hinzu. Mit den beiden neuen Partnern wird zudem eine noch engere Vernetzung mit der deutschen Gedenkstättenlandschaft sowie der universitären Forschung gewährleistet

Das Dokumentationszentrum ist mit dem Bildungsforum gegen Antiziganismus dabei erneut federführend. Es bildet die Koordinierungsstelle innerhalb des Verbundes und führt sämtliche Fäden zusammen. Auch konnte sich das Bildungsforum mit der Koalition der bereits genannten Partnerorganisationen im Rahmen des Interessensbekundungsverfahrens gegen die Konkurrenz aus anderen Verbänden durchsetzen. So bleiben die vielfältigen Perspektiven innerhalb der Minderheit und auch besonders der deutschen Sinti und Roma gut sichtbar und stark vertreten.

Gefördert wird der neu entstandene Kooperationsverbund im Handlungsbereich „Aufbau einer bundeszentralen Infrastruktur“. Die damit verbundene Aufgabe besteht darin, Kapazitäten, Strukturen und Expertise bereitzustellen, die das Themenfeld in seiner Gesamtheit nachhaltig stärken. Dazu sollen in den kommenden Jahren Konzepte, Bildungsmaterialien, Publikationen und Ausstellungen entstehen, die auch anderen Organisationen und Verbänden dabei helfen sollen, ihre eigene Bildungsarbeit weiter auszubauen und ihre Kompetenzen zu vertiefen. Neben dem Kooperationsverbund werden auch sogenannte Innovationsprojekte gefördert; unter ihren Trägern ist der 1. Sinti-Verein Ostfriesland in Leer, Mitgliedsverband im Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. ■

„GETEILTE GESCHICHTE, GEMEINSAME KÄMPFE“

Das Bildungsforum gegen Antiziganismus und der Bundesverband RIAS setzen Kooperation fort

Von Björn Budig, Projektmitarbeiter



Vorbild für die Gegenwart: Romani Rose und Simone Veil am 27. Oktober 1979 bei der Gedenkveranstaltung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen.

Die Geschichte von Jüdinnen und Juden sowie die Geschichte von Sinti und Roma sind, gerade in Deutschland, untrennbar miteinander verknüpft. Beide Gruppen wurden gleichermaßen von den Nationalsozialisten entrechtet und verfolgt, in Konzentrationslager verschleppt, in den Gaskammern und bei Massenerschießungen im besetzten Osteuropa ermordet. Auch die ideologischen Grundlagen

dieser Verbrechen – Antisemitismus und Antiziganismus – ähneln sich in ihrer Ideologie ebenso wie in ihrer Wirkungsgeschichte: Über Jahrhunderte hinweg wurden die betroffenen Gruppen aus der Mitte der Gesellschaft gedrängt, trotz aller Verdienste und Bemühungen zu Fremden erklärt und als Sündenböcke markiert. Eine weitere Radikalisierung brachten die Rassentheorien des 19. Jahrhunderts.

Mit ihrer Hilfe wurde das Ressentiment nunmehr pseudowissenschaftlich begründet.

Deshalb müssen beide Ausprägungen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gemeinsam verstanden und bekämpft werden. Die noch junge Disziplin der Antiziganismusforschung lehnt sich stark an die Tradition der Antisemitismusforschung an. Vor diesem Hintergrund haben das Bildungsforum gegen Antiziganismus, Teil des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, und der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) eine langfristige Kooperation vereinbart, um Multiplikator*innen zu schulen und wissenschaftliche Fachdebatten in die Zivilgesellschaft zu tragen.

In Berlin, wo beide Einrichtungen ansässig sind, begann ihre Zusammenarbeit: Am 8. November 2023 richteten RIAS und Bildungsforum gemeinsam den Fachtag „Geteilte Geschichte, gemeinsame Kämpfe – Zu Verschränkungen von Antisemitismus und Antiziganismus“ aus. Der Titel ist nicht zufällig gewählt. RIAS und Bildungsforum nehmen durch ihre Kooperation eine Perspektive ein, die Sinti und Roma sowie Jüdinnen und Juden nicht als bloße Opfer nationalsozialistischer Verfolgung begreift, sondern ihre Resilienz, ihre Akte von Widerstand, ihr Ringen um Emanzipation und Anerkennung ins Zentrum stellt. Besonders relevant bleibt dabei auch die Zeit nach 1945, die für die Überlebenden gerade keine „Stunde Null“ bedeutete, sondern vielfach durch den Kampf um den Fortbestand der eigenen Familien und Communitys sowie gegen das anhaltende Unrecht und die mehrheitsdeutsche Schuldabwehr geprägt war. Der Fachtag stieß auf große positive Resonanz, auch unter dem internationalen Fachpublikum.

Von diesem Zuspruch bestärkt, ließen die Organisationen Veranstaltungen im April und Juli 2024 folgen, die das Problem von Antiziganismus und Antisemitismus im Kontext von sozialer Arbeit in den Blick nahmen. Ein besonderes Schlaglicht warfen RIAS und Bildungsforum auf die rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen.

Im August 1992 war es hier zu massiver Gewalt gegen vietnamesische Vertragsarbeiter*innen und geflüchtete Roma gekommen. Über mehrere Tage belagerten Tausende Menschen das Lichtenhagener „Sonnenblumenhaus“ und ein

benachbartes Wohnheim. Die anrückende Polizei war mit dieser Eskalation überfordert, und nur durch Glück konnten die Menschen, die sich im Haus befanden, über ein angrenzendes Dach entkommen. Dem Pogrom war eine Verschärfung der politischen Diskussion um Zuwanderung und Asyl vorausgegangen. Gleichzeitig lieferten die rassistischen Gewalttaten, die sich nicht auf Rostock-Lichtenhagen beschränkten, eine Rechtfertigung für den Asylkompromiss, der im Dezember 1992 folgte.

Die Bildungsreise, die RIAS und Bildungsforum im Juli 2024 veranstalteten, nahm diese komplexe Geschichte der rassistischen Gewalt in den Blick. Dabei arbeiteten Multiplikator*innen der politischen Bildungsarbeit mit dem Dokumentationszentrum Lichtenhagen zusammen, um an die Ereignisse von 1992 zu erinnern. Neben der antiziganistischen Dimension des Pogroms setzten sich die Teilnehmenden auch mit jüdischen Perspektiven auf die Angriffe auf Menschen im „Sonnenblumenhaus“ auseinander. Als Ignatz Bubis 1992 nach Lichtenhagen reiste, wurde er vor Ort von an dem Pogrom Beteiligten, aber auch von lokalen Politiker*innen antisemitisch verunglimpft. Aufsehen erregte auch eine Aktion französischer Jüdinnen und Juden rund um Serge und Beate Klarsfeld, die aus Protest gegen die Komplizenschaft mit dem Rechtsextremismus am 19. Oktober 1992 das Rostocker Rathaus besetzten. Beide Geschichten sind miteinander verbunden, in Trauma und Gewalt, aber auch in Solidarität und Widerstand.

Die produktive Zusammenarbeit von RIAS und Bildungsforum soll auch 2025 fortgesetzt werden. Weitere Veranstaltungen zu Rostock-Lichtenhagen wurden geplant, ebenso erneut eine Bildungsreise zur Gedenkstätte Bergen-Belsen. In dem KZ kamen bis Kriegsende 72.000 Menschen durch Krankheit, Hunger und Gewalt um, unter ihnen auch zahlreiche Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma. Für die Bürgerrechtsbewegung wurde Bergen-Belsen 1979 zu einem prägenden Ort, als der Verband Deutscher Sinti erstmals eine große Gedenkveranstaltung abhielt. Unter den Teilnehmenden war auch die erste Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil. Veil, die als Jüdin selbst mehrere Lager überlebt hatte, sagte damals: „Unsere Schicksale sind miteinander durch dieselbe Pflicht zum Gedenken verknüpft.“ ■

DEMONSTRATIONEN GEBEN „HOFFNUNG FÜR DIE ZUKUNFT“

Romani Rose hält Rede im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zum Internationalen Holocaust-Gedenktag

Von Alexander Cramer, Politischer Referent

„Erinnerung bedeutet, in der Gegenwart Verantwortung zu übernehmen für Demokratie und Rechtsstaat.“ So lautet eine der zentralen Prämissen für die Arbeit des Zentralrats sowie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma. Und wie notwendig es ist, sich intensiv für den Schutz dieser hohen Güter verantwortlich zu fühlen, haben im Januar 2024 die Enthüllungen der Rechercheplattform „Correctiv“ erschreckend deutlich gemacht. Denn bei einem Geheimgespräch in Potsdam tauschten sich gut vernetzte Rechtsextreme – hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer – über die Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland aus. Bis heute werden diese geplanten Deportationen als „Remigration“ verharmlost. Gegen diese perfiden Pläne sind damals in den Wochen vor dem Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar bundesweit knapp eine Million Menschen auf die Straße gegangen.

Auf diese aktuellen Ereignisse ging auch Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats, in seiner Rede zum Internationalen Holocaust-Gedenktag im Parlament von Mecklenburg-Vorpommern ein, zu der ihn Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) nach Schwerin eingeladen hatte. „Die Teilnehmer phantasierten bei diesem Treffen von einer völkischen Renaissance für unser Land, die Massen-„Remigrationen“ aus Deutschland für Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund vorsieht. Auch für solche mit deutschem Pass. Mit ihrer erneuten menschenverachtenden Politik stehen sie



in einer Tradition, die Deutschland vor 80 Jahren zerstört, geteilt und geächtet zurückgelassen hat. Die NS-Ideologie von einer ‚Herrenrasse‘ hatte Europa und Deutschland einst in den Abgrund gerissen“, so Rose. Und er fügte hinzu: „Diesem Wahnsinn stellten sich nach den Enthüllungen und der medialen Verbreitung Hunderttausende Menschen in ganz Deutschland entgegen. Alle Generationen demonstrieren für die Demokratie. Das gibt Hoffnung für die Zukunft.“

Seit 1996 ist der 27. Januar in Deutschland gesetzlich als Gedenktag verankert. Dafür hatten sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland entschieden eingesetzt. Mittlerweile wird im Bundestag aus diesem Anlass aller Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft gedacht. Zudem finden zu diesem Tag überall in Deutschland zahlreiche Ver-



Gedenken an die Opfer des Holocaust: Am Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau erinnert Romani Rose im Landtag von Schwerin auch an die ermordeten Sinti und Roma.

Bis heute sei der Name Auschwitz für die Minderheit das Synonym für eine Wunde, die niemals heilen könne, so Romani Rose weiter. Jede Familie habe Angehörige durch den rassistischen Vernichtungswillen der Nazis verloren.

Die Landtagspräsidentin brachte ebenfalls die Totalität der Mordpläne sowie der Zerstörung der Demokratie in Deutschland nachdrücklich zum Ausdruck: „Der Holocaust hat tiefe Wunden in unserer Welt hinterlassen, die bis in die Gegenwart reichen. Das Grauen des Nationalsozialismus ist auch heute noch schwer vorstellbar. Der Holocaust ist und bleibt die schrecklichste Antithese zu Demokratie und Humanität und nimmt alle Demokraten in die Pflicht – heute vielleicht drängender denn je“, betonte Birgit Hesse. „Es liegt an uns, die so schwer errungene Demokratie zu bewahren. Das ist jedoch nur möglich, wenn wir willens sind, aus der Geschichte zu lernen, wenn wir eintreten, für die Demokratie gerade auch in unruhigem Fahrwasser, wenn wir die Erinnerungen an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte aufrechterhalten und niemals vergessen, wie mit der Demokratie die Menschlichkeit aus Deutschland verschwand und so unendlich furchtbare Verbrechen geschahen.“

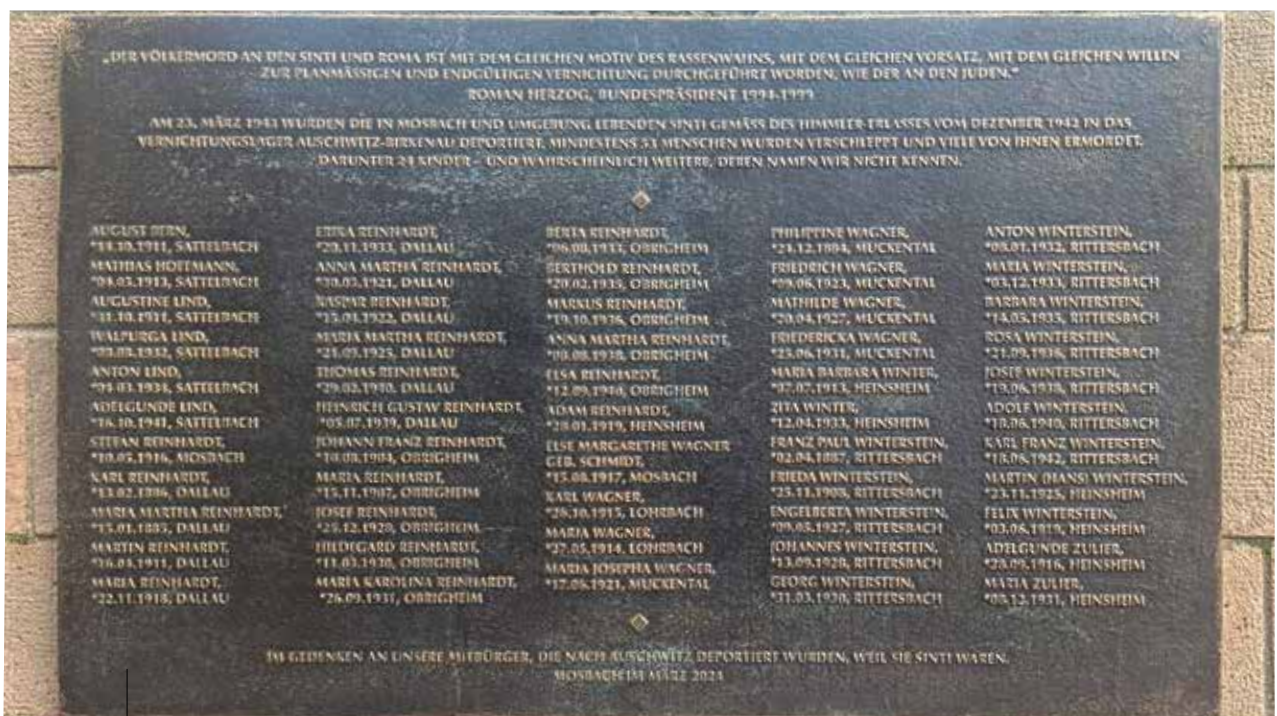
anstaltungen statt – so auch in den Landtagen. Insbesondere in der Anfangsphase des offiziellen Gedenkens – nur 14 Jahre nach der Anerkennung des Völkermords an den Sinti und Roma – waren die Verfolgung und das Schicksal der Minderheit im offiziellen Bewusstsein noch kaum verankert. Romani Rose zitierte in seiner Rede den ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, dessen klare Worte bei der Eröffnung des Dokumentationszentrums in Heidelberg 1997 einen bedeutenden Wendepunkt in der historischen Bewusstseinsbildung markierten: „Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“

Im Anschluss an die Rede der Landtagspräsidentin gedachten die Abgeordneten gemeinsam mit den geladenen Gästen der Opfer des Nationalsozialismus mit einer Schweigeminute. Unter den Anwesenden befanden sich auch Schüler*innen aus vier Schweriner Schulen. Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkstunde von Studierenden der Hochschule für Musik und Theater Rostock. Gespielt wurden Stücke von Hans Gál und Paul Hindemith – zwei Komponisten, deren Werke während der Zeit des NS-Regimes als „verfemte Musik“ galten. ■

„ABTRANSPORT VOR DEN AUGEN IHRER NACHBARN“

Im Herzen der Stadt Mosbach erinnert nun eine Bronzetafel an die Deportation von 53 Sinti nach Auschwitz-Birkenau

Von Alexander Cramer, Politischer Referent



Dem Vergessen entrissen: Die Gedenktafel mit den Namen der aus Mosbach deportierten Sinti erinnert seit dem 23. März 2024 an Ausgrenzung, Deportation und Ermordung.

Um 5:06 Uhr begann für die Mosbacher Sinti am 23. März 1943 die Katastrophe. Eingepfercht in einen Zug der Reichsbahn ging es auf eine Fahrt quer durch das Deutsche Reich und das besetzte Polen. Das Ziel Auschwitz-Birkenau wurde drei Tage später erreicht. Exakt um 15:01 Uhr, wie der Fahrplan vermerkte. Diese akribische Planung und Organisation war für die bürokratisierte Ermordung der Menschen im Holocaust eine wesentliche Voraussetzung.

Grundlage für die Deportation war der sogenannte „Auschwitz-Erlass“ vom 16. Dezember 1942, mit dem Heinrich Himmler die vollständige Auslöschung der Minderheit angeordnet hatte. Daran erinnert nun im Herzen der Stadt Mosbach eine Gedenktafel mit allen Namen, Geburts- und Sterbedaten jener Männer, Frauen und Kinder. Enthüllt wurde sie am Jahrestag der Deportation am zentralen Platz zwischen Rathaus und Kirche. Insgesamt 53 Menschen aus acht Familien wurden damals verschleppt, nur wenige überlebten

den Hunger und die Torturen im Lagerabschnitt B II e. Für einige der Opfer ist die akribisch geführte Deportationsliste der Nazis, die sich heute im Besitz der Gedenkstätte Neckarelz befindet, der einzige Hinweis darauf, dass sie überhaupt einmal lebten. Von anderen wiederum sind Dokumente und Zeugnisse wie ein Familiengebetbuch erhalten.

Durch die lokalhistorische Forschung ist bekannt, dass viele der Sinti seit Generationen in Mosbach und den umliegenden Dörfern gelebt hatten. Andere hingegen waren erst durch den „Festsetzungserlass“ aus dem Oktober 1939 gezwungen worden, sich dauerhaft in der Gemeinde aufzuhalten. Denn damit war es der Minderheit unter Androhung von KZ-Haft untersagt worden, ihre Aufenthaltsorte zu verlassen – eine vorbereitende Maßnahme zur Deportation.

Nur wenige Überlebende kehrten nach der Befreiung in die Region zurück. Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats sowie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, betonte bei der Enthüllung der Bronzetafel, dass die Nationalsozialisten in aller Öffentlichkeit vorgingen: „Wir wissen heute, dass der Abtransport der hier in Mosbach lebenden Sinti-Familien vor den Augen ihrer Nachbarn durchgeführt wurde. Unter den Verschleppten waren mindestens 24 Kinder und Jugendliche; der Jüngste war gerade neun Monate alt.“

Rose lobte die Anstrengungen von Stadtpolitik und Verwaltung zur Aufarbeitung dieses Kapitels der lokalen Geschichte. Bedeutsam sei, dass sich der gesamte Gemeinderat dazu verpflichtet sehe und dass auch die Vorsteher*innen aller Ortsteile, aus denen die Angehörigen der Minderheit deportiert worden waren, an der Gedenkveranstaltung mitwirkten. In Mosbach herrsche die Bereitschaft, historisches Unrecht anzuerkennen und vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit Verantwortung zu übernehmen.

Während der NS-Zeit wurden auf dem Gemeindegebiet im KZ Neckarelz Menschen für Zwangsarbeit und medizinische Versuche missbraucht. Inzwischen übernimmt die Gedenkstätte eine zentrale Rolle in der Erinnerungsarbeit. Als Redner hob dies auch der Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, Dr. Achim Brötel, hervor: „Ohne die Grundlagenforschung und die daraus entstandene, 2009 mit Unterstützung der

Landeszentrale für politische Bildung erschienene Dokumentation ‚Verfolgung der Sinti, Roma und Jenischen im ländlichen Raum des Kraichgaus, des Neckartales, des Elztales und des Baulandes‘, wäre wahrscheinlich noch heute vieles von dem im Dunklen, was aber gerade umgekehrt unbedingt ans Licht gehört.“ Besonders dankte er dafür dem Lokalhistoriker Arno Huth, der die Dokumentation verfasst hat.

Dem Vergessen entrissen wurde dadurch auch die Überlebensgeschichte der Sinteza Martha Guttenberger. Dazu trug auch das Engagement ihrer Schwiegertochter Magdalena bei, welche die gemeinsamen Gespräche niederschrieb. Mittlerweile sind diese Monumente des Erinnerns als Buch publiziert. Die damals 21-jährige Martha Guttenberger war mit weiteren Angehörigen in den Mosbacher Deportationszug gezwungen worden. An ihrer Seite war auch ihr anderthalbjähriger Sohn Josefle, der in Auschwitz ermordet wurde. Ihr eigenes Überleben und der Versuch des Weiter-Lebens fanden Eingang in die Gedenkreden und verdeutlichten den Zuhörer*innen die erschütternden Zustände im Lager.

Romani Rose griff diese Erlebnisse in seiner Rede ebenfalls auf: „In Auschwitz wurde sie von der SS unter anderem gezwungen, im ‚Waisenblock‘ zu arbeiten, in dem die Kinder aus der Minderheit unter schlimmsten Bedingungen litten und umkamen oder letztlich in den Gaskammern ermordet wurden. Auch die Ermordung ihrer Eltern und die vorherige brutale Misshandlung ihrer Mutter durch eine Aufseherin musste Martha Guttenberger hautnah miterleben. Weil sie in Auschwitz als ‚arbeitsfähig‘ eingestuft wurde, kam Martha auf Transporte zunächst ins KZ Ravensbrück und später nach Schlieben und Altenburg. Nach der Befreiung musste sie zu Fuß die über 500 Kilometer in ihre Heimatstadt zurücklegen.“

Wie viele Angehörige der Minderheit litt auch Martha Guttenberger nicht nur unter dem Erlebten, sondern ebenso unter der fortgesetzten Ausgrenzung der Sinti und Roma in der Nachkriegszeit, die von der Forschung inzwischen als „Zweite Verfolgung“ bezeichnet wird. Ihren Lebensabend verbrachte die Sinteza ausgerechnet in den Baracken des ehemaligen Ravensburger Zwangsarbeiterlagers. Dort sprach sie über das Erlebte, das sie immer wieder einholte: „Nachts war es am Schlimmsten. Nachts kamen immer die Kinder von Auschwitz zu mir.“

EIN HISTORISCHES ERBE DER SINTI IN SACHSEN-ANHALT BLEIBT ERHALTEN

Bund stellt Geld für Sanierung des Mausoleums in Halle-Osendorf bereit – Land und Stadt ebenfalls beteiligt

Von Adriana Dörr, Politische Referentin

Seine letzte Ruhestätte hatte Josef Weinlich im Haller Ortsteil Osendorf selbst geplant. Um das Jahr 1915 errichtete der in Österreich geborene Sinto auf dem damaligen Friedhof ein Mausoleum für sich und seine Familie. Dabei verrät ein Reliefstein über dem Portal dank Hufeisen, Zaumzeug und Peitsche, dass der Angehörige der Minderheit einen erfolgreichen Handel mit Pferden betrieb. Josef Weinlich, Nauni genannt, starb am 9. Oktober 1915 und wurde in einem Eichensarg in der kleinen Kapelle beigesetzt. Später wurden tatsächlich zwei seiner Nachfahren neben ihm bestattet. Zudem befanden sich viele Jahre drei Urnen in dem Steinbau.

Laut dem Landesamt für Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt handelt es sich bei dem Mausoleum um das einzige Gebäude in Mitteldeutschland, das von deutschen Sinti erbaut wurde. Selbst bundesweit ist ein vergleichbarer Bau nur im Saarland bekannt. Wohl auch deshalb wurde das Grabmal 1998 unter Denkmalschutz gestellt. Längst aber ist die Ruhestätte von Josef Weinlich (1850-1915) in einem sehr schlechten Zustand und droht zusammenzustürzen. Der Friedhof ist ohnehin längst verschwunden. Dort befindet sich inzwischen ein Spielplatz.

Derweil setzt sich seit 2018 die Stadt Halle an der Saale gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, dem Urenkel des Pferdehändlers Dr. Henk van Iterson, der Gedenkstätte Roter Ochse, dem Elisabeth-Gymnasium, dem Verein der Sinti und Roma in Sachsen Romano Sumnal sowie weiteren Akteur*innen für die dringend notwendige Sanierung des Mausoleums ein. Nachdem eine finanzielle Unterstützung im Jahr zuvor noch abgelehnt worden war, wurde dem Antrag der Stadt Halle auf eine Förderung aus

dem Denkmalschutz-Sonderprogramm der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Höhe von 157.000 Euro am 3. Juli 2024 stattgegeben. Damit wird der Erhalt eines der wenigen materiellen Zeugnisse gesichert, das an die Existenz von Sinti und Roma in dieser Region und an das Leben der Minderheit in Sachsen-Anhalt vor 1933 erinnert.

Der finanzielle Aufwand für die Sanierung wird allerdings auf rund 350.000 Euro geschätzt. Da jedoch auch Fördermittel des Landes in Höhe von weiteren 157.000 Euro sowie Eigenmittel der Stadt von nochmals 35.000 Euro zur Verfügung stehen, sind die Gesamtkosten nun nahezu gedeckt. Die Verantwortlichen erklärten, dass geplant sei, „die Sanierung zeitnah umzusetzen“.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt ausdrücklich, dass dieses einzigartige Sinti-Mausoleum in Osendorf dank der Unterstützung von Bund, Land Sachsen-Anhalt und Stadt Halle erhalten bleiben wird.

„Diese Grabstätte ist ein wichtiges Kulturgut für die nationale Minderheit der deutschen Sinti und Roma, das ihre lange Geschichte in Halle dokumentiert“, betonte der Zentralratsvorsitzende Romani Rose. „Das Mausoleum ist eines der wenigen materiellen Zeugnisse, das an das schon sehr frühe Leben der Minderheit in Sachsen-Anhalt erinnert. Als Erinnerungsort der 600-jährigen Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland, deren Spuren im Zuge des Holocaust fast vollständig ausgelöscht wurden, ist die Erhaltung der Grabkapelle und deren Instandsetzung ein Signal des historischen Bewusstseins zur Geschichte der Minderheit.“



Sichtbare Spuren des Verfalls:
Das Sinti-Mausoleum in Halle-Osendorf
kann nun endlich gerettet werden.
Die Gesamtkosten der Sanierung werden
auf 350.000 Euro geschätzt.

Die Grabstätte von Josef Weinlich zeichnet sich durch ihre besondere Gestaltung aus, die erkennbar die eigenständige Kultur und Tradition der Sinti und Roma widerspiegelt. Das belegen nicht nur die Giebel-Insignien. Auch die Bestattung in einem ausgemauerten Grabraum ist ein alter Brauch, der von den Familien der Minderheit weitergeführt wird – sofern das die geltenden Friedhofsregeln zulassen.

Im Innenraum des Mausoleums erinnert eine Gedenktafel an die im Nationalsozialismus verfolgten Familienmitglieder. Die drei Urnen wurden allerdings wegen des baufälligen Zustands der Kapelle teilweise entfernt. In einer waren die Überreste von Rudolf Wesel (1887-1946) beigesetzt worden. Ihn hatten die NS-Schergen im Zwangslager Berlin-Marzahn interniert, und dort war er von Hitlers Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl als Komparse für ihren Spielfilm „Tiefeland“ ausgewählt worden.

Die Grabstätten der zwischen 1933 und 1945 verfolgten Sinti und Roma sind heute zentrale Familiengedächtnisstätten. Denn sie erinnern eben nicht nur an die dort beigesetzten

Angehörigen, sondern auch an jene, die während des Völkermords durch Zwangsarbeit, Massenerschießungen oder in Vernichtungslagern fern der Heimat ermordet wurden. Das Mausoleum wird bis heute von Nachkommen Josef Weinlichs und Verwandten aus dem ganzen Bundesgebiet und sogar aus den Niederlanden besucht. Ihren Spenden ist es zu verdanken, dass die kleine Kapelle in der Vergangenheit mehrfach zumindest notdürftig instandgesetzt werden konnte.

Seit 2021 wird die letzte Ruhestätte der Sinti-Familie als außerschulischer Lernort genutzt. Schüler*innen des Elisabeth-Gymnasiums Halle beschäftigen sich dort mit der Geschichte der Minderheit, die seit mehr als 600 Jahren im deutschsprachigen Raum beheimatet ist – insbesondere mit ihrem Schicksal in der NS-Zeit.

Neben der architektonischen Bedeutung des Bauwerks bietet sich durch die Sanierung zugleich die Möglichkeit, sich mit der Lokal- und Regionalgeschichte Sachsen-Anhalts zu beschäftigen und die Sinti-Kultur in Mitteldeutschland umfassend zu erforschen. ■

JAKOB BAMBERGER: EIN NAME, DEN WIR NIE VERGESSEN WERDEN

Schüler*innen des Gymnasiums Englisches Institut erarbeiten Gedächtnisblatt über Holocaust-Überlebenden

Von Noah Douglas, Cara Janke und Mia Purrucker, Schüler*innen



Unvergessliches Erlebnis: In der Versöhnungskirche auf dem Gelände des ehemaligen KZ Dachau stellen Cara Janke, Mia Purrucker und Noah Douglas (von links) das Gedächtnisblatt für Jakob Bamberger vor, das sie in einem Schulprojekt erarbeitet haben.

Das Gymnasium Englisches Institut in Heidelberg verbindet seit vielen Jahren eine Kooperation mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Dort nehmen die 10. Klassen jedes Jahr während der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ an Workshops teil. Wegen der Corona-Pandemie war dies im März 2022 allerdings nicht möglich. Deshalb schlugen unser Geschichtslehrer Dietmar Schmid und der Wissenschaftliche Mitarbeiter Andreas Pflock vom Dokumentationszentrum eine besondere Aufgabe vor: Wir erhielten das Angebot, ganz tief in die Biographien einiger Sinti und Roma einzutauchen. Und das bescherte uns wiederum rund zwei Jahre später ein eindrückliches Erlebnis im ehemaligen Konzentrationslager Dachau.

Nachdem uns Andreas Pflock verschiedene Lebenswege vorgestellt hatte, entschied sich unsere Gruppe für Jakob Bamberger (1913-1989). Wer war er? Was hat ihn ausgemacht? Was hat er alles erlebt? Wir waren nun gefordert, das herauszufinden. Dafür hatten wir das Privileg, Akten aus der Sammlung des Dokuzentrums sowie aus den „Arolsen Archives“, dem internationalen Zentrum für Opfer und Überlebende des Nationalsozialismus, einzusehen. Dabei konnten wir lernen, was wissenschaftliche Recherche wirklich bedeutet. Der Antiziganismus und damit die jahrhundertelange Ausgrenzung von Sinti und Roma waren uns bis dahin allerdings kaum bewusst. Zu begreifen, dass auch heute noch Angehörige dieser Min-

derheit große Angst vor Diskriminierung haben, hat uns fassungslos und traurig gemacht.

Besondere Highlights waren die beiden Interviews, die wir führen durften. Das Gespräch mit einem Großneffen von Jakob Bamberger gewährte uns Einblicke in neue Facetten seiner Persönlichkeit. Zugleich waren wir von dessen charmanter Art beeindruckt. Und für uns war dies tatsächlich die erste Begegnung mit einem Sinto. Als bereichernd empfanden wir zudem das Treffen mit Romani Rose, dem charismatischen Vorsitzenden des Dokumentations- und Kulturzentrums sowie des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Er erzählte uns, wie er zusammen mit Jakob Bamberger in der Bürgerrechtsbewegung für die Minderheit gekämpft hat.

Und dies war bei Weitem nicht das Einzige, was wir herausfanden: Jakob Bamberger wurde in Königsberg (heute Kaliningrad) geboren, hatte eine unbeschwerte Kindheit und begann 1933 mit dem Boxtraining. Er bewies so großes Talent, dass er 1936 sogar in das deutsche Olympiateam aufgenommen wurde. Mit dem Erstarken des Nationalsozialismus wurde er jedoch aus rassistischen Gründen wieder ausgeschlossen. 1940 drohte seiner Familie, wie so vielen anderen Sinti und Roma, gar die Deportation.

Jakob Bamberger versuchte zu fliehen, wurde aber aufgegriffen und Anfang 1942 zunächst in das KZ Flossenbürg, dann nach Buchenwald und schließlich im Februar 1943 nach Dachau verschleppt. Dort war er unmenschlichen Meerwasser-Trinkversuchen ausgesetzt, die seinen Körper schwer schädigten. Im Jahr 1944 wurde Jakob Bamberger erneut nach Buchenwald deportiert, wo er ganz unerwartet seinen Vater wiedertraf. Die Zeit im KZ endete für beide im April 1945 mit der Befreiung durch die US-Armee.

Ein Großteil der Familie Bamberger überlebte den Terror und die Verfolgung durch das NS-Regime nicht. Trotz der massiven gesundheitlichen Folgen der Misshandlungen musste er jahrelang für die Anerkennung des erlittenen Unrechts kämpfen. Die Wiedergutmachungszahlung, die er letztlich erhielt, war gering, weil die Behörden die Verbrechen an den Sinti und Roma zu dieser Zeit nicht anerkannten.

Jakob Bamberger engagierte sich nach dem Krieg für die Anerkennung des Holocaust an den Sinti und Roma. Er war ein zentraler Unterstützer der Bürgerrechtsbewegung, die sich in den 1970er-Jahren bildete, und nahm an zahlreichen Protestaktionen teil. Die größte, sogar weltweite Aufmerksamkeit erreichte ein Hungerstreik, den er zusammen mit anderen Sinti 1980 in der Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau organisierte. Für Jakob Bamberger waren es damals bewegende Tage. Gerade auch, weil er an diesen Ort als freier Mensch zurückkehrte. Zu dem Versuch bayerischer Behörden, diesen passiven Widerstand zu verbieten, bemerkte er später: „Da hätten sich diese Kerle in Bayern tatsächlich getraut, mir nach allem, was ich durchgemacht hatte, zu verbieten, jetzt freiwillig ins Lager zu gehen.“

Knapp 44 Jahre später – am 22. März 2024 – standen dann wir in der Versöhnungskirche. Nicht nur, um uns diesen in seiner Biographie so wichtigen Ort anzuschauen. Wir hatten nämlich auch ein Gedächtnisblatt über Jakob Bamberger verfasst, das bei einer Zeremonie in das Gedenkbuch für die Häftlinge des KZ Dachau aufgenommen wurde. Auf diesen Moment hatten wir fast zwei Jahre lang hingearbeitet, damit seine Geschichte nicht in Vergessenheit gerät.

Während unserer Arbeit ist uns klar geworden, dass die Gesellschaft in Deutschland gar nicht so perfekt ist, wie sie uns bis dahin vorkam. Wir haben gelernt, dass viele Sinti und Roma aus Angst vor Diskriminierungen ihre Wurzeln verbergen. Dies hat uns tief erschüttert, aber auch umso mehr von der Bedeutung unserer Arbeit und natürlich der des Dokumentationszentrums überzeugt. Was wir aus der Beschäftigung mit dem Schicksal der Sinti und Roma vor allem mitgenommen haben, ist die Erkenntnis, dass mehr Geschichten wie die von Jakob Bamberger erzählt werden müssen. Denn der Kampf, den er gegen Rassismus und Antiziganismus geführt hat, ist noch nicht zu Ende. Jetzt ist es an uns, diesen Kampf weiterzuboxen. ■



Jakob Bamberger: Biographie und Gedächtnisblatt von <https://verortungen.de/lebenswege/bamberger-jakob/>



Gedächtnisbuch „Namen statt Nummern“ <https://www.gedaechtnisbuch.org/>

75 JAHRE GRUNDGESETZ – EIN FABELHAFTER GRUND ZUM FEIERN

Zentralrat stellt beim „Demokratiefest“ rund ums Bundeskanzleramt in Berlin seine politische Arbeit vor

Von Alexander Cramer, Politischer Referent

Alle Bundesministerien, alle Bundesländer, Bundestag und Bundesrat, der Bundespräsident, das Bundesverfassungsgericht – und rund 30 Aussteller*innen aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft: Das war das Setting des „Demokratiefestes“ der Bundesregierung anlässlich des 75. „Geburtstages“ des Grundgesetzes. Erinnert wurde gleichzeitig an „35 Jahre Friedliche Revolution“. Und mit dabei der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, der im Bereich „Dialog und Diskurs“ gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, den Kirchen und dem Sozialdienst muslimischer Frauen seine Arbeit vorstellte. Auf reges Interesse stießen die unterschiedlichen Publikationen der politischen Interessenvertretung sowie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma. Etliche Besucher*innen räumten ein, sich zum ersten Mal mit der über 600-jährigen Geschichte der Minderheit in Deutschland und ihrer Situation heute zu beschäftigen. „Das wusste ich ja gar nicht“ war zwischen dem 24. und 26. Mai 2024 ein häufig zu hörender Satz.

Zur Freude aller Beteiligten war dieser Pavillon der erste, den Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seinem Rundgang ansteuerte. Der Regierungschef nahm sich viel Zeit für Gespräche über die Arbeit und Herausforderungen der einzelnen Organisationen. Mit den Mitarbeiter*innen des Zentralrats sprach der Bundeskanzler darüber, wie tief verankert der Antiziganismus noch immer in allen Schichten der Gesellschaft sei – trotz der politisch bedeutsamen Erfolge zur Gleichstellung der Minderheit. Scholz versicherte, dass die Bundesregierung die wichtige Arbeit beobachte und er auch persönlich den unermüdlichen Einsatz für Sinti und Roma hoch anerkenne.

Der Zentralratsvorsitzende Romani Rose blickte angesichts des Jubiläums auf die jahrzehntelange Bürgerrechtsarbeit zurück: „Unsere Verfassung, das Grundgesetz, ist eine der besten der Welt. Nach der Naziherrschaft musste unser demokratischer Rechtsstaat aber mit Leben gefüllt werden, denn Sinti und Roma waren von der garantierten Menschenwürde und Gleichheit aller vor dem Gesetz lange faktisch ausgeschlossen. Es macht uns stolz, dass die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel öffentlich deutlich gemacht hat, dass die Arbeit des Zentralrats einen wichtigen Beitrag zur Demokratieentwicklung in Deutschland geleistet hat.“

Kurzweiliges Angebot sorgt für fröhliche und gelöste Stimmung

Nicht zuletzt aufgrund der fröhsommerlichen Temperaturen an der Spree und dem informativen, aber auch kurzweiligen Angebot rund ums Bundeskanzleramt war die Stimmung fröhlich und gelöst. Die Ministerien etwa vermittelten durch Mitmachaktionen die Kernpunkte ihrer Tätigkeit oder luden mit Liegestühlen und alkoholfreien Cocktails zum Abschalten ein. Die 16 Bundesländer wiederum brachten allerlei landestypische kulinarische Spezialitäten mit.

Die Veranstaltung „Bürgerrechtsarbeit von Sinti und Roma und ihr Beitrag zur deutschen Demokratie“, zu dem Dotschy Reinhardt, stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats, mit dem Studierendenverband der Sinti und Roma in Deutschland eingeladen hatte, rundete den Auftritt der Heidelberger Organisation ab. Die Talkrunde unternahm einen Streifzug durch die Geschichte der Bundesrepublik mit dem langen Einsatz für die Anerkennung des Völkermords an den



Hoher Besuch: Bundeskanzler Olaf Scholz (links) besuchte den Stand des Zentralrates und tauschte sich mit dem Vorsitzenden Romani Rose und seiner Stellvertreterin Dotschy Reinhardt aus.

500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa. Auch die Auseinandersetzung mit der „Zweiten Verfolgung“, etwa durch polizeiliche Sondererfassung, und der Diskriminierung, die viele Angehörige der Minderheit bis heute im Alltag erfahren, war ein wichtiges Thema. Gerade die antiziganistische Ausgrenzung im Bildungssystem stellten die Diskutierenden in den Mittelpunkt, werden doch dadurch immer wieder Lebenschancen verbaut und bleiben Talente der Sinti und Roma ungenutzt.

Die Teilnehmer*innen widmeten sich den zentralen, schwierigen Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens: Was bedeutet Identität für Minderheitenangehörige? Welchen Wert hat Demokratie für die persönliche Biographie? Woraus lässt sich Hoffnung für die Zukunft schöpfen? Sie erzählten in sehr persönlichen Statements davon, ihre Identität als Sinti oder Roma aus Angst vor Diskriminierung und Ablehnung zu verleugnen. Gleichzeitig war der Workshop eine Ermutigung, die eigene Identität und Zugehörigkeit zur

Minderheit nicht mehr zu verstecken, sich aber auch nicht darauf reduzieren zu lassen. David Rosenberg, der sich im Landesverband Rheinland-Pfalz und im Studierendenverband engagiert, rief den Anwesenden in Erinnerung: „Demokratie ist für uns auch eine Versicherung. Solange wir unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unser Grundgesetz haben, wissen wir, dass die Dinge, unter denen unsere Familien damals so sehr gelitten haben, nicht so einfach wieder passieren können.“

Zum Abschluss blickte Romani Rose auch nach vorne: „Wir haben durch die Bürgerrechtsarbeit und den beharrlichen Einsatz des Zentralrats mehr erreicht, als ich vor 40 Jahren zu träumen gewagt hätte. In einigen Bundesländern sind der Schutz der Minderheiten, die Förderung ihrer Kultur und die Ächtung des Antiziganismus in den Landesverfassungen verankert. Wir würden uns wünschen, dass auch das Grundgesetz die besondere Rolle unserer anerkannten nationalen Minderheiten würdigt und festhält.“ ■



Gegensteuern: Der Skandal innerhalb der hessischen Polizei um rechtsextreme Umtriebe war Ausgangspunkt der ungewöhnlichen Kooperation zwischen dem Dokumentationszentrum und dem Polizeipräsidium Frankfurt.

DEN „VERRUTSCHTEN BLICK“ WIEDER GERADERÜCKEN

Polizeipräsidium Frankfurt und Dokumentationszentrum kooperieren beim „Aufbauseminar Sinti und Roma“

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Bei der Mordkommission ermittelt der junge Kripobeamte immer wieder wegen brutaler Verbrechen. Beschäftigt er sich doch mit tödlichen Schüssen, blutigen Messerattacken oder mysteriösen Leichenfunden. Nicht zu vergessen die Vernehmung von drangsalierten Opfern, traumatisierten Zeug*innen oder aggressiven Verdächtigen. Auch als Streifenpolizist war er zuvor rund sieben Jahre lang beinahe täglich mit mehr oder weniger schweren Straftaten kon-

frontiert. Also dürfte den 38-Jährigen nichts so schnell aus der Ruhe bringen. Gleichwohl ringt er mehrfach um Worte, als er mitten in der Dauerausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma von Herbert „Ricky“ Adler erzählt.

Der Sinto (1928-2004) ist in Frankfurt am Main aufgewachsen und hatte eine unbeschwertere Kindheit – bis die Na-

tionalsozialisten ihn und seine Familie erst in das Internierungslager Dieselstraße, dann in die Kruppstraße einsperren und schließlich ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportierten. Außer Ricky Adler überlebten nur seine beiden älteren Geschwister. Dass der junge Angehörige der Minderheit und passionierte Fußballer nach dem Zweiten Weltkrieg mit Unterstützung der Frankfurter Eintracht in seiner Heimatstadt wieder Fuß fassen konnte, berührt den Mordermittler offensichtlich besonders. Zumal seine eigene Begeisterung für die SGE – die Sportgemeinde Eintracht – nicht zu überhören ist.

Doch an diesem Oktobertag im Jahr 2024 geht es in Heidelberg nicht um Fußball. Im Mittelpunkt des „Aufbauseminars Sinti und Roma“ steht die Geschichte der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Minderheit zwischen 1933 und 1945. Und vor allem die Verantwortung der unterschiedlichen Institutionen für diesen noch immer „vergessenen Holocaust“. Thematisiert wird auch die „Zweite Verfolgung“ in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Und natürlich wird darüber diskutiert, warum gerade Sinti, die seit Jahrhunderten auf

dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland leben – die erste Erwähnung in Quellen datiert aus dem Jahr 1407 in Hildesheim –, mitunter noch immer als Fremde angesehen werden. Der besondere Fokus liegt indes auf ihrem Verhältnis zur Polizei. Denn das Seminar wird gemeinsam vom Dokumentationszentrum und dem Polizeipräsidium Frankfurt veranstaltet. Die Teilnehmer*innen sind allesamt Ordnungshüter*innen in der Mainmetropole und befassen sich zum ersten Mal intensiver mit den Sinti und Roma.

Skandal innerhalb der hessischen Polizei um rechtsextreme Umtriebe als Ausgangspunkt

Ausgangspunkt dieser ungewöhnlichen Kooperation war der Skandal innerhalb der hessischen Polizei um rechtsextreme Umtriebe im Jahr 2018. Vor allem ein Dutzend Beamter des Polizeireviers 1 in der Frankfurter Innenstadt sorgte mit einer rassistischen Chatgruppe bundesweit für Schlagzeilen.

„Das Basisseminar ‚Interkulturelle Sozialkompetenz‘ ist inzwischen für alle Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt verpflichtend“, betont Halil Morcu, Polizeihauptkommissar und



Informieren: Andreas Pflock, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dokumentationszentrum (links), erklärt der Polizeibeamtin und ihrem Kollegen die Arbeit mit den biographischen Koffern.

in der Dienststelle Prävention zuständig für Projektplanung und Organisation.

Diese Form der Sensibilisierung sei von großer Bedeutung, da die Beamt*innen im Berufsalltag mit einer zunehmend diversen Bevölkerung umgehen müssten.

„Interkulturelle Sozialkompetenz hilft, Konflikte zu vermeiden oder zu deeskalieren, die aufgrund von Missverständnissen oder kulturellen Unterschieden auftreten können“, erläutert der speziell ausgebildete Trainer, der in Frankfurt zusammen mit 15 nebenamtlichen Trainer*innen für das Angebot verantwortlich ist. Die Aufbauseminare – zu denen auch die Auseinandersetzung mit dem Judentum sowie dem Islam gehört – seien hingegen freiwillig. „Die Kolleginnen und Kollegen können sich die Seminare also selbst aussuchen.“

Es ist bereits das vierte Mal, dass Andreas Pflock, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Dokuzentrums, und Halil Morcu gemeinsam mit etwa 15 Teilnehmer*innen das spannende Format umsetzen. Nach der Vorstellungsrunde wird ein kurzes Erklärvideo mit Hintergrundinformationen und Fakten zu der Minderheit gezeigt. Danach gibt es einen ersten ausführlichen Austausch.

Polizeibeamt*innen können „all das loswerden, was ihnen auf den Nägeln brennt“

Mit dabei ist diesmal zudem Diana Bastian, Sinteza und Vorsitzende des Landesverbands Saarland im Verband Deutscher Sinti und Roma. Sie plädiert sogleich für einen offenen Umgang miteinander und ermuntert die Anwesenden, „all das loszuwerden, was Ihnen auf den Nägeln brennt“.

Zunächst sind die Polizist*innen – allesamt zwischen 27 und 39 Jahren alt – etwas zurückhaltend. Einige von ihnen sind tatsächlich beim Polizeirevier 1 tätig, manche kümmern sich um Eigentums- und Vermögensdelikte, andere nehmen in der Leitstelle Notrufe entgegen und koordinieren die Einsätze oder sind im Streifendienst schwerpunktmäßig im Bahnhofsviertel unterwegs. Angemeldet haben sich auch Führungskräfte, Dienststellenleiter oder deren Stellvertreter.

Schnell aber überwiegt die Neugier und es entspinnen sich rege Dialoge. Ganz oben auf der Liste steht – wie fast immer



bei der ersten Berührung mit dem Thema – der Unterschied zwischen Sinti und Roma sowie die Ablehnung des Z*-Wortes bei der Minderheit.

„Wir sind Bürger des Landes, in dem wir leben und aufgewachsen sind“, macht Diana Bastian klar. Immerhin sind Sinti seit mehr als 600 Jahren in Deutschland zuhause. Vermutlich kommt die Minderheit aus Indien, da die Sprache Romanes zahlreiche Übereinstimmungen mit dem indischen Sanskrit aufweist. Roma leben überwiegend in Osteuropa, seit Mitte des 19. Jahrhunderts aber auch in Deutschland. Dass die rassistische und noch immer weit verbreitete Fremdbezeichnung von ihnen selbst abgelehnt wird, wissen auch die Seminarteilnehmer*innen. Erstaunt sind einige von ihnen jedoch, dass viele Sinti ihre Wurzeln aus Angst vor Diskriminierung noch immer verbergen – ebenso die meisten deutschen Roma. Und beinahe ungläubig nehmen sie zur Kenntnis, dass schätzungsweise 120.000 von ihnen deutsche Staatsbürger sind. „Das heißt ja aus Polizeisicht, dass die Roma, mit denen wir zu tun haben, die absolute Ausnahme sind“, bricht es aus einem der Ermittler geradezu heraus. Und er fügt angesichts der Zahlen hinzu: „Da ist unser Blick offenbar verrutscht.“

Andreas Pflock überrascht diese Erkenntnis nicht: „Sie haben alle mit potenziellen Straftätern zu tun, das bringt Ihr Beruf mit sich.“ Folglich seien es fast ausschließlich Negativ-



Mit dem Handy können der junge Ordnungshüter und seine Kollegin via QR-Code das kurze Interview eines Überlebenden aufrufen.

beispiele, die eben auch zu einer gewissen Berufsblindheit führen könnten. „Deshalb haben wir nun gemeinsam die Chance, die Vorurteile zu brechen und eine andere Perspektive zu vermitteln“, ergänzt Diana Bastian. Und dann berichtet die Bürgerrechtlerin von ihrer Arbeit im Saarland. Von Eltern, die sich an sie wenden, weil ihre Kinder in der Schule gemobbt oder gar geschlagen werden – allein, weil sie der Minderheit angehören. Dass Sinti und Roma sich häufig scheuen, wegen Beleidigungen oder Drohungen Anzeige zu erstatten. „Das ist nicht nur die Angst vor einem Outing, sondern auch davor, mit Namen und Adressen bei der Polizei registriert zu sein – selbst als Opfer einer Straftat“, betont die SinteZZa. Auch das ist für so manchen Strafverfolger kaum nachvollziehbar: „Wir sind doch auch Freund und Helfer.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg die NS-Akten zu der verfolgten Minderheit weiterbenutzt

Sinti und Roma machten diese Erfahrung allerdings eher selten, entgegnet Diana Bastian und erinnert an die bayerische Polizei, die nach dem Zweiten Weltkrieg die NS-Akten zu der verfolgten Minderheit einfach weiterbenutzt und nur den Namen in „Landfahrerstelle“ umgeändert hat. Für dieses Vorgehen seien wie von 1933 bis 1945 „kriminalpräventive Gründe“ angeführt worden – damit wurde übrigens auch in den Entschädigungsverfahren vielen Sinti und Roma eine Wiedergutmachung für KZ-Haft verwehrt.

Die Beteiligung der Polizei an den Deportationen aus dem Deutschen Reich in die Konzentrations- und Vernichtungslager wird beim Rundgang durch die Dauerausstellung noch einmal näher beleuchtet. Dass Robert Ritter und Eva Justin, die mit der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ die Grundlage für die beinahe nahtlose Erfassung von Sinti und Roma legten, nach dem Krieg im Frankfurter Gesundheitsamt angestellt waren, ist den meisten Beamt*innen nicht bekannt und sorgt für ungläubiges Kopfschütteln.

Der Auseinandersetzung mit den Täter*innen schließt sich sodann das intensive Eintauchen in Einzelschicksale an. Jeweils zu zweit skizzieren die Seminarteilnehmer*innen eine Biographie, die anhand von Kurzvideos und persönlichen Gegenständen in Koffern in der Ausstellung präsentiert werden. Danach werden die Lebensgeschichten in großer Runde erzählt. Neben Ricky Adler lernen die Ermittler*innen auch Zoni Weisz kennen, einen Sinto aus den Niederlanden, der als Einziger aus seiner Familie zurückblieb und als Florist der Königsfamilie seines Heimatlandes berühmt wurde. Oder auch Adolf Heilig, den Onkel von Diana Bastian, der durch Zufälle und die Unterstützung von außen mehrfach der Verhaftung durch die Nationalsozialisten und letztlich der Deportation ebenfalls entgehen konnte. Der Verlust zahlreicher Familienangehöriger begleitete ihn indes sein Leben lang.

Gerade diese persönlichen Geschichten beeindruckten die Beamt*innen nachdrücklich – das wird beim abschließenden Feedback deutlich. Und gleich mehrere betonten, dass die Zeit für die vielen Informationen sehr knapp bemessen sei. „Man sollte das Seminar definitiv auf zwei Tage verlängern“, sind sie sich einig. Nicht nur, um die Dauerausstellung allein in Ruhe zu erkunden, sondern auch, um am Abend nochmals gemeinsam über all die Eindrücke sprechen zu können.

„Im Streifendienst habe ich ein hammerhartes negatives Auftreten von Angehörigen der Minderheit erlebt“, berichtet der Mordermittler. Das aber habe er wohl selbst zu stark generalisiert und dabei aus dem Blick verloren, dass es sich nur um eine „sehr kleine Gruppe“ gehandelt habe. „Dieses Missverhältnis ist für mich so eklatant, dass wir das auf jeden Fall im Kollegenkreis thematisieren werden.“ ■

VERTEIDIGER VON DEMOKRATIE, GERECHTIGKEIT UND VIELFALT

Roma sind ein integraler Bestandteil der Ukraine und kämpfen auch in der Armee ihres Heimatlandes

Von Stephan Müller, Politischer Referent



Arsen Mednyk: Infanterist in Reihen der ukrainischen Armee und zweieinhalb Jahre Kämpfer an vorderster Front.

Die Roma-Gemeinschaft in der Ukraine ist seit vielen Jahren mit Antiziganismus, Diskriminierung und sozialer Ungleichheit konfrontiert. Vor Beginn der vollständigen Invasion durch Russland war es besonders in den Jahren 2017 und 2018 mehrfach zu Überfällen durch Rechtsextreme gekommen. Trotzdem meldeten sich ab 2022 viele Roma zur Armee, um ihr Heimatland zu verteidigen. Sie beweisen damit, dass sie ein integraler Bestandteil der ukrainischen Gesellschaft sind und bereit, für die Zukunft und Freiheit ihrer Familie, ihrer Freund*innen und Nachbar*innen, der Ukraine und ganz Europas ihr Leben einzusetzen.



Arsen Mednyk, Alexey Panchenko, Radik Farkash und Mykola Almazov sind vier dieser Soldaten. Ihre Geschichten zeugen vom Mut und der Tapferkeit ganz normaler Menschen, die nie die Absicht hatten, an einem Krieg teilzunehmen. Die vier jungen Männer fühlten sich aber verpflichtet zu zeigen, dass Roma für Demokratie, Gerechtigkeit und Vielfalt kämpfen und dass die Ukraine auch ihr Land ist.

Arsen Mednyk wuchs in Butscha auf. Vor dem Krieg führte er ein ruhiges Leben und arbeitete als Schuhmacher. Doch als die Großinvasion im Februar 2022 begann, verübten

russische Truppen ein brutales Massaker an der Zivilbevölkerung und besetzten seine Heimatstadt. Nachdem Butscha dann Anfang April 2022 wieder befreit werden konnte, wurden über 450 Leichen von Ermordeten gefunden – fast alles Zivilist*innen.

Mednyk beschloss daraufhin, sich der ukrainischen Armee anzuschließen. Er wurde Infanterist in Reihen der Streitkräfte der Ukraine und kämpfte an vorderster Front. Während seiner zweieinhalbjährigen Dienstzeit entkam er mehrmals nur knapp dem Tod. Einmal durchschlug eine Kugel seinen Helm, das führte aber glücklicherweise nicht zu einer tödlichen Verletzung. Ein anderes Mal wurde er von einer Rakete getroffen und verlor mehrere Finger an seiner rechten Hand. „Ich habe mein Leben riskiert, ich habe meine Gesundheit verloren, aber Gott sei Dank habe ich überlebt. Ich wollte die Menschen schützen, unabhängig von ihrer Nationalität – sowohl Roma als auch Ukrainer“, sagt Arsen Mednyk. Und er fügt hinzu: „Ich hoffe, dass mein Beispiel und das, was ich und andere Brüder getan haben, die Einstellung zu meiner Minderheit in der Ukraine zumindest ein wenig ändern wird.“

Die Ärzt*innen waren nicht sicher, ob er überhaupt überleben würde. Doch nach drei Wochen im Koma wachte er wieder auf. Schwerhörigkeit und ständige Kopfschmerzen sind geblieben. Zudem hat er weiterhin Granatsplitter in seinem Körper. Dennoch blickt er optimistisch in die Zukunft. Sein größter Traum ist es nun, sein Land frei und friedlich zu sehen. Arsen Mednyk lebt heute als Flüchtling in Deutschland.

Alexey Panchenko stammt aus Kamenka-Dneprovskaya in der Region Saporischschja. In Friedenszeiten arbeitete er als



Alexey Panchenko:
„Ich will keine
russische Autorität.
Ich will so leben,
wie ich gelebt
habe.“

Lkw-Fahrer im Fernverkehr in ganz Europa. Wenige Tage vor der russischen Invasion war er von seiner Arbeit in Polen in seine Heimatstadt zurückgekehrt, die bald darauf von den Russen besetzt wurde.

Die jungen Männer fühlten sich verpflichtet zu zeigen, dass die Ukraine auch ihr Land ist

Panchenko und seine Familie lebten mehrere Monate in dieser schwierigen und gefährlichen Situation. Jede Nacht hörten seine Kinder das Rumpeln von Militärfahrzeugen und sahen, wie ihre Stadt von einer fremden Armee eingenommen wurde. Jeden Tag hätte etwas Schreckliches passieren können. Panchenko beschloss deshalb, seine Familie – seine Frau und die drei Kinder – in das freie Gebiet der Ukraine zu evakuieren. Er war überzeugt: Wenn sie jetzt nicht gingen, könnte es zu spät sein. Nachdem er seine Familie an einen sicheren Ort gebracht hatte, fasste er den Entschluss, zurückzukehren und dem Feind nicht als Zivilist, sondern als Soldat mit einer Waffe in der Hand zu begegnen – obwohl er als Vater von drei Kindern eigentlich vom Militärdienst befreit gewesen wäre.

„Vom ersten Tag an habe ich gesagt, dass ich Roma bin. Viele unserer Brüder sind jetzt im Krieg, viele sind gestorben. Warum sollte ich verstecken, wer ich bin? Ich wollte, dass die Menschen sehen: Wir Roma wollen auch dort leben, wo wir geboren wurden. Ich will keine russische Autorität. Ich will so leben, wie ich gelebt habe. Und die Reaktion der Menschen darauf war sehr gut“, berichtet er.

Inzwischen hat Alexey Panchenko die Armee verlassen und lebt nun ebenfalls als Flüchtling mit seiner Familie in Deutschland.

Radik Farkash stammt aus Uzhhorod im Westen der Ukraine, also weit weg von der Frontlinie und den besetzten Gebieten. Niemand hat ihn dazu gezwungen, sich zum Militär zu melden. Wie Alexey Panchenko ist auch Farkash Vater mehrerer Kinder und hätte deshalb nach ukrainischer Rechtslage vom Militärdienst befreit werden können. Er ging jedoch kurz nach Kriegsbeginn zum Militärkommissariat und meldete sich freiwillig zu den Streitkräften. Der Vater von vier Kindern trat der 95. separaten Luftlandebrigade bei und kämpfte für sein Land. „Ich möchte, dass die Menschen wissen: Es gibt Roma, die keine Angst vor dem Tod haben. Ich sage nicht, dass ich nicht leben will – das will ich. Aber kein Geld, kein Reichtum ist wertvoller als dein Land. Dies ist mein Land, mein Zuhause. Auch wenn es arm ist, gehört es mir, glauben Sie mir“, betont Radik Farkash.

Auch Mykola Almazov ist ein Angehöriger der Minderheit, der sich 2023 aus freien Stücken den Streitkräften angeschlossen hat. Seine Entscheidung, in die Armee einzutreten, geschah nicht nur aus Patriotismus – es geht ihm auch um Gerechtigkeit. „Irgendetwas regte sich in mir – mir wurde klar, dass ich nicht abseits stehen kann. Ich verteidige nicht nur mein Land, sondern auch die Ehre meiner Gemeinschaft“, erklärt er seine Motivation. Obwohl die ethnische Zugehörigkeit auf dem Schlachtfeld keine Rolle spielt, erlebte er, dass einige Roma-Soldaten ihre Herkunft aus Angst vor Diskriminierung verbargen. Sie wollten nicht, dass die anderen Kameraden wussten, dass sie Roma sind.

Für Mykola Almazov galt es im Krieg nicht nur, den Feind zu bekämpfen, sondern auch, die Wahrnehmung der Roma-

Mykola Almazov: Roma in Uniform, in Schützengräben, Roma mit Waffen, welche die Ukraine verteidigen, brechen die Stereotype auf.

Gemeinschaft in der Mehrheitsgesellschaft zu verändern. Er betont, dass die Nationalität im Kampf zwar an Bedeutung verliere, Stereotype im zivilen Leben aber tief verwurzelt seien. Roma in Uniform, in Schützengräben, Roma mit Waffen, welche die Ukraine verteidigen, brechen diese Stereotype auf.

Almazov betont auch, dass die Roma ihre Rolle im Krieg aktiv behaupten müssen. Er ist davon überzeugt, dass es nach dem Krieg an der Zeit sein wird, die Bedeutung der Roma bei der Gestaltung der Zukunft der Ukraine wirklich anzuerkennen.

„Unser Kampf ist Teil des breiteren Kampfes der Ukraine. Wir haben bewiesen, dass wir bereit sind, unser Land zu verteidigen, und wir wollen, dass dies von allen anerkannt wird. Wir verlangen keine Sonderbehandlung – wir wollen nur als Gleichberechtigte anerkannt werden. Dieser Krieg ist unsere Chance, zu ändern, wie die Gesellschaft uns wahrnimmt.“

Diese vier Männer gehören zu den zahlreichen Roma, die nicht nur die Ukraine, sondern auch Europa verteidigen. Deutschland und Europa müssen den Beitrag der Minderheit für eine Zukunft in Freiheit anerkennen und sie als gleichberechtigte Bürger*innen akzeptieren. Zudem dürfen Angehörige der Minderheit nach Kriegsende beim Wiederaufbau nicht diskriminiert werden. Vielmehr muss sich ihr Beitrag zur Verteidigung des Landes auch darin niederschlagen, dass sich ihre wirtschaftliche und soziale Lage verbessern wird. Deutschland kann und muss dabei eine wichtige Rolle spielen.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma engagiert sich stark für die Belange der Roma in der Ukraine. Dabei geht es insbesondere darum, dass die Leistung der Roma bei der Verteidigung ihres Heimatlandes anerkannt wird und sie



in die Planungen zum Wiederaufbau miteinbezogen werden. Gemeinsam mit Organisationen der Minderheit aus der Ukraine hat der Zentralrat mehrere Veranstaltungen zur Lage der Roma in der Ukraine ausgerichtet und Treffen mit Vertretern der deutschen Regierung, der ukrainischen Regierung und der Europäischen Kommission organisiert. Zudem wurden Projekte für und mit Roma in der Ukraine und mit geflüchteten Roma – nach Ungarn und in die Republik Moldau – initiiert. ■

Der Artikel entstand in Zusammenarbeit mit:

Nataliia Tomenko – stellvertretende Direktorin der Jugendagentur für die Förderung der Roma-Kultur „ARCA“ und Co-Vorsitzende der neu gegründeten Organisation „AURA“ (Ukrainian Roma Advocacy Alliance). Sie hat das Interview mit Mykola Almazov geführt, der ihr Onkel ist.

Janush Panchenko – Co-Vorsitzender von „AURA“. Er hat die anderen drei Soldaten interviewt. Alexey Panchenko ist sein Bruder.

„IHRE GRABSTEINE ERINNERN DARAN, DASS SO ETWAS NIE WIEDER GESCHEHEN DARF“

UN-Vollversammlung ernennt den 11. Juli zum Internationalen Gedenktag an den Völkermord in Srebrenica

Von Rebecca Fisch, Projektmitarbeiterin

„Ich habe mit meinen eigenen Augen die schlimmsten Szenen gesehen, die es sonst nur in Filmen gibt.“ Zijo Ribić war erst acht Jahre alt, als er erleben musste, wie seine schwangere Mutter und seine Schwestern vergewaltigt, die Brüder und der Vater gefoltert und anschließend alle ermordet wurden. Die gesamte Roma-Gemeinschaft des kleinen Dorfes Skočić im serbisch dominierten Teil von Bosnien-Herzegowina fiel 1992 einem Massaker zum Opfer. Der Junge überlebte als Einziger – nur durch Zufall: Während der Massenerschießungen fiel auch er in das Massengrab – schwer verletzt, aber lebend. Dort stellte er sich tot und konnte später entkommen. Das Massaker in Skočić ist das einzige Verbrechen gegen Roma im Kontext des Bosnienkriegs, das vor Gericht verhandelt wurde. Doch Ribićs Geschichte ist nur eine von vielen.

Im Mai 2024 ernannte die UN-Vollversammlung den 11. Juli zum Internationalen Tag des Gedenkens an den Völkermord im ehemaligen Jugoslawien. Denn während Anerkennung und Erinnerung an vielen Stellen ausbleiben, erlangte ein Ort international traurige Bekanntheit: Srebrenica. Diese Kleinstadt steht heute als Symbol für die Gewalt gegen die bosniakische und muslimische Bevölkerung.

Im Juli 1995 nahmen serbische Truppen Srebrenica ein. Frauen und Kinder wurden zwangsweise evakuiert. Die Trup-

pen ermordeten innerhalb weniger Tage über 8000 Männer und Jungen. Um das Ausmaß der Bluttaten zu vertuschen, wurden die Massengräber in den folgenden Monaten geöffnet und die Leichen auf weitere im Land verstreute Massengräber verteilt. Hasan Hasanović ist aus Srebrenica geflohen: „Mehr als 15.000 Männer und Jungen versuchten, auf diesem Marsch dem sicheren Tod zu entkommen“, schreibt er in einem öffentlichen Brief. „Aber weniger als 6000 hatten



Der Friedhof von Srebrenica: Die Grabsteine erinnern an die mehr als 8000 muslimischen Bosnier, die im Juli 1995 ermordet wurden – unter ihnen auch zahlreiche Roma.

das Glück zu überleben.“ Im Gedenken an die vielen Getöteten betont er: „Ihre Grabsteine erinnern uns daran, dass so etwas nie wieder geschehen darf.“

Srebrenica war im Jahr 1993 von den Vereinten Nationen als Sicherheitszone deklariert worden. Die Zivilbevölkerung, Tausende Geflüchtete aus Ostbosnien, suchten dort Schutz. Doch als serbische Truppen Srebrenica einnahmen, versagten die Blauhelmsoldaten. Sie waren nicht in der Lage, das Blutbad zu verhindern, das direkt vor ihren Augen geschah. Srebrenica wurde damit zum Symbol für das Versagen internationaler Friedensmissionen. Das Massaker war das letzte große Verbrechen des Bosnienkriegs. Die Bilder der Ermordeten und der verzweifelten Überlebenden sorgten international für Empörung und trugen zur NATO-Intervention sowie zum Dayton-Friedensabkommen bei. Damit wurde 1995 – nach dreieinhalb Jahren – der Krieg in Bosnien-Herzegowina unter Vermittlung der USA und mit Beteiligung der Europäischen Union beendet.

Der Völkermord von Srebrenica wurde vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und dem

Internationalen Gerichtshof als solcher anerkannt. Mehrere bosnisch-serbische und serbische Kriegsverbrecher wurden angeklagt und auch entsprechend verurteilt. Unter ihnen Radislav Krstić, der im Mai 2024 in einem öffentlichen Brief eingestand, dass er an dem Genozid in Srebrenica beteiligt war.

Trotzdem bleibt die Region von den Nachwirkungen des Kriegs geprägt. Viele vermisste Personen wurden bis heute nicht gefunden, nicht alle Leichen identifiziert. Die Vergangenheit wird von politischen Kräften missbraucht, welche die Verbrechen leugnen oder die Erinnerung daran verdrehen. Während viele Überlebende und Opferverbände den eingereichteten Gedenktag begrüßen, inszenierten sich einige serbische Politiker, darunter Präsident Aleksandar Vučić, in der Opferrolle.

Zijo Ribić spricht inzwischen öffentlich über seine schrecklichen Erlebnisse. Gemeinsam mit einer Menschenrechtsorganisation ging er vor Gericht, um die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Zwar wurden die Mitglieder der Miliz zunächst verurteilt, doch in einem Berufungsverfahren wurde die Entscheidung wieder aufgehoben. Für Ribić war es schwer, den Männern im Gerichtssaal zu begegnen. Doch mittlerweile hat er ihnen vergeben. „Wenn du nicht vergibst, bleibt der Hass“, antwortete Zijo Ribić in einem Interview mit dem „Forum Ziviler Friedensdienst“ auf die Frage, wie er es schaffe, zu vergeben. Es gehe ihm besser, wenn er über seine Erlebnisse spreche, sagte er. Das sei seine Botschaft des Friedens.

Ribić spricht auch offen darüber, dass er Rom ist. Nicht selbstverständlich in Bosnien und Herzegowina. „Im Laufe der Jahrhunderte sind in jedem Krieg viele Roma gestorben, aber niemand spricht darüber. Das ist in Bosnien und Herzegowina immer noch der Fall.“ Wie viele Angehörige der Minderheit unter den Opfern in Srebrenica und anderen Massakern waren, ist indes noch immer nicht bekannt.

Zum 30. Jahrestag werden 2025 ganz sicher zahlreiche Delegationen mit Reden und Kränzen der Opfer des Genozids in Srebrenica gedenken. Dabei darf es jedoch nicht bei leeren Worten bleiben. Klare Zeichen und konkrete Taten müssen folgen – gegen jede Leugnung des Verbrechens und für die Anerkennung aller Opfer. ■



4 | VERANSTALTUNGEN UND KULTURPROGRAMM



GESCHICHTSLABOR, LESESTOFF, WEINPROBE UND FILMREIHE

Veranstaltungsprogramm beleuchtet spannende Aspekte in unterschiedlichen Formaten und setzt auf Kooperationen

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Mit Ex-Weinkönigin Angelina Kappler bei Secco oder Chardonnay über Vorurteile und Ausgrenzung diskutieren. Bei einem Kunstworkshop mit Alfred Ullrich, dem Sohn einer österreichischen Holocaust-Überlebenden, die Technik des Kaltnadeldrucks erlernen und sich dabei kreativ mit dem Thema Erinnern auseinandersetzen. Zum 50. Jahrestag der tödlichen Schüsse auf den Sinto Anton Lehmann dank der Recherchen der Journalistin Ingrid Müller-Münch im Rahmen

der Internationalen Wochen gegen Rassismus Heidelberg vom „unverhohlenen Antiziganismus“ der deutschen Polizei zwischen 1945 und 1980 erfahren. Das Veranstaltungsprogramm des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma hat 2024 erneut spannende Aspekte in ganz unterschiedlichen Formaten beleuchtet. Schließlich gehören Vermittlung und Verständigung zum Leitbild der 1997 in der Heidelberger Altstadt eröffneten wissenschaftlichen

Flotte Werbung: Im mobilen Geschichtslabor animieren
Drehelemente, Klappen und Schieberegler zum Mitmachen
und Nachdenken.

Einrichtung. Dort wird die reiche Kultur und Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland und Europa einem breiten Publikum nähergebracht und gleichzeitig zum Austausch zwischen Minderheit und Mehrheitsgesellschaft angeregt.

Herzstück des europaweit einzigen Museums zum Holocaust an den Sinti und Roma ist natürlich die Dauerausstellung, in der die stufenweise Entrechtung bis hin zur systematischen Vernichtung dargestellt wird. Den Dokumenten der Männer, Frauen und Kinder, die von den Nationalsozialisten entmenschlicht und ihrer Persönlichkeit beraubt wurden, stehen auf drei Stockwerken Zeugnisse der Opfer sowie Berichte der Überlebenden gegenüber. Zum „Klassiker“ des Veranstaltungsprogramms hat sich längst die öffentliche Führung entwickelt, die jeden Dienstag um 17 Uhr in die Bremeneckgasse 2 einlädt. Dabei ergibt sich immer wieder die Gelegenheit, im persönlichen Gespräch mit wissenschaftlichen Mitarbeitenden Fragen zu äußern, Lektüretipps zu erhalten oder über neueste Forschungsergebnisse informiert zu werden.

Neue Förderperiode mit fünf Trägern im Kooperationsverbund

Mit einem innovativen Mitmachformat, das der Lernort Kislau e.V. konzipiert hat, kamen gleich zu Jahresbeginn vor allem Schulklassen in den Gewölbekeller. Denn das mobile Geschichtslabor „Wo fängt Unrecht an?“ kombiniert die NS-Vergangenheit mit Gegenwart und Zukunft der Demokratie. „Man kann Diktatur nicht begreifen, wenn man nicht auch die Demokratie in den Blick nimmt – und umgekehrt“, betonte Dr. Andrea Hoffend, Wissenschaftliche Leiterin des Lernortes, bei der Eröffnung Anfang Februar. Deshalb setzt der zeitliche Rahmen auch bereits 1918 mit der Weimarer Republik ein.

Zudem wird vor dem Hintergrund der Geschichte des 1933 unweit von Heidelberg errichteten einstigen Konzentrationslagers Kislau insbesondere jungen Menschen aufgezeigt, wie sehr die NS-Zeit ihre eigene Lebenswirklichkeit

und Zukunft tangiert. Drehelemente, Klappen und Schieberegler animieren aber auch erwachsene Besucher*innen, Inhalte zu entdecken und ihre eigenen Positionen zu überprüfen.

Überhaupt bildeten Wechselausstellungen einen Schwerpunkt im Kulturprogramm des Jahres 2024. Zumal sich dadurch erneut Kooperationen mit verschiedenen Partnern ergeben haben – etwa mit der Realschule Obrigheim (RSO) im Neckar-Odenwald-Kreis. Dort engagieren sich Schüler*innen dafür, dass ihre RSO nach Vinzenz Rose (1908-1996) benannt wird – einem Sinto, der den Holocaust überlebt hat und ein Pionier der Bürgerrechtsarbeit war. Die Geschichte-AG hat daher eine Ausstellung erarbeitet, die über Vinzenz Rose und das Projekt informiert.

Die Präsentation über den Onkel von Romani Rose, den Vorsitzenden des Zentralrates und des Dokumentationszentrums Deutscher Sinti und Roma, wurde von Ende Juni bis Ende Juli gezeigt. Die Besucher*innen konnten ebenfalls erkunden, dass die Widerstände gegen die Umbenennung der RSO groß waren. Und selbst den „Kompromiss“, der Neckarbrücke den Namen des Überlebenden zu verleihen, verwarf der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung – allerdings bei geheimer Abstimmung.

David Weiss hat erst mit 18 Jahren erfahren, dass seine Uroma wahrscheinlich eine Sinteza war. Damit setzte für ihn die Beschäftigung mit der Kultur und der Geschichte der Minderheit ein. Nachdem er ein Studium in nachhaltiger Landwirtschaft absolviert hatte, erwarb er zusätzlich den Master of Fine Arts in Illustration und Comics an der Kunsthochschule Kassel. Inzwischen lebt David Weiss als freischaffender Künstler und arbeitet in den Bereichen Malerei, Holzschnitt, Comics und Bronzeguss.

2023 war er Stipendiat der zweiten Künstler*innen-Residenz, die als Kooperation des Dokumentationszentrums mit dem Goethe-Institut Mannheim ausgeschrieben wor-

den war. Im November 2024 präsentierte der Nordhesse im Ausstellungsgebäude in der Bremeneckgasse 2 unter dem Titel „Vielfalt und Inspiration in der KüRe#2“ Arbeiten, die im Rahmen dieses Aufenthaltes entstanden sind, sowie einen Querschnitt seiner Werke.

Ein Jahr lang hatte das Team des Projekts „Das vergessene Gedächtnis“ bereits Objekte aus der Geschichte von Sinti und Roma in ganz Europa aufgespürt und zahlreiche Gespräche mit Zeitzeug*innen gefilmt. Von Juni bis September gewährte eine Sonderausstellung dann einen ersten Einblick in die museale Sammlung, die am Dokumentationszentrum zusammengetragen wird. Gefördert wird das Vorhaben von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) sowie dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) in der



Bildungsagenda NS-Unrecht. Dazu findet sich im Kapitel „Nachrichten und Hintergrundberichte“ ein ausführlicher Artikel.

Der überaus erfolgreichen Kooperation mit zahlreichen Heidelberger Vereinen und Initiativen zum Gedenken an die rassistischen Attentate von Halle und Hanau unter dem Titel „Vier Jahre und ein paar Tage“ widmet sich ebenso ein längerer Text wie der Filmreihe zu Leni Riefenstahl, die in Zusammenarbeit mit den Heidelberger Kinos Gloria & Gloriette und Kamera gleich dreimal für ziemlich volle Säle sorgte.

Buchvorstellungen mit Autorengesprächen entpuppen sich als beliebtes Format

Als ein ungemein beliebtes Format bei den Besucher*innen des Dokumentationszentrums haben sich obendrein die Buchvorstellungen mit Autorengesprächen entpuppt. So machte zum Beispiel Dr. Ulrich F. Opfermann im Februar deutlich, dass nach 1945 die rassistischen Denkmuster gegenüber Sinti und Roma in staatlichen Institutionen wie Polizei und Justiz fortlebten. Der Bundesgerichtshof hatte etwa noch 1956 in einem Urteil festgehalten: Für die Verfolgung der Minderheit seien zumindest bis 1943 nicht „rassenideologische Gesichtspunkte“, sondern kriminalpräventive Gründe maßgebend gewesen. In seiner akribisch recherchierten Studie „Stets korrekt und human!: Der Umgang der westdeutschen Justiz mit dem NS-Völkermord an den Sinti und Roma“ gibt der Historiker erstmals einen systematischen Überblick zu diesem bislang vernachlässigten Bereich der justiziellen Aufarbeitung des NS-Systems.

Den deutschen Kolonialverbrechen in Ostafrika widmet sich der Journalist Aert van Riel in seinem Buch „Der verschwiegene Völkermord“, das er im September im Dokumentationszentrum vorstellte. Im dreijährigen Maji-Maji-Krieg schlug das Deutsche Reich ab 1905 den Widerstand im heutigen Tansania nieder und löschte etwa ein Drittel der Bevölkerung aus. Tansanische Historiker gehen von bis zu 300.000 Toten aus: in Kämpfen getötet, von den Kolo-

Sintezza, Weinkönigin, Winzerin: Angelina Kappler hat bei einer Weinprobe auch von Ausgrenzung und Diskriminierung berichtet, die sie als Angehörige der Minderheit besonders in der Schule erlebt hat.

Kämpfe im „Kollektorgang“: Autor David Blum erzählt im Gespräch mit Heidrun Helwig vom Dokumentationszentrum auch von seinen Recherchen zu Johann „Rukeli“ Trollmann.

nialtruppen ermordet oder der Strategie der „verbrannten Erde“ zum Opfer gefallen. Für seine Publikation hat Aert van Riel mit Diplomat*innen, Wissenschaftler*innen sowie Aktivist*innen gesprochen. Und er berichtete, dass in Tansania regelmäßig Gedenkveranstaltungen stattfinden und die Kämpfer als Helden gelten. In Deutschland hingegen ist es noch immer umstritten, diese Verbrechen überhaupt als Völkermord zu brandmarken.

Das Spiegelzelt auf dem Universitätsplatz lockt Ende Juni stets unzählige leidenschaftliche Leser*innen von nah und fern mit einem abwechslungsreichen Programm zum Literaturfestival „FeelLit“. Diesmal gab es dort mit „Schoolit“ ein spezielles Programm für Schüler*innen, an dem das Dokumentationszentrum wiederum als Kooperationspartner beteiligt war. Und gastiert hat dabei David Blum mit seinem Jugendbuch „Kollektorgang“, in dem einiges an den Boxer Johann „Rukeli“ Trollmann erinnert, dem die Nationalsozialisten als Sinto den errungenen Meistertitel aberkannten und der im KZ ermordet wurde. Im Mittelpunkt steht Mario, der noch nicht einmal 14 Jahre alt werden durfte. Warum, erzählt er von seinem Grab aus: Wie zwei Gruppen sich in unterirdischen Katakomben – dem Kollektorgang – ihr eigenes Reich bauten, um das sie bis zum Tod kämpften, von Freundschaft und einem phänomenalen Boxkampf zwischen seinem besten Freund Rajko und einer Gang junger Neonazis. Mit seinem Debütroman hat David Blum nicht nur Kritiker*innen und junge Leser*innen überzeugt, sondern auch Heidelberger Schüler*innen, die ausführlich mit ihm über die Geschichten von Mario und von „Rukeli“ Trollmann diskutierten.

Stadtführung auf den Spuren der Heidelberger Sinti wird fortgesetzt

Ohne Ilona Lagrene war das Gedenken an die Heidelberger Sinti, die 1935 vertrieben und Opfer von Verfolgung und Deportationen wurden, lange nicht denkbar. Am 13. November 2023 aber starb sie nach langer Krankheit. In Erinnerung an die offene und herzliche Sinteza möchten



ihre Tochter Jeannette Bunk und ihr Enkel Anthony die Tradition jedoch fortsetzen und haben am 16. Mai mehr als 50 Besucher*innen vom Verschleppen Hunderter Sinti aus ganz Südwestdeutschland ins Sammellager Hohenasperg berichtet – darunter auch Familien der Minderheit aus Heidelberg. Drei Tage später begann damals die Deportation der Kinder, Frauen und Männer in die Gettos und Konzentrationslager im besetzten Polen. Vor ihren ehemaligen Wohnungen in der Steingasse, der Kleinen Mantelgasse oder der Pfaffengasse schilderten Mutter und Sohn die Schicksale der Familien Reinhardt, Lehmann, Winter und Steinbach.

Die Stadtführung wird auch 2025 wieder ins Veranstaltungsprogramm aufgenommen – ebenso wie die Zusammenarbeit mit der Französischen Woche Heidelberg. Gemeinsam mit dem Montpellier-Haus, dem Theater und Orchester Heidelberg sowie dem Interkulturellen Zentrum war es Mitte Oktober gelungen, die Compagnie „La chouette blanche“ mit ihrem Stück „PiNK!“ in den Zwinger zu holen. Erzählt wird darin von einer Sinteza, die mit einem Schauspieler und einer Regisseurin versucht, eine Geschichte zu schreiben, in der die Schwierigkeiten einer Begegnung zwischen verschiedenen Kulturen überwunden werden können. Beim Publikum kam dieses Gastspiel auf Französisch mit deutschen Übertiteln richtig gut an! ■

„WÄRE DIE POLIZEI GEKOMMEN, WÜRDE VILI NOCH LEBEN“

Vier Jahre nach dem Anschlag von Hanau spricht Niculescu Păun über die tödlichen Schüsse auf seinen Sohn

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Dreimal wählte Vili-Viorel Păun den Notruf der Polizei. Dreimal vergeblich. Am Abend des 19. Februar 2020 war die Polizeistation Hanau I nämlich unterbesetzt. Offenbar kein Einzelfall. „Dieses Problem mit dem Notruf in Hanau bestand schon seit mehr als 20 Jahren“, sagte Niculescu Păun mit gebrochener Stimme. Das aber habe die Verantwortlichen nicht weiter interessiert. Mit tödlichen Folgen für seinen Sohn. Denn der 22-Jährige wurde in jener Winternacht in der südhessischen Stadt ermordet. „Wäre die Polizei gekommen, würde Vili noch leben“, ist der kleingewachsene, schwächliche Mann überzeugt.

„Vier Jahre und ein paar Tage“ liegt der rassistische Anschlag im Februar 2024 zurück, bei dem ein rechtsextremer Attentäter erst neun junge Menschen erschoss und anschließend seine Mutter sowie sich selbst tötete. Und unter diesem Titel hatte ein Zusammenschluss von Heidelberger Vereinen und Institutionen zum Gedenken an die Opfer von Hanau und Halle im Karlstorbahnhof aufgerufen. Beteiligt an dem Gesprächsformat „Geschichten des Widerstandes und der Solidarität“ war auch das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Dabei wurden wiederholte Fälle von „Racial Profiling“ kritisiert und die schleppende Aufarbeitung der Morde von Hanau angeprangert. Gleichzeitig aber auch mehrfach auf die vielen Demonstrationen in Deutschland gegen den Rechtsruck in Politik und Gesellschaft hingewiesen. Zumindest diese seien „positive Zeichen“.

Eingeladen hatten die Organisatoren auch Niculescu Păun, dem es sichtlich schwerfiel, über den Verlust seines einzigen Kindes zu sprechen. Immer wieder rang er um Worte und

dankte zugleich den Anwesenden: „Eure Solidarität gibt uns allen Kraft und bedeutet den Angehörigen und der ‚Initiative 19. Februar‘ sehr viel.“

„Du kamst mit 18 Jahren nach Deutschland und hast als Paketzusteller gearbeitet“, las Zehra Tuzkaya vom „Bündnis Erinnern.Verändern“ aus einem Brief an den ermordeten Vili-Viorel Păun vor. Eine Gruppe Jugendlicher hatte gemeinsam an ihn sowie an Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov jeweils einen Brief verfasst. Darin stellten sie die neun Getöteten kurz vor – mit ihren Berufen, ihren Charakterstärken und liebevollen Zitaten ihrer Freunde und Verwandten. Danach wurde jedes und jeder Einzelnen mit einer Schweigeminute gedacht.

Zärtliche Worte widmete auch Niculescu Păun seinem Sohn, beschrieb ihn als überaus hilfsbereiten, freundlichen und selbstlosen jungen Mann. „Als er ein neues Handy von mir bekommen hat, schenkte er sein altes gleich einem Kollegen, damit der mit seiner Familie in Rumänien telefonieren konnte.“ Ihn selbst habe das schon ein bisschen geärgert. Doch Vili habe gesagt: „Hey Papa, er vermisst doch seine Frau und sein Kind.“ Letztlich habe sein Sohn wegen dieses großen Herzens sein Leben verloren.

Der 22-Jährige hatte den Attentäter mit seinem silbernen Mercedes verfolgt, nachdem der zunächst in zwei Lokalen am Hanauer Heumarkt drei Menschen erschossen hatte und dann Richtung Kesselstadt davongerast war. Dort erschoss er Vili-Viorel Păun durch die Windschutzscheibe und



Niculescu Păun vor dem
Porträt seines ermordeten
Sohnes Vili-Viorel:
Das Wandbild unter der
Friedensbrücke in Hanau
zeigt alle neun Opfer des
rassistischen Anschlags
vom 19. Februar 2020.

suchte sich schließlich in einem Kiosk und einer Bar fünf weitere Opfer.

Viele Menschen würden sich vor allem fragen, warum er den Schützen überhaupt verfolgt habe, sagte sein Vater. Und stellte klar: „Er hat nicht gesagt, ich mache das selbst und ich schaffe es allein. Er hat doch versucht, die Polizei anzurufen.“ Sein Sohn hatte Vertrauen in dieses System, doch noch immer sei nicht geklärt, warum dort nicht reagiert wurde.

Nur schwer erträglich für die Hinterbliebenen waren überdies der offenkundige Dilettantismus bei den Ermittlungen sowie das rücksichtslose Verhalten und die Ignoranz der Beamt*innen. Über Stunden seien die Familien nicht über den Tod ihrer Liebsten informiert, Obduktionen der Opfer mit Eltern und Lebenspartnern nicht abgesprochen und auch sonst kaum Empathie gezeigt worden.

Für die Verantwortlichen dieser Ungeheuerlichkeiten habe es sicher keine Konsequenzen gegeben. Im Gegenteil: Der damalige hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) habe bei einer Sitzung des Untersuchungsausschusses in Wies-

baden in Anwesenheit der Angehörigen der Getöteten die professionelle Polizeiarbeit ausdrücklich gelobt.

Im großen Saal des Karlstorbahnhofes war es mucksmäuschenstill, als Niculescu Păun von diesen Demütigungen berichtete. Etliche Anwesende schüttelten schier fassungslos den Kopf oder wischten sich Tränen aus den Augen. Noch immer sind viele Fragen offen. Längst geklärt aber ist, dass der Attentäter gezielt Menschen mit Migrationshintergrund erschossen, dass es sich um eine rechtsterroristische Tat gehandelt hat.

Drei von ihnen – Vili-Viorel Păun, Mercedes Kierpacz und Kalyan Velkov – gehörten der Minderheit der Sinti und Roma an. Insbesondere Niculescu Păun hat sich nach dem Tod seines Sohnes an das Referat Beratung im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma gewandt. Unterstützt hat die Familie zudem der Landesverband Hessen des Verbandes Deutscher Sinti und Roma. „Wir Angehörigen und die ‚Initiative 19. Februar‘ werden weiterkämpfen“, versicherte der 48-Jährige. „Damit keine anderen Eltern, kein anderer Bruder und keine andere Schwester mehr das erleben müssen, was wir erlebt haben.“ ■

„DAS FESTHALTEN AN LÜGEN UND LEGENDEN“ DER LENI RIEFENSTAHL

Reihe des Dokumentationszentrums und der Heidelberger Filmkunsttheater spürt der „Karriere einer Täterin“ nach

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Vom Ethnischen abgelöst: Leni Riefenstahl verkörpert als 40-Jährige in ihrem Film „Tiefland“ eine 14-jährige Sinteza, „die durch die Lichtregie als ‚arische‘ Figur inszeniert wird“.

Leni Riefenstahl war die Lieblingsregisseurin Adolf Hitlers. Sie inszenierte die Massenaufmärsche der Nazis in wirkmächtigen Bildwelten, glorifizierte das NS-Ideal der „Herrenrasse“ gleich in mehreren Filmen und stilisierte den „Führer“ pathetisch zum vermeintlichen Heilsbringer. Dadurch trug Leni Riefenstahl (1902-2003), die beste Verbindungen zur Führungselite des „Dritten Reichs“ besaß, entscheidend dazu bei, den Nationalsozialismus zu propagieren. Da überrascht es auch nicht, dass es für ihren Spielfilm „Tiefland“ gelang, Sinti und Roma aus den Zwangslagern Maxglan bei Salzburg und Berlin-Marzahn heraus als Kompars*innen zwangszu verpflichten. Viele von ihnen wurden später im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Leni Riefenstahl ihre ideologische Nähe zum NS-Regime stets geleugnet. Bis an ihr Lebensende hat sie behauptet, überhaupt nichts von den menschenverachtenden deutschen Gräueltaten gewusst zu haben. Mehr als 50 Prozesse hat sie angestrengt, um ihren Ruf von jeglicher Verantwortung oder gar Schuld reinzuwaschen. Denn die Regisseurin, Schauspielerin und Fotografin hat nur eine Darstellung ihrer Biographie zugelassen: ihre eigene. Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma hat im Herbst 2024 in Kooperation mit den Filmkunsttheatern „Gloria & Gloriette“ sowie „Die Kamera“ in einer dreiteiligen Filmreihe diese „Karriere einer Täterin“ näher beleuchtet.

Den Auftakt markierte Ende Oktober, eine Woche vor dem offiziellen Bundesstart, der Dokumentarfilm „Riefenstahl“, der erst kurz zuvor bei den Filmfestspielen in Venedig seine weltweit beachtete Premiere gefeiert hatte. Dafür war der

Regisseur Andres Veiel in die ausverkaufte „Kamera“ nach Heidelberg gekommen.

Der vielfach ausgezeichnete Filmemacher konnte für „Riefenstahl“ erstmals den aus 700 Kisten bestehenden privaten Nachlass der Starregisseurin auswerten, der von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aufbewahrt wird. Darunter Briefe und Tagebuchauszüge, Presseartikel und Kalendereinträge, mitgeschnittene Telefonate und private Filmaufnahmen. All das hatte Leni Riefenstahl akribisch selbst zusammengestellt und offenkundig auch gezielt bereinigt. „Eine Nachbarin in

Das wiederum erforderte den Abgleich in anderen Archiven. „Wir sind etwa auf den Hinweis auf ein Interview des ‚Daily Express‘ mit Riefenstahl aus dem Jahr 1934 gestoßen.“ Dazu gab es jedoch keinen Artikel, dafür aber ein „Stück Papier mit braunen Klebestreifen“. Eine Anfrage bei der Zeitung war dann schnell erfolgreich. „In dem Interview bekennt Riefenstahl, sie habe 1932 Hitlers ‚Mein Kampf‘ gelesen und sei schon nach der Lektüre der ersten Seite eine begeisterte Nationalsozialistin geworden und auch geliebt.“ Das Buch habe sie als „Herzenslektüre“ an viele Orte begleitet. „Dieses Dokument hätte natürlich auf Anhieb die mühevoll



Alles unter Kontrolle: Leni Riefenstahl überprüft ihr Aussehen für die Aufzeichnung zur dreiteiligen Dokumentation „Speer und er“ von Regisseur Heinrich Breloer im Jahr 1999.

Kitzbühel hat nach Kriegende einer österreichischen Zeitung gesagt: „Da brannte am 7. Mai drei Tage und drei Nächte lang Feuer“, erzählte Andres Veiel. Natürlich sei es das gute Recht eines jeden, selbst zu entscheiden, was der Nachwelt erhalten bleiben soll. Allerdings habe Leni Riefenstahl dabei „auf jeden Fall viele Fehler gemacht“. Denn der Dokumentarfilmer konnte beim Erforschen und Analysieren des Nachlasses etliche Ungereimtheiten und Leerstellen offenlegen.

aufgebaute Legende einer Unpolitischen zerstört.“ Immerhin habe sie vehement betont, sie sei Künstlerin und habe deshalb auf Nachfrage auch stets abgelehnt, sich über Politik zu äußern. Dann aber habe sie doch angefangen, über Hitler und Goebbels zu reden und überhaupt nicht mehr aufgehört.

„Sie wusste ganz genau, dass ihre Nähe zu den NS-Größen ihr Alleinstellungsmerkmal ist“, so der 65-Jährige. Mit

seinem Dokumentarfilm sei es ihm aber nicht darum gegangen, nur das „Monströse“ zu präsentieren: „Dass sie eine begnadete Lügnerin war, ist bekannt. Mich hat vielmehr interessiert: Wann lügt sie und wofür steht die Lüge?“ Und das bedeute wiederum, auch Ambivalenzen auszuhalten. So habe er zum Beispiel in den Kisten ein 25-Seiten-Konvolut entdeckt, in dem sie von väterlicher Gewalt in Kindheit und Jugend berichtet. Sie habe viele Demütigungen erfahren, die aber weder in ihren Memoiren noch in dem Entwurf dazu auftauchen. „Momente der Ohnmacht und Schwäche werden durchgestrichen.“ Ebenso bewusst habe sie sich nach 1945 mit einer gewissen Raffinesse selbst zum Opfer stilisiert und versichert, drei Jahre in Gefängnissen und Lagern verbracht zu haben. Nachforschungen hätten aber gezeigt, dass sie von den Amerikanern wenige Wochen in einer Edelunterkunft festgehalten und von den Franzosen in Hausarrest entlassen worden sei. „Es geht um die Produktion von Fake News, um das Festhalten an Lügen und Legenden. Je öfter sie wiederholt werden, desto wahrhaftiger werden sie.“ Parallelen zur heutigen Politik seien da offenkundig.

Andres Veiel arbeitet in seinem Dokumentarfilm ausschließlich mit historischem Archiv-Material, er stellt Bild gegen Bild, die Aussagen Riefenstahls gegen die Ergebnisse der Recherchen. Die Lüge, dass sie die von den Nationalsozialisten im KZ eingesperrten Sinti und Roma, die in „Tief-land“ Spanier*innen darstellen mussten, nach dem Krieg wiedergetroffen habe, wird durch die getippte Todesliste aus Auschwitz mit den Namen der in Wahrheit vergasten Angehörigen der Minderheit entlarvt. „Diesen Widerspruch muss ich nicht mit einem Zeitzeugen untermauern, das wäre ein Bruch gewesen“, betonte Veiel. Zumal an keiner anderen Stelle im Film Zeitzeug*innen vorkommen. Dafür aber mehrere Auszüge von Gesprächen auf dem Anrufbeantworter der Regisseurin. In einem davon stellt ein Mann fest, dass es zwei oder drei Generationen dauern dürfte, bis Deutschland wieder zu Sitte und Anstand zurückkehren werde. Leni Riefenstahl stimmt ihm zu: „Das deutsche Volk hat ja die Anlage dazu.“ Andres Veiel ist überzeugt: „Sie hat nicht durchschaut, wie sehr sie so etwas belastet. Sonst hätte sie das auch vernichtet.“

Einige unerwünschte Wahrheiten über Leni Riefenstahl konnte Nina Gladitz bereits 1982 in ihrem Dokumentarfilm

„Zeit des Schweigens und der Dunkelheit“ zusammentragen. Dafür hatte sie dem Schicksal jener Sinti und Roma nachgespürt, die aus dem Lager Maxglan heraus als Statist*innen für den Spielfilm „Tief-land“ herhalten mussten. Von Polizisten strengstens bewacht, schlecht behandelt und natürlich nicht bezahlt. Überlebende sprachen überdies davon, dass die Nazi-Regisseurin sie im Glauben gelassen hatte, sie würde die Familien vor der Deportation retten. Leni Riefenstahl klagte damals gegen die Filmemacherin – auch gegen den Vorwurf, sie habe die Angehörigen der Minderheit selbst im Lager ausgesucht. Und obwohl das Landgericht Freiburg Nina Gladitz in drei von vier Punkten Recht gab, verschwand die Dokumentation im „Giftschrank“ des WDR. Damals war der Völkermord an den Sinti und Roma gerade erst von Bundeskanzler Helmut Schmidt anerkannt worden. „Der WDR hätte mit dem Film also unterstreichen können, dass er sich zum richtigen Zeitpunkt mit diesem Thema befasst und darauf aufmerksam macht“, sagte Sabine Rollberg im Filmgespräch im „Gloria“ – nur wenige Tage nach der Vorführung von „Riefenstahl“. Die ehemalige WDR-Redakteurin, Grimme-Preisträgerin und frühere Chefredakteurin von arte schilderte, dass der Sender Nina Gladitz, die 2021 verstorben ist, sehr geschadet habe. Zum einen habe die junge Filmemacherin kaum mehr Aufträge erhalten, zum anderen habe ihr der WDR das Originalmaterial verweigert. Dabei habe Nina Gladitz die vom Gericht bemängelte Szene umschneiden wollen, damit der Film gezeigt und zudem ins Ausland verkauft werden könnte. Gerügt worden war die Aussage, Leni Riefenstahl habe damals bereits gewusst, dass die Kompar*innen nach Ende der Dreharbeiten nach Auschwitz deportiert werden sollten. Das sei aber zu jenem Zeitpunkt noch nicht möglich gewesen.

Auch das Dokumentations- und Kulturzentrum sowie der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hatten sich mehrfach schriftlich an den Intendanten des WDR gewandt und die Freigabe von „Zeit des Schweigens und der Dunkelheit“ angemahnt. Begründung: Die große Bedeutung des Films liege vor allem in den Aussagen der darin befragten Sinti und Roma. Die Stimmen dieser Zeitzeug*innen sollten und müssten endlich gehört werden können.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde der Dokumentarfilm dann 2022 tatsächlich aus dem „Giftschrank“ geholt.



Streng bewacht: die Kompar*innen mit Polizisten während der Dreharbeiten von „Tiefland“. Das Foto wurde am Filmset gemacht und danach achtlos weggeworfen. Eine Überlebende hat die Aufnahme mitgenommen und später dem Dokumentationszentrum überlassen.

Im Fernsehen lief er bislang nicht und auch in der Mediathek kann er nicht abgerufen werden.

Während also „Zeit des Schweigens und der Dunkelheit“ jahrelang nicht zu sehen war, konnte der Spielfilm „Tiefland“ problemlos gezeigt werden. Die Dreharbeiten begannen 1940, in die Kinos schaffte es der Streifen aber erst 1954. Mit der Vorführung Anfang November im erneut sehr gut besuchten „Gloria“ endete die Filmreihe.

Der Inhalt ist schnell erzählt: In den Pyrenäen lebt der unbarmherzige Großgrundbesitzer Don Sebastian. Um seiner Geldsorgen Herr zu werden, hat er der Tochter des wohlhabenden Bürgermeisters die Ehe versprochen. Als er eines Abends die schöne Tänzerin Martha (Riefenstahl) kennenlernt, beschließt er, sie mit dem Berghirten Pedro zu verheiraten, um sie als Mätresse zu halten. Das führt schließlich zu einem tödlichen Duell zwischen den beiden Männern.

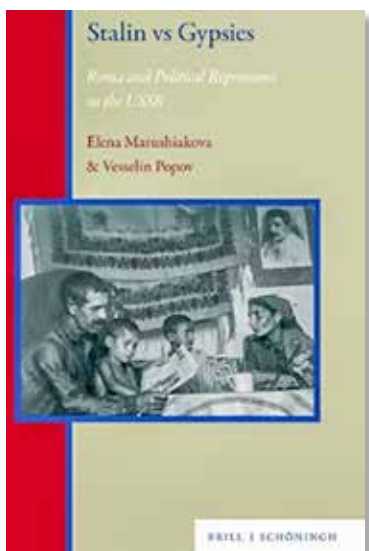
Leni Riefenstahl war bereits 40 Jahre alt, stellt in „Tiefland“ indes die 14-jährige „Zigeunerin“ Martha dar. Entgegen der NS-Rassenideologie verkörpert sie eine „reine, weiße Frau“.

Dr. Frank Reuter von der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg lieferte im Filmgespräch dazu eine eindeutige Einschätzung: „Die Frau, die Riefenstahl spielt, wird völlig vom Ethnischen abgelöst und durch die Lichtregie als ‚arische‘ Figur dargestellt.“ Damit schließe sie an ein ganz altes antiziganistisches Denkmuster an, wonach Adelskinder von „Zigeunern“ gestohlen worden seien. Irgendwann aber werde erkannt, dass sie anderer Abstammung sind. Marthas Ziehvater wird in dem Film obendrein als „dunkles Pendant“ und damit als „der Untermensch par excellence im nationalsozialistischen Sinne“ inszeniert. Reuters unmissverständliches Urteil: „Der Film entspricht zu 100 Prozent der faschistischen Ideologie in all ihren Facetten.“ ■

5 | REZENSIONEN UND NEUVORSTELLUNGEN

ROMA ALS „SPIONE UND VERRÄTER“ VON STALIN VERFOLGT

Von Felix Hahn, Projektmitarbeiter



Brill | Schöningh
Paderborn 2024,
664 Seiten mit
zahlreichen
Abbildungen,
149 Euro.

Die Verfolgung der Roma in der Sowjetunion unter Stalin ist ein bislang wenig beachtetes Kapitel der Geschichte. Das zeigt sich bereits nach wenigen Klicks in den gängigen Suchmaschinen. Auf der Website „gutefrage.net“ etwa wird verbreitet, dass Roma wegen ihres Berufs als Pferdehändler von der Staatsmacht der UdSSR ins Visier genommen worden waren. Weiter präzisiert wird das indes nicht. Und auch eine intensivere Recherche belegt, dass die Stellung der Minderheit in der Sowjetunion im frühen 20. Jahrhundert bislang kaum erforscht ist. Mit ihrer auf Englisch publizierten Studie „Stalin vs Gypsies. Roma and Political Repressions in the USSR“ gelingt es Elena Marushiakova und Vesselin Popov nun, dieses Thema anschaulich ins Licht zu rücken.

Auf 650 Seiten untersuchen die Historiker*innen den Umgang mit der Minderheit und die Formen von Ausgrenzung, Unterdrückung und Verfolgung in der ehemaligen Sowjetunion. Ausgehend von der Oktoberrevolution, 1917, bildet das Leben Stalins den übergeordneten roten Faden

der Darstellung, die mit der Aufdeckung und juristischen Ahndung seiner Verbrechen im Jahr 1956 endet. Die Frage, ob Roma aufgrund ihrer Ethnie oder als Teil der damaligen Gesellschaft Repressionen ausgesetzt waren, dient als Türöffner, um die Wirren und den Terror dieser Epoche aufzuzeigen. Dabei bemühen sich die Autor*innen durchweg, die Minderheit nicht als isolierte, ethnische Randgruppe zu behandeln.

Marushiakova und Popov untersuchen bereits seit Ende der 1990er-Jahre gemeinsam die Geschichte der Roma in Osteuropa. Anstoß für ihre neueste Studie war laut eigenen Angaben ein anonymes Post im Forum einer russischen Website. Dort wurde im Jahr 2011 unter dem Pseudonym „Romano Rat“ („Roma-Blut“) eine Liste mit den Namen aller unter Stalin unterdrückten Roma veröffentlicht. Begleitet wurde diese Zusammenstellung von dem schlichten, aber eindrücklichen Satz: „Maybe someone will need it“ („Vielleicht kann es jemand gebrauchen“).

Klassifizierungen, wie das Zuordnen zur Minderheit anhand von Namen oder Berufen

Auf dieser Grundlage erstellten die beiden Forscher*innen unter Einbindung der umfangreichen Datenbank der internationalen Menschenrechtsorganisation „Memorial“ eine erweiterte Sammlung. Dieses „book of memory“ vertieft das Wissen um die Schicksale der unterdrückten Roma. Allerdings umfassen die Methoden, mit denen dieses Erinnerungsbuch erstellt wurde, auch stereotypierende Klassifizierungen, wie das Zuordnen zur Minderheit anhand von Namen oder Berufen. Zudem bleibt offen, ob sich die betroffenen Personen selbst zur Minderheit zählen und ob sie zugestimmt haben, namentlich genannt oder zitiert zu werden.

Nach einer kurzen historischen Einordnung zeichnet „Stalin vs Gypsies“ den Beginn der behördlichen Erfassung von

Roma nach – die Grundlage für die spätere strafrechtliche Verfolgung. Darauf aufbauend wird das umfangreiche Material zu den Opfern politischer Repressionen tiefergehend analysiert. Insgesamt beruht die Studie auf Daten von 640 betroffenen Roma. Abschließend liegt ein besonderer Schwerpunkt auf den sogenannten „Gypsy Lawsuits“ der 1930er-Jahre, bei denen ausschließlich Angehörige der Minderheit angeklagt worden waren. Wie auch vielen anderen Bevölkerungsgruppen wurde ihnen vor allem Artikel 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches zum Verhängnis: Mitgliedschaft in einer geheimen Spionageorganisation im Ausland und Verrat am „Mutterland“ .

Durch die Verbindung von biographischen Details der Betroffenen mit einer statistischen Analyse der Opferzahlen können die Autor*innen die Willkür und den Schrecken dieser Prozesse anschaulich darstellen.

So erzählt Oleg Petrovic in seinen Memoiren von der Verhaftung seines Bruders Breyano im Jahr 1936, als einige Beamte des Innenministeriums vor seiner Tür standen, um ihm angeblich nur ein paar Fragen zu stellen. Seine Erzählung schließt mit dem Satz: „Breyano erkannte, dass diese wenigen Fragen sich in viele Jahre in Lagern verwandeln würden.“

Letztlich brechen die Historiker*innen mit Teilen des bisherigen Forschungskonsens, der die Vorsätzlichkeit der Verfolgung betont. Sie resümieren, dass Roma in der UdSSR keine Zielgruppe der nationalen Operationen waren. Auch wenn der Sowjetstaat einige Elemente ihrer Kultur als reaktionär betrachtete, so lassen sich nach Überzeugung von Marushiakova und Popov keine Anzeichen für eine spezifische Abwertung finden.

Die Zahlen der Anklagen und Todesurteile entsprechen relativ betrachtet ebenfalls denen der Mehrheitsgesellschaft. Dieser Befund zeigt sich auch bei der Auswertung von zahlreichen Dokumenten aus Stalins Hand. Nur in einem einzelnen Telegramm erwähnt er die Roma, und selbst dort richtet er lediglich seinen „brüderlichen Gruß“ aus und bedankt sich

für eine Spende des Theaters „Romen“ – eine Einrichtung, in der ausschließlich Roma arbeiteten.

Eine Untergruppe der Minderheit, die Kalderasch, die erst Ende des 18. Jahrhunderts in das russische Staatsgebiet einwanderten, gerieten dennoch vermehrt in den Fokus. In einer Zeit der willkürlichen Massenverdächtigungen und Paranoia sah der NKWD, das verantwortliche Kommissariat für innere Angelegenheiten, allein in ihrer Wahrnehmung als „Fremde“ einen hinreichenden Anlass für Anschuldigungen gegen Angehörige dieser Gruppe. Auch bei ihnen konnten daher die Festnahmen, so die Autor*innen, nicht auf ihre Ethnie, sondern auf ihre ausländische Nationalität zurückgeführt werden.

Wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Minderheit

Die Publikation beinhaltet einen beachtlichen Anhang, der das gesamte „book of memory“, die Originalabschriften relevanter Dokumente sowie einige Fotos enthält.

Mit seiner Detailverliebtheit ist das Buch eine Empfehlung für alle, die in die Grundlagen der historischen Forschung eintauchen und die Geschichte der unterdrückten Roma im stalinistischen Russland ergründen wollen. Damit leistet „Stalin vs Gypsies“ einen wichtigen Beitrag zu der lange überfälligen Aufarbeitung der osteuropäischen Geschichte der Minderheit.

Auf Anfrage hat Elena Marushiakova betont, dass dieses Thema noch viel Aufmerksamkeit beanspruchen wird. Neben der Durchforstung lokaler Archive, sei das Sammeln mündlich tradierter Familienerinnerungen eine wichtige Aufgabe für zukünftige Forscher*innen. Darüber hinaus bedeute die weitere Aufarbeitung der Daten aus Strafverfahren eine „kolossale Arbeit“, durch die klare Fälle von Gerichtsmanipulation und andere diskriminierende Ansätze aufgedeckt werden könnten.

Eine enge Zusammenarbeit mit Angehörigen der Minderheit sei dabei weiterhin von besonderer Bedeutung. ■

KZ-AUFSEHERINNEN ERSTMALS VOR EINEM DEUTSCHEN GERICHT

Von Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Dittrich Verlag
Weilerswist-
Metternich 2024,
236 Seiten,
20 Euro).

Majdanek war ein Konzentrations- und Vernichtungslager. Dort wurden Männer, Frauen und Kinder eingesperrt, gedemütigt, vergast. Menschen verhungerten, starben durch schwerste körperliche Zwangsarbeit oder Seuchen. Sie wurden von SS-Leuten erschlagen, erschossen und in den Tod getrieben. Unzählige fielen obendrein Massenhinrichtungen zum Opfer. Mit all diesen schrecklichen Details beschäftigte sich ab dem 26. November 1975 das Düsseldorfer Landgericht.

Angeklagt waren neun Männer und sechs Frauen. Allesamt ehemalige SS-Leute, die als Aufseher*innen in Majdanek fungierten, sowie ein Lagerarzt. Dabei musste sich erstmals auch weibliches KZ-Personal vor einem deutschen Gericht verantworten. Nach fünf Jahren und sieben Monaten mit 474 Verhandlungstagen endete der Prozess am 30. Juni 1981 mit einem ernüchternd milden Richterspruch. Verurteilt wurden lediglich zwei weibliche Mitglieder der Wachmannschaften und sechs ihrer männlichen Kollegen – bis auf eine lebenslange Haftstrafe alle zu zeitlich recht begrenztem Freiheitsentzug.

Als junge, noch unerfahrene Reporterin hat Ingrid Müller-Münch dieses wohl aufwändigste und kostspieligste Strafverfahren in der deutschen Justizgeschichte beobachtet. Bereits 1982 hat sie darüber ein Buch geschrieben, das nun in einer überarbeiteten Neuausgabe erschienen ist. Mit dem geänderten Titel „Die Täterinnen von Majdanek. KZ-Aufseherinnen vor Gericht“.

Eine „radikale Wende in der Rechtsprechung“ gab für die Journalistin den Anstoß für die erneute Durchsicht der mehr als 40 Jahre alten Publikation und ihrer Prozessmitschriften sowie für vereinzelte weitere Recherchen. Diese „Sensation“ – so Ingrid Müller-Münch – beruhte indes nicht auf einer Gesetzesänderung, sondern wurde allein „durch eine andere Auslegung der bestehenden Paragraphen“ möglich. Und dieser Wandel setzte mit dem Strafverfahren gegen John Demjanjuk ein. In der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg befasste sich der frühere bayrische Amtsrichter Thomas Walther im Jahr 2008 mit den Akten zu dem aus der Ukraine stammenden ehemaligen Wachmann, der unter anderem im Vernichtungslager Sobibor tätig gewesen war. Der Jurist war bestürzt über die seit Jahrzehnten „herrschende Meinung“ in der Rechtsprechung. Demnach konnte nämlich nur derjenige als Gehilfe bei der Tötung von Lagerinsassen verurteilt werden, dem sich im Einzelfall eine konkrete Beteiligung nachweisen ließ. Und das wiederum führte dazu, dass man – falls es überhaupt zu Anklagen kam – die Täter häufig freisprach oder lächerlich geringe Strafen verhängte. Das Landgericht München schloss sich dann aber im Mai 2011 der Einschätzung von Thomas Walther an, dass bereits das Mitwirken an der Tötungsmaschinerie in einem KZ zu bestrafen sei. Und so erging gegen den einstigen Trawniki – ein von der SS rekrutierter Osteuropäer – wegen Beihilfe zum Mord an 28.000 Juden eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren. John Demjanjuk verstarb allerdings, bevor der Bundesgerichtshof über seine Revision entscheiden konnte. Folglich dauerte es weitere fünf Jahre,

ehe das höchste deutsche Strafgericht die fundamentale Neubewertung rechtskräftig untermauerte. Dabei ging es um das Rechtsmittel von Oskar Gröning, dem „Buchhalter von Auschwitz“, den das Landgericht Lüneburg 2015 wegen Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen zu vier Jahren Haft verurteilt hatte.

Das Buch von Ingrid Müller-Münch setzt sich aus Porträts der Täterinnen sowie Schilderungen von Zeuginnen zusammen – übernommen auch aus anderen Publikationen. Nur zu deutlich wird auf den rund 230 Seiten, welche Qualen der damals notwendige Einzeltatnachweis für die Überlebenden des KZ Majdanek bedeutete. Wie sie im Zeugenstand mit der minutiösen und dadurch häufig auch verletzenden oder gar rücksichtslosen Befragung durch die Schwurgerichtskammer, die Staatsanwaltschaft sowie insbesondere der Verteidigung konfrontiert waren. „Wir sollen das Aussehen unserer Henker beschreiben. In den Uniformen sahen sie aber alle gleich aus. Wenn wir uns dann in einem Punkt irren, werden unsere Aussagen in Bausch und Bogen abgetan“, so eine Überlebende. Zudem weiß die Gerichtsreporterin zu berichten, dass von den einst Inhaftierten verlangt wurde, das Erlebte möglichst emotionslos und objektiv zu berichten. „Taten sie dies nicht, schlug sich das zugunsten der Angeklagten nieder.“

Insgesamt 215 Überlebende aus der ganzen Welt waren zu dem Strafverfahren nach Düsseldorf gekommen. Gleichsam traten – indes nur am Rande beleuchtet – Zeug*innen „von der anderen Seite“ auf. Darunter eine rechtsextreme Unterstützerin der NS-Täterinnen auf der Anklagebank, die unfassbarerweise mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde.

„Was mich damals an diesem Prozess vor allem faszinierte, waren die Rollen, die die angeklagten Frauen in Majdanek spielten“, erläutert Ingrid Müller-Münch, die sich immer wieder als Ich-Erzählerin einschaltet. Denn bis dahin war wenig über KZ-Aufseherinnen bekannt. Die Beschreibung dieser Frauen, ihrer Lebenswege und ihres Auftretens bei Gericht sind denn auch die große Stärke des Buches. Selbst

vier Jahrzehnte nach dem Ersterscheinen sind die Porträts und Kurzreportagen noch überaus lesenswert. Etwa von Hildegart Lächert aus der Nähe von Heidelberg, die von den KZ-Opfern „blutige Brygida“ genannt wurde, und die „sich so gerne auf dem Gerichtsflur den Journalisten anbot“. Oder Hermine Ryan-Braunsteiner aus den USA, die für ihre Nachbarn im New Yorker Stadtteil Queens eine „charming person“ war und die als einzige lebenslange Haft erhielt. Erschreckend aktuell ist, dass „nicht das besonders Grausame, Böse oder Abartige die hervorstechenden Eigenschaften dieser Frauen waren“. Vielmehr saßen Durchschnittsbürgerinnen auf der Anklagebank. Im Prozess konnte „man lernen, was es heißt, wenn ein ganzes Volk auf Autoritäten fixiert wird, wenn ‚der kleine Mann‘ und ‚die kleine Frau‘ es nie gelernt hatten, Befehle zu hinterfragen, gegen unsinnige Anordnungen aufzumüpfen“, stellt Ingrid Müller-Münch fest.

Allerdings hätte die verdienstvolle Publikation ein sorgfältiges Lektorat verdient gehabt. Es finden sich zahlreiche Redundanzen. Bei manchen Fremd-Beiträgen ist wiederum nicht nachvollziehbar, wann und aus welchem Anlass sie entstanden sind. Auch müsste eine Neubearbeitung stärker die deutlich erweiterten Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft berücksichtigen. So schreibt die Autorin etwa, dass sich niemand die Enthemmung der KZ-Aufseherinnen habe erklären können. Und weiter: „Auch ich werde es nicht können, werde nicht mit einem Zauberstreich das Geheimnis lüften, das aus Hermine Ryan-Braunheimer eine brutale Massenmörderin und später eine sorgende liebevolle Ehefrau machte.“ Die moderne Täterforschung könnte dazu aber durchaus Hinweise liefern.

Ärgerlich ist obendrein, dass zur Zahl der in Majdanek inhaftierten und getöteten Menschen veraltete Schätzungen reproduziert werden, die „zwischen mindestens 200.000 und einer Million“ schwanken. Inzwischen gehen Historiker von etwa 80.000 Opfern aus. Korrigierte Angaben relativieren nicht das Grauen, das Deutsche verantwortet haben. Sie bremsen vielmehr mögliche Vorwürfe von rechts aus, dass bewusst mit falschen Zahlen operiert werde. ■

DIE „ANTIFA OLDENBURG“ AUF DEN SPUREN DER NAZI-VERBRECHEN

Von Daniela Ott, Leiterin der Bibliothek



Rote Katze
Verlag,
Lübeck 2024,
294 Seiten,
22 Euro.

Es ist das Jahr 1967. Im verschlafenen Oldenburger Nedderend regt sich der Widerstand. Angesteckt von den Studentenprotesten in Berlin, begehren vier Jugendliche gegen das Schweigen ihrer Familien zur nationalsozialistischen Vergangenheit auf. Das Ende des Zweiten Weltkriegs liegt gerade mal 22 Jahre zurück, aber die ältere Generation tut so, als hätte es Faschismus und Holocaust nie gegeben. Die Geschwister Ika und Micha wollen sich gemeinsam mit ihren Freunden Ricky und Tilde damit nicht abfinden. Sie sind sich sicher, dass die Leute im Nedderend – allen voran ihre Eltern – etwas zu verbergen haben. Es ist also höchste Zeit, dass die Wahrheit ans Tageslicht kommt.

Christiane Gibiec lässt in ihrem turbulenten Coming-of-Age-Roman die 17-jährige Ika von der Suche nach Antworten erzählen. Wie die Autorin selbst wurden Ika und deren beste Freundin Tilde 1949 in Oldenburg geboren. Auch den Nedderend kennt Gibiec bestens aus ihrer eigenen Kindheit. Sie rekonstruiert den Kiez der Teenager und deren Lebensgefühl in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs authentisch und einfühlsam. Und so ersteht das Viertel rund um die gleichnamige lange Straße im Herzen Oldenburgs in seiner

gut bürgerlichen Beschaulichkeit des bundesdeutschen Wohlstandes der 1960er-Jahre wieder. In der Manier der Krimiautorin, die Christiane Gibiec eigentlich ist, eröffnet sie dabei spannende Nebenschauplätze im Umfeld der vier Freunde und zeichnet damit ein vielschichtiges Bild der Kriegs- und Nachkriegszeit in der norddeutschen Stadt mit ihren Abgründen und Schattenseiten.

Mit den Beatles und den Rolling Stones als Soundtrack rebelliert das politisch und geschichtlich interessierte Quartett gegen das unisono behauptete „Von allem nichts gewusst zu haben“. Gibiec legt dabei gekonnt Micha und Ricky den Jargon der 68er-Bewegung in den Mund, wenn sie Eltern und Lehrer herausfordern. Während die beiden Jungen wegen ihrer linken Einstellung von der Schule fliegen und Ika versucht, ihr Leben jenseits der hausfraulichen Vorstellungen der Mutter zu gestalten, steht Tilde machtlos vor ihren ebenfalls hartnäckig schweigenden Eltern. „Entweder Täter oder Opfer, eins von beiden muss es sein, so komisch wie sie sich benehmen“, ist sie sich sicher.

Eltern haben vor ihrer Tochter verborgen, dass sie Sinti sind

Das sportliche Mädchen wohnt mit Vater, Mutter und Tante Hulda auf dem Ziegelhof am Friedhofsweg. Dort lässt sich immer wieder mal der trinkfreudige Fiete Großjohann blicken, dem die Eltern dann Geld und Schnaps zustecken. Tilde, der das merkwürdig vorkommt, beginnt mit Ikas Hilfe Hulda auszufragen. Die würde am liebsten den Deckel auf der Vergangenheit lassen, aber dennoch kommt der Stein ins Rollen. Plötzlich scheint so manche nebensächliche Bemerkung der Eltern und Nachbarn Sinn zu ergeben, zum Beispiel warum Tilde und ihre Familie „Schwatte Düwel“ genannt werden. Dass sie Sinti sind, haben die Eltern vor ihrer Tochter verborgen. Viel Überzeugungsarbeit müssen die beiden Freundinnen nun leisten, bis sie endlich erfahren, was Fiete und Tildes Eltern verbindet. Das, wovon ihnen Hulda, Mutter und Vater schließlich berichten, wird

Zeichen der Erinnerung: An der Ecke Friedhofsweg und Jägerstraße steht ein Gedenkstein für die Sinti, die aus Oldenburg deportiert wurden.



Ika später in einem Buch verarbeiten, das Gibiec in den Roman einfügt.

Christel Menni Schwarz, der am 15. Oktober 2024 verstorbene Vorsitzende des Freundeskreises der Sinti und Roma in Oldenburg, bezeichnete Christiane Gibiecs Roman als ein „wichtiges Buch, das Licht auf die Verbrechen der Nazis an den norddeutschen Sinti wirft“. Insgesamt 74 Angehörige der Minderheit wurden zwischen 1938 und 1945 aus Oldenburg nach Auschwitz oder in andere Konzentrationslager deportiert und dort ermordet. Die meisten von ihnen lebten wie Tildes Familie auf dem Ziegelhof am Friedhofsweg. Dort erinnert seit 1989 ein Gedenkstein an ihr Schicksal. 2025 soll der Stein um eine Stele mit allen Namen der ums Leben gekommenen Sinti erweitert werden.

Christiane Gibiec erfuhr selbst erst vor wenigen Jahren, dass vor dem Krieg in ihrer Nachbarschaft am Ziegelhof Sinti-Familien wohnten, von denen ein Großteil in Konzentrationslager verschleppt wurde. Eine Studie des Bremer Historikers Hans Hesse, der seit 1993 die NS-Verfolgung der Sinti und Roma in Nordwestdeutschland erforscht, inspirierte sie zu ihrem Buch. Zwei Jahre hat die Autorin, die auch Dokumentarfilme dreht, dafür recherchiert und nun im ambitionierten Lübecker „Rote Katze Verlag“ veröffentlicht, der erst im Sommer 2021 von Bernd Saxe, langjähriger Bürgermeister der Hansestadt, und Uwe Lüders, früherer Unternehmenschef, gegründet wurde. Der ungewöhnliche

Name geht auf den Roman „Professor Unrat“ von Heinrich Mann zurück, der – ebenso wie der darauf basierende Film mit Marlene Dietrich – zu großen Teilen in einem halbseidenen Lokal namens „Der blaue Engel“ spielt. Das Lokal gab es wirklich, es hieß in der Realität „Die rote Katze“ und das Gebäude liegt ganz in der Nähe der Verlagsräume.

In „Nedderend“ verbindet Gibiec die Aufbruchsstimmung junger Erwachsener in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre mit dem Verlangen, trotz aller Zukunftsträume, die NS-Vergangenheit und deren Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Und so rauchen langhaarige Jungs und Mädchen in wallenden Hippiekleidern heimlich Joints im Ipweweger Moor, träumen vom großen Amerika und lassen doch gleichzeitig nicht locker, wenn es um die Aufdeckung des zurückliegenden Unrechts geht. Sie konfrontieren die ältere Generation damit und fordern sie auf, Farbe zu bekennen.

Der Autorin gelingt es, die Wut und das Entsetzen der jungen Leute nachvollziehbar zu machen, die zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Hitler-Regimes erkennen müssen, in welcher Zeit ihre Eltern jung waren und wieso diese es vorziehen, darüber zu schweigen. Ika, Tilde, Micha und Ricky brechen mit Tabus und protestieren als „Antifa Oldenburg“ gegen den „Mief“ im Nedderend wie ihre großen Vorbilder der Studentenbewegung in den Straßen von Berlin. Und vielleicht erzählt Christiane Gibiec dabei auch ein bisschen von sich selbst. ■

SELBST ALS KOMMISSARIN DEM GRIFF IN DIE KISTE DER VORURTEILE AUSGESETZT

Heidrun Helwig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Suhrkamp Verlag
Berlin 2023,
262 Seiten,
16 Euro.

Der „Tatort“ gehört für viele Krimifreaks seit Jahrzehnten zur festen Sonntagabendroutine. Die meist tödlichen Verbrechen und ihre Auflösung werden in der Familie oder im Freundeskreis oft intensiv diskutiert. Jedes Ermittler*innenteam hat gar seine eigene Fangemeinde. Und das mehr oder weniger brutale Ausscheiden eines Kommissars oder einer Kommissarin aus dem Fernseh-Dienst wird nicht selten als schmerzhafter Verlust verbucht. Zuletzt hat es etliche solcher Besetzungswechsel auf den Polizeistationen zwischen Kiel und München gegeben. Immer stärker spiegelt sich dabei – zum Glück – die Diversität der Gesellschaft wider. Für Sinti oder Roma aber gibt es bislang leider keine Festanstellung bei den beliebten ARD-Strafverfolger*innen.

In der Kriminalliteratur hingegen treten Sinti und Roma inzwischen recht häufig auf der Seite der Ordnungshüter*innen auf. Meist gehen sie offen mit ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit um, stoßen allerdings regelmäßig auf die altbekannten Stereotype. Mitunter weckt ihr Erscheinen auf der Dienststelle aber Neugier bei den Kolleg*innen, da ja die Wenigsten – wie im echten Leben – Sinti oder Roma kennen.

In seinem Thriller „Die Stunde der Hyänen“ schickt Johannes Groschupf nun ebenfalls eine junge Romni auf die Jagd nach einem Bösewicht in Berlin. Und der gilt als einer der renommiertesten Krimiautoren in Deutschland, wird von Kritiker*innen mit Lobeshymnen geradezu überhäuft und kann sich über etliche Auszeichnungen für seine Bücher freuen. Darunter gleich dreimal der Deutsche Krimipreis – auch für „Die Stunde der Hyänen“. Das klingt also nach einer vielversprechenden Ausgangssituation; der Fall entpuppt sich jedoch alsbald als ziemlich überladene Story mit beherztem Griff in die Kiste der Vorurteile.

Die junge Polizistin Romina Winter ist gerade erst zum Dezernat für Branddelikte versetzt worden, als ein Feuerteufel in der Hauptstadt beginnt, sein Unwesen zu treiben. Dort werden nachts nämlich wiederholt Autos abgefackelt. Dass sie der Minderheit angehört, wissen die Kollegen, lehnen sie aber ohnehin von vornherein ab – weil „Brandermittlung reine Männersache ist“. Romina Winter aber will sich „durchbeißen“ – immerhin kommt sie aus der schlagzeilenträchtigen Harzer Straße – auch „Kleinrumänien genannt“ – und muss angesichts der dort offenbar herrschenden „Zustände“ einiges aushalten können. Und so spielt sie sich gleich mächtig auf, obwohl „disziplinarische Gründe“ ausschlaggebend für ihren Dienststellenwechsel waren.

Wenig realitätsnah ist zudem das Verhalten ihrer Vorgesetzten. Trotz der erfolglosen Fahndung nach dem Brandstifter, die Rechte und Linke im Kiez auf den Plan ruft, darf die Neue ganz allein ein Zeitungsinterview geben. Darin erzählt die Romni sogleich der interessierten Öffentlichkeit, dass ihr Vater die Bücher, die sie in der Schule benötigte, geklaut hatte. Schließlich wollte er unbedingt, dass sie Abitur macht. Und dann heuert die Tochter ausgerechnet bei der Polizei an. „Das war ein Schlag für ihn. Für meine Mutter übrigens auch. Wer will dich denn jetzt noch zur Frau nehmen, hat sie gejamert.“ Dabei hatte die „Sippe“ vorher noch die bestandene Reifeprüfung ordentlich gefeiert.

Obendrein darf Romina Winter ob der erfolglosen „alten weißen Männer“ nachts auch noch ganz allein auf Tätersuche gehen. Und scheitert – natürlich – spektakulär kläglich. Doch es dreht sich in dem Krimi nicht nur um Brandstiftung, sondern – gewürzt mit etlichen sexualisierten Szenen – auch noch um Sekten, Kindesmissbrauch, Gewalt gegen Frauen und eine Super-Recognizerin, die als Reporterin durch die Stadt streift. In einer geradezu frenetischen Eloge auf den Roman heißt es, dass Lesende ein Schleuderaura riskieren, „so oft wechseln die Perspektiven, so unerwartet ändern sich Pläne und Chancen der Figuren“. Ursache für eine derart massive Verletzung der Nackenmuskulatur könnten aber auch die Kopfschüttelattacken sein, die ob der überfrachteten Handlung und der wenig glaubhaften Wendungen schon früh einsetzen. Spannung kommt hingegen kaum auf, da der Brandstifter schon nach wenigen Seiten entlarvt ist.



CW Niemeyer
 Buchverlage
 Hameln 2025
 416 Seiten,
 15 Euro

Nach dem tödlichen Schuss auf einen Spediteur erhält auch das Team der Koblenzer Mordkommission um Ulf Auer Unterstützung von einer jungen Kriminalbeamtin aus der Minderheit. Allein aus fachlichen Gründen. Der untersetzte Mittvierziger, der auf der Terrasse eines italienischen Restau-

rants aus großer Entfernung mit einem Präzisionsgewehr geradezu hingerichtet wurde, war nämlich ein polizeibekannter Pädophiler, der mit Videos sowie Bildern von missbrauchten Kindern handelte. Und Selma Lakatos, die auf „Sally“ besteht, hat im Sittendezernat seit Längerem gegen den Getöteten ermittelt. Für die Kollegen wird sie damit zu einem „fast unerschöpflichen Quell an Informationen“.

Fulminant startet der Kriminalroman „Recht und Gerächt“ von Dieter Aurass, der selbst 30 Jahre lang beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden im Personenschutz sowie in der Bekämpfung von Terrorismus und Spionage tätig war. Und durchaus spannend gestaltet sich zunächst auch die Suche nach dem Schützen – obwohl in Anbetracht der sehr speziellen Fähigkeiten des Mörders der Kreis der möglichen Täter sehr begrenzt bleibt. Dennoch gibt es lange keinen Verdächtigen, während sich Selbstjustiz immer deutlicher als Hintergrund herauskristallisiert.

Mit den ebenfalls recht kuriosen Wendungen und wenig plausiblen Verwicklungen verzettelt sich der Autor auf den mehr als 400 Seiten allerdings zunehmend. Und das Finale, bei dem der Todesschütze tatsächlich dingfest gemacht wird, vermag gar nicht mehr zu überzeugen.

Dass sich Sally Lakatos selbst erst als Romni, dann aber als Sinteza bezeichnet, zeigt unzureichende Recherche. Wenngleich sich Dieter Aurass zumindest bemüht, einige Informationen über die Minderheit in die Handlung einzubauen. Aber warum muss die Ermittlerin denn auch noch lesbisch sein und somit gleich zwei Minderheiten angehören? Warum muss gerade sie einen „nicht wirklich legalen Weg“ gehen, um einen Durchbruch bei der Suche nach dem Mörder zu erzielen? Und warum muss es auch noch ein – angeblich ehemals – krimineller Cousin sein, der ihr mit seinen blendenden Kontakten in die inhaftierte Unterwelt dabei weiterhelfen kann? Das sind dann doch wieder die ärgerlichen Klischees. ■

Verband Deutscher Sinti und Roma
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

„ERFOLG BLEIBT UNTRENNBAR MIT SEINEM NAMEN VERBUNDEN“

Jacques Delfeld Sr. nach 35 Jahren als Vorsitzender vom Landesverband Rheinland-Pfalz verabschiedet

Jacques Delfeld Sr. hat sein Leben der Bürgerrechtsarbeit und dem Kampf für die Gleichbehandlung der Sinti und Roma gewidmet. Seit 1988 stand er an der Spitze des Landesverbandes Rheinland-Pfalz im Verband Deutscher Sinti und Roma. In dieser Funktion hat er sich unermüdlich für die gleichberechtigte Teilhabe, den Schutz und die Förderung der Kultur der Minderheit eingesetzt. Nach 35 Jahren erfolgreicher Bürgerrechtsarbeit erklärte er im Februar 2024 seinen Rücktritt und übergab sein Amt an Christian Kling.

Die offizielle Verabschiedung von Jacques Delfeld Sr. fand dann am 14. September 2024 in Landau statt. Viele prominente Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft waren der Einladung zu der feierlichen Veranstaltung gefolgt. Dabei haben unter anderem Alexander Schweitzer, der amtierende Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, der frühere Landeschef Kurt Beck, der Vorsitzende des Zentralrats sowie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose und Mehmet Daimagüler, der Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung, Grußworte gehalten.

In seiner Rede würdigte Ministerpräsident Alexander Schweitzer die wichtige Rolle Delfelds bei der Entwicklung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband – bundesweit die erste ihrer Art. Dieses Abkommen war im Jahr 2005 vom damaligen Ministerpräsidenten Kurt Beck und Jacques Delfeld unter-

zeichnet worden. Diese Rahmenvereinbarung soll nun zu einem Vertrag weiterentwickelt werden, der die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma sowie die Bekämpfung von Antiziganismus in den Mittelpunkt stellt. „Dieser Vertrag trägt seine Handschrift“, betonte Schweitzer. Und der Ministerpräsident fügte hinzu: „Dieser Erfolg bleibt untrennbar mit seinem Namen verbunden.“ Anschließend dankte er dem 72-Jährigen für sein unermüdliches bürgerschaftliches Engagement.

„Unter seiner Führung wurde viel für unsere Minderheit erreicht“

Der neue Vorsitzende des Landesverbandes Christian Kling erklärte: „Ich bedanke mich im Namen des gesamten Vorstands und der gesamten Minderheit bei Jacques Delfeld Sr. für sein herausragendes Engagement. Unter seiner Führung wurde viel für unsere Minderheit bewegt und erreicht; der Erfolg des Verbands wird untrennbar mit seinem Namen verbunden bleiben. Darüber hinaus hat er in seinen Funktionen als Stellvertretender Vorsitzender des Dokumentations- und Kulturzentrums und des Zentralrats große Verdienste erworben. Dabei hat er nicht nur Erfolge für die Minderheit erzielt, sondern mit seiner Arbeit auch einen Beitrag zur Demokratieförderung geleistet. Es ist für uns eine Verpflichtung, unser Engagement in diesem Geist fortzusetzen.“

Jacques Delfeld Sr. verabschiedete sich selbst mit folgenden Worten: „Ich bin sehr dankbar, dass ich diese Funktionen so lange ausfüllen konnte. Im Mittelpunkt meines



Berührender Abschied nach jahrzehntelangem Engagement: Romani Rose, Kurt Beck, Jacques Delfeld Sr. und seine Ehefrau Judith, Alexander Schweitzer (dahinter), Mehmet Daimagüler, Christian Kling sowie Simone Schneider, Staatssekretärin im Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz (von links).

Wirkens standen immer die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe sowie die Bekämpfung und Überwindung des Antiziganismus. In aller Bescheidenheit darf ich wohl sagen, dass es während meiner Amtszeit gelungen ist, die Situation der in Rheinland-Pfalz lebenden Sinti und Roma zu verbessern. Gleichzeitig bin ich froh, einen Beitrag für

ein friedliches gesamtgesellschaftliches Miteinander geleistet zu haben. Auch wenn mir der Abschied nicht leicht gefallen ist, ist es doch an der Zeit, den Staffeln an eine jüngere Generation zu übergeben. Ich wünsche meinen Nachfolgern für Ihre künftige Arbeit viel Erfolg und gutes Gelingen.“ ■

Verband Deutscher Sinti und Roma
Landesverband Bayern e. V.

WIRKSAMES ANGEBOT MIT LEUCHTTURMFUNKTION

Antidiskriminierungsberatung des Landesverbands Bayern zieht nach einem Jahr positive Bilanz ihrer Arbeit

Eine landesweite Antidiskriminierungsberatung bietet der Landesverband Bayern im Verband Deutscher Sinti und Roma bereits seit Mitte 2023 an. Als Teil des Förderprogramms „respekt*land“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wird dort ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung und Stärkung der Community geleistet. Zugleich handelt es sich um das erste Projekt der Antidiskriminierungsstelle, das sich an die Minderheit richtet und damit eine Leuchtturmfunktion übernimmt.

Die Bilanz nach dem ersten Jahr unterstreicht die Bedeutung und Wirksamkeit dieses spezialisierten Angebots: Sinti und Roma sind weiterhin in vielen Lebensbereichen von Diskriminierung betroffen. Insbesondere bei der Wohnungssuche, in Bildungseinrichtungen, bei Behördenkontakten, in persönlichen Beziehungen und in der Nachbarschaft. Zudem haben Angehörige der Minderheit oft weniger Zugang zu den notwendigen Ressourcen, um sich gegen Benachteiligungen zur Wehr zu setzen.

Ein zentrales Merkmal des Angebots ist der Community-basierte Ansatz. Die Mitarbeiter*innen kommen überwiegend selbst aus der Minderheit, was einen besonders niedrigschwelligen Zugang ermöglicht und Vertrauen schafft. Dies spiegelt sich in der hohen Nachfrage wider. Der Ansatz bringt aber auch besondere Herausforderungen mit sich. Die Berater*innen sind oft selbst von antiziganistischen Diskriminierungen betroffen, was zu einer hohen emotionalen Belastung führen kann. Gleichzeitig ist gerade diese geteilte Erfahrung entscheidend für das Verständnis und Vertrauen.



Gemeinsam gegen Antiziganismus: Marcella Reinhardt, Vorstandsmitglied im Landesverband Bayern, mit Ferda Ataman, der unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung, und den Beraterinnen Michelle Berger und Johanna Wimmer (von links).

Eine besondere Sensibilität erfordert die Arbeit mit Holocaust-Überlebenden oder Menschen, die wegen des Schicksals ihrer Angehörigen bis heute unter den Folgen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik leiden. Die Beratung verfolgt hier einen trauma-sensiblen Ansatz in einem geschützten Raum. Durch den fachlichen Austausch mit anderen Antidiskriminierungsstellen und die



Kontakt zur Antidiskriminierungsberatung:

Ausbildung der Berater*innen nach den Standards des Antidiskriminierungsverbands Deutschland (advd) wird die Qualität der Arbeit kontinuierlich gesichert. Die Beratung arbeitet zudem eng mit der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) Bayern zusammen. Dadurch können Fälle systematisch dokumentiert und die strukturelle Dimension von Antiziganismus sichtbar gemacht werden. Ferner werden Workshops organisiert, es wird wichtige Sensibilisierungsarbeit geleistet und der regelmäßige Austausch mit lokalen Netzwerken und Antidiskriminierungsstrukturen gepflegt.

Ein Beispiel aus der Praxis verdeutlicht die Komplexität der Fälle: In einer Grundschule werden zwei Sinti-Kinder in der ersten Woche von einer Lehrerin systematisch ausgeschlossen. Die Kleinen werden nicht begrüßt, dürfen bei Handarbeitsprojekten nicht mitwirken, ihre Mitarbeit im Unterricht wird ignoriert. Die Kinder entwickeln daraufhin panische Angst vor der Schule und zeigen körperliche Reaktionen. Die Direktorin der Schule, an der es bereits mehrfach zu antiziganistischen Vorfällen gekommen sein soll, verweigert ein klärendes Gespräch.

Solche Fälle erfordern ein mehrstufiges Vorgehen der Beratungsstelle: Zunächst wird die Situation sorgfältig dokumentiert und analysiert. Anschließend werden mit den Betroffenen mögliche Handlungsstrategien entwickelt. Diese können von Interventionen bei der Schulleitung über das Einschalten übergeordneter Instanzen bis hin zur rechtlichen Unterstützung reichen. Dabei ist es wichtig, im engen Austausch mit der Familie das Kindeswohl besonders zu berücksichtigen und gleichzeitig Veränderungen im Umgang mit Antiziganismus in der Schule anzustoßen.

Im geschilderten Fall kommt es auf Druck der Antidiskriminierungsberatung schließlich zu einem Gespräch und zu einer Versetzung der Kinder in eine andere Klasse.

Die Beratung ist kostenlos und vertraulich. Das Angebot steht allen Ratsuchenden in Bayern zur Verfügung – auf Wunsch auch anonym. Es bezieht sich auf alle von Antiziganismus betroffenen Gruppen und Einzelpersonen im Raum Bayern – unabhängig davon, ob es sich um Angehörige der deutschen Sinti und Roma, um Roma mit Migrationsgeschichte oder um Angehörige anderer Gruppen, wie zum Beispiel der Jenischen handelt.

Die Antidiskriminierungsberatung ist erreichbar unter:

Telefon: 0911 – 47 77 32 50

E-Mail: beratung@sinti-roma-bayern.de

www.antidiskriminierungsstelle.de

Dort gelingt es der neuen Lehrkraft mit viel Empathie, das Vertrauen der Kleinen zu gewinnen und deren Ängste zu mildern. Rückblickend ist das die bessere Lösung als ein Schulwechsel mit seinen unabsehbaren Folgen. Der Klassenwechsel kann allerdings nur ein pragmatischer Kompromiss sein. Es ist wichtig, die weitere Entwicklung an der Schule zu beobachten und andere Eltern zu motivieren, ähnliche Vorfälle zu melden. Wenn die antiziganistisch handelnde Lehrkraft ihre Einstellung nicht angemessen reflektiert und die Schulleitung auch weiterhin unsensibel auf Beschwerden reagiert, wären weitere Schritte unausweichlich.

Die hohen Fallzahlen und die tief gehenden Ursachen der Diskriminierung stellen das Beratungsteam vor große Herausforderungen. Sehr anspruchsvoll ist auch die Betreuung von Menschen, die extreme Formen von Antiziganismus wie etwa gewaltsame Übergriffe erleben mussten. Das entgegengebrachte Vertrauen bestärkt das Engagement der Mitarbeiter*innen, zeigt aber auch den Bedarf an zusätzlichen Ressourcen und gesellschaftlicher Unterstützung. Eine ermutigende Entwicklung ist, dass nach Wahrnehmung der Berater*innen immer mehr Mitglieder der Community ihre Stimme in der Gesellschaft erheben und für ihre Rechte einstehen. ■

Landesverein der Sinti in Hamburg e. V.

DISKRIMINIERUNG NOCH 80 JAHRE NACH NS-VERBRECHEN ALLTÄGLICH

Zum Holocaust-Gedenktag der Sinti und Roma wird an das Schicksal der Minderheit in Hamburg erinnert



Gedenken am Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma: Doch auch 80 Jahre nach der Auflösung des Lagerabschnitts B II e in Auschwitz-Birkenau ist antiziganistische Diskriminierung immer noch Alltag.

Für die Deportationen in Gettos, Konzentrations- und Vernichtungslager im NS-besetzten östlichen Europa war der Hannoversche Bahnhof in Hamburg von 1940 bis 1945 ein

zentraler Ausgangspunkt. Von dort wurden mehr als 8000 Männer, Frauen und Kinder in den Tod geschickt. Auf dem einstigen Bahnhofsgelände erstreckt sich heute der Lohse-

park, in dem sich ein Gedenkort an die deportierten Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma befindet. Aus Anlass des Europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma haben sich dort am 2. August 2024 mehr als 100 Menschen versammelt, um an das Schicksal der Angehörigen der Minderheit zu erinnern. Organisiert wurde die Veranstaltung durch die Zusammenarbeit des Landesvereins der Sinti in Hamburg mit dem FC St. Pauli, Fanräume e. V. und dem Fanladen St. Pauli.

In ihrem Grußwort wies Viola Horváthová von der „Rom und Cinti Union“ eindringlich auf die Bedeutung dieses Gedenktages hin, der erst 2015 vom Europäischen Parlament anerkannt wurde. Sie schilderte, dass es – gerade angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung und der Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien – auch heute noch Angst unter den Sinti und Roma gibt. Ergänzt wurde ihre Rede durch Texte von Zeitzeug*innen, die das Grauen der NS-Verbrechen spürbar machten. „Daher ist es auch heute unerlässlich, dass sich jede und jeder Einzelne gegen die Diskriminierung der Minderheit einsetzt“, betonte Viola Horváthová.

Nahezu alle Sinti aus der Hansestadt wurden deportiert – die meisten nach Belzec

Anschließend beschrieb Arnold Weiß vom Landesverein der Sinti in Hamburg die Deportationen vom Hannoverschen Bahnhof. Nahezu alle Sinti aus der Hansestadt wurden deportiert, die meisten am 16. Mai 1940 nach Belzec in Polen. Dort mussten sie auf freiem Feld aussteigen und unter Bewachung selbst das Lager aufbauen, in dem sie eingesperrt wurden. Bereits in den ersten Wochen und Monaten starben viele von ihnen an Entkräftung, Hunger und verschiedenen Krankheiten, die den fürchterlichen Lebensbedingungen geschuldet waren. Diejenigen, die den ersten Winter überlebten, wurden von Belzec aus in viele weitere Konzentrationslager und Gettos verschleppt, etliche von ihnen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Dorthin wurden

auch die meisten noch in Hamburg verbliebenen Sinti im März 1943 und im April 1944 deportiert. Von denjenigen, die bis 1945 durchhalten konnten, wurden die meisten aus dem Todeslager Bergen-Belsen oder dem KZ Mittelbau-Dora in Nordhausen im Harz befreit.

Arnold Weiß betonte ebenfalls eindringlich, dass antiziganistische Diskriminierung selbst 80 Jahre nach diesen Verbrechen noch immer alltäglich sei. Der Bericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) hat 2023 bundesweit 1233 Vorfälle und Straftaten gegen Sinti und Roma erfasst – das sind doppelt so viele wie im Jahr zuvor.

Zum Abschluss der Gedenkveranstaltung begaben sich die Teilnehmer*innen zu den Gedenktafeln mit den Namen der Deportierten und Ermordeten, um dort Kränze und Blumen niederzulegen sowie der Opfer mit einer Schweigeminute zu gedenken.

Der Bahnhof selbst wurde 1955 abgerissen, es existiert nur noch ein Teil des Bahnsteigs. Der Gedenkort „denkmal Hannoverscher Bahnhof“ wurde gemeinsam mit Opferverbänden und den Behörden entwickelt und besteht aus drei Elementen: Die sogenannte Fuge zeichnet den früheren Gleisverlauf nach. Zweites Element ist der zentrale Gedenkort direkt am ehemaligen Bahnsteig 2 mit seinen Gleisen. Eine große Steinplatte erinnert dort an die Deportation. Seitlich an der Bahnsteigkante sind auf 20 Tafeln alle bekannten Namen aufgeführt – insgesamt 7 741 Namen. Die ermittelte Zahl der verschleppten Hamburger Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma liegt allerdings noch höher. Als drittes Element entsteht bis 2027 ein Dokumentationszentrum am nördlichen Rand des Lohseparks. Eine Dauerausstellung wird sich dort mit dem Schicksal der aus Norddeutschland und Hamburg deportierten Menschen beschäftigen. Bis zur Fertigstellung zeigt ein jederzeit frei zugänglicher Info-Pavillon eine kleine Präsentation. ■

Verband Deutscher Sinti und Roma e. V.
Landesverband Nordrhein-Westfalen

„GESCHICHTSBEWUSSTSEIN UND ERINNERUNGSKULTUR STÄRKEN“

Land NRW schließt Rahmenvereinbarung mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma

Die vielen Gespräche und das unermüdliche Engagement wurden von Erfolg gekrönt: Am 29. November 2024 haben das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) und der Landesverband Deutscher Sinti und Roma eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet. „Nachdem das Land in der Vergangenheit verschiedene Maßnahmen ergriffen hat, um die Teilhabechancen zu verbessern und Diskriminierung von Sinti und Roma abzubauen, war es an der Zeit, die jahrzehntelange verlässliche Zusammenarbeit mit dem Landesverband in eine formelle Rahmenvereinbarung zu überführen und ihnen so Planungssicherheit zu geben“, betonte Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, in Düsseldorf. Er hat die Übereinkunft stellvertretend erarbeitet und unterzeichnet. Roman Franz, der Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma NRW, ergänzte: „Die Unterzeichnung dieser Rahmenvereinbarung ist ein historisches Ereignis und ein bedeutender Schritt zur Förderung von Vielfalt, Gleichberechtigung sowie der Wertschätzung und Anerkennung unserer Minderheit, die seit über 600 Jahren als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Nordrhein-Westfalen beheimatet ist.“

Im März hatte der Landtag die Landesregierung damit beauftragt, die Rahmenvereinbarung mit dem Landesverband auszuhandeln. In dem entsprechenden Antrag heißt es: „Die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen erkennen an, dass es einer

strukturierten und nachhaltigen Strategie bedarf, um diese Herausforderungen effektiv anzugehen. Eine Rahmenvereinbarung mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Nordrhein-Westfalen e. V., ähnlich den Vereinbarungen in anderen Bundesländern wie Brandenburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, bietet die Möglichkeit, bestehende Initiativen zu bündeln, und erneuert das Bestreben, durch koordinierte Anstrengungen die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integration der Minderheit der Sinti und Roma in unserer Gesellschaft weiter voranzutreiben und zu stärken.“

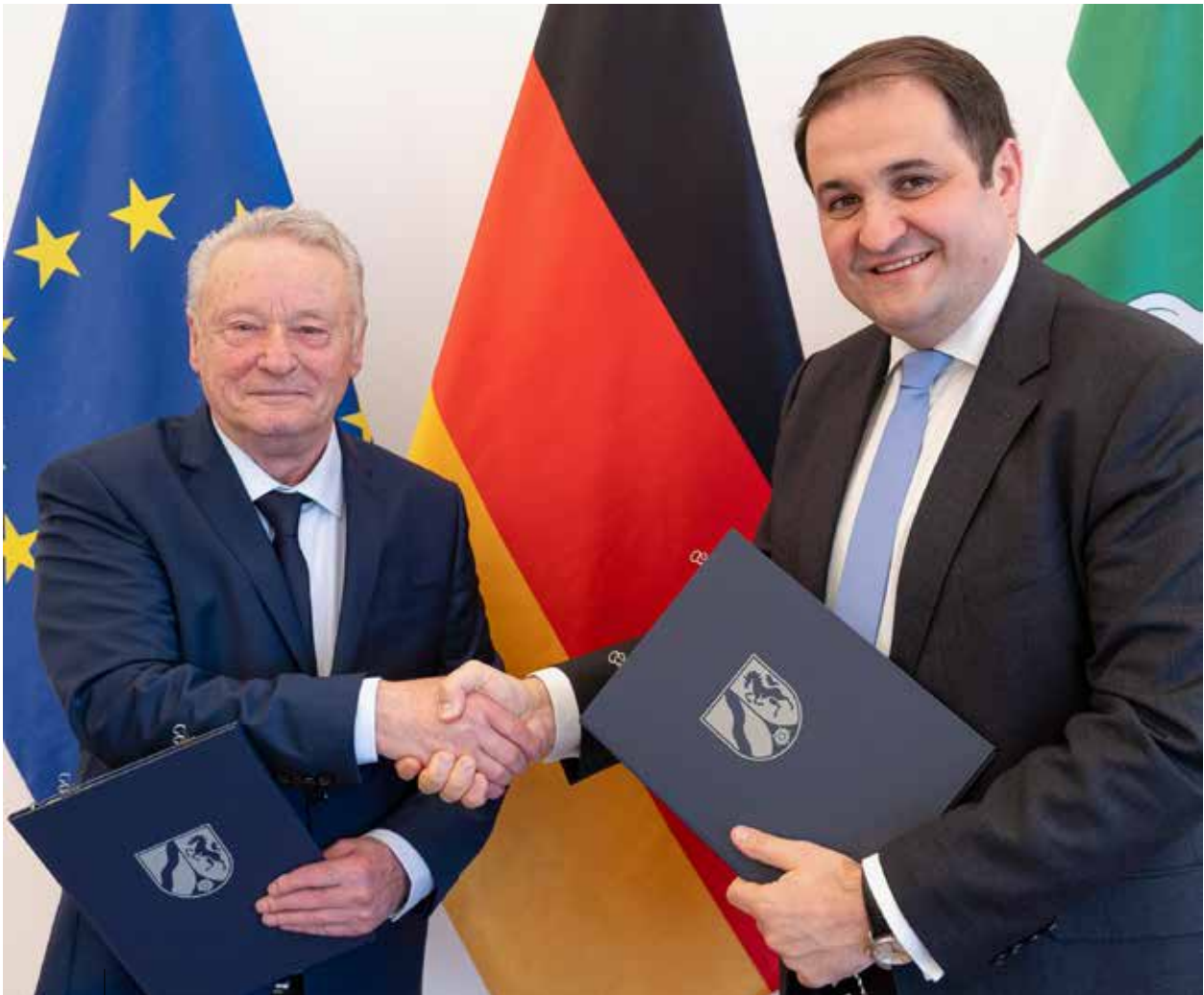
Die getroffene Übereinkunft zielt darauf ab, den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma umfassend anzuerkennen, Diskriminierung und Antiziganismus entgegenzuwirken sowie das Geschichtsbewusstsein und die Erinnerungskultur zu fördern. Zudem sollen schulische und außerschulische Bildungsangebote gestärkt und die gesellschaftliche Teilhabe der Minderheit gestärkt werden. Damit werden Anliegen umgesetzt, die der Landesverband bereits seit mehr als 30 Jahren verfolgt.

Die Geschichte der Sinti und Roma ist seit Jahrhunderten von Ausgrenzung, Diskriminierung und Vertreibung durch die Mehrheitsgesellschaft bestimmt. Unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gipfelte diese Verfolgung in der Ermordung von schätzungsweise 500.000 Sinti und Roma. Erst 1982 erfolgte unter Bundeskanzler Helmut

Schmidt die Anerkennung dieses Verbrechens als Völkermord aus „rassischen Gründen“. Im gleichen Jahr erfolgte auch die Gründung des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma NRW.

„Ich danke Ministerpräsident Hendrik Wüst sowie den Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Fraktionen, dass sie diese Vereinbarung möglich gemacht haben. Mein besonderer Dank gilt Minister Nathanael Liminski für sein persönliches Engagement“, sagte Roman Franz bei der Unterzeichnung der Übereinkunft.

Der Landesverband leiste einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag für die gleichberechtigte Teilhabe der Sinti und Roma in Politik und Gesellschaft sowie ihren Schutz und die Förderung als nationale Minderheit. Darüber hinaus sei der Landesverband eine wichtige Anlaufstelle bei der Integration von Angehörigen der Minderheit mit Zuwanderungsgeschichte oder Fluchthintergrund. Auch das Aufstellen und Erhalten von Mahnmalen zur Erinnerung an den Völkermord an Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten sei eine wichtige Aufgabe des Landesverbandes. ■



Gestärkte Zusammenarbeit: Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten (rechts), und Roman Franz, Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma NRW, freuen sich über die erzielte Rahmenvereinbarung.

Verband Deutscher Sinti und Roma
Landesverband Saarland e. V.

SAARBRÜCKEN ERINNERT AN DEPORTIERTE SINTI UND ROMA

Gedenk- und Lernort „Nachhall“ im Echelmeyerpark entsteht auf Anregung des Landesverbands

„Sie lebten in unserer Mitte“, stellt das Mahnmal „Nachhall“ in Saarbrücken unmissverständlich fest. Erinnert wird damit im Echelmeyerpark an die Deportation und Ermordung der Angehörigen der Minderheit aus dem Saarland während der Herrschaft der Nationalsozialisten. Diese „Mitte“ war die Lebensrealität, in die Sinti und Roma integriert waren und als Händler*innen, Künstler*innen und Handwerker*innen wichtige Funktionen in der Gesellschaft übernahmen.

Die Gedenkstätte befindet sich in unmittelbarer Nähe zur katholischen Kirche St. Michael und beinhaltet unterschiedliche Bildungselemente zur 600-jährigen Geschichte der Minderheit in Deutschland. Zudem umfasst sie mehrere Module der Erinnerung an den Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa. Das Areal dient als interaktiver Besinnungs- und Begegnungsort für die Gesellschaft und wird auch vom Landesverband Saarland im Verband Deutscher Sinti und Roma für pädagogische Veranstaltungen genutzt.

„Sinti und Roma waren und sind Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft. Daher ist es uns wichtig, dass dieses Mahnmal ein Ort zum Verweilen für alle Menschen ist“, betonte Diana Bastian, Vorsitzende des Landesverbandes, bei der Einweihung der Gedenkstätte mit einer ökumenischen Andacht am 24. November 2024. Der Landesverband hatte die Errichtung der Gedenkstätte angeregt; finanziell umgesetzt wurde das Projekt von der Landeshauptstadt.

Entworfen und ausgeführt hat den Gedenkort die Saarbrücker Bildhauerin und Klangkünstlerin Frauke Eckhardt.

Oberbürgermeister Uwe Conradt betonte: „Mit dem neuen Mahnmal wollen wir die Geschichte der Sinti und Roma sichtbar machen und Besucherinnen und Besuchern einen besonderen Ort bieten, um sich zu informieren und den Schicksalen der Menschen nachzuspüren, die unter der Terrorherrschaft des Nazi-Regimes unvorstellbares Leid erfahren haben. Das Mahnmal ist als Ort der Erinnerung, Begegnung und Bildung gedacht.“

Gestaltung mit der gefassten Leere symbolisiert den erlittenen Verlust

Der Gedenkort besteht aus verschiedenen Elementen und Medien, die, alle auf die gemeinsame Mitte verweisend, eine imaginäre Leere umrunden. Zentral auf einem kreisförmigen Platz befindet sich das skulpturale, interaktive Mahnmal. Drei radial geformte Segmente aus Bronze in verschiedenen Größen umfassen das Zentrum. Die Gestaltung mit der gefassten Leere symbolisiert den erlittenen Verlust – den Verlust von geliebten Menschen, ihrer Stimmen und der gemeinschaftlich gelebten kulturellen Identität. Die Leere steht für verlorene Leben und Träume, aber auch für Wissen und Identität. Auf dem Boden zwischen den Bronzesegmenten befinden sich drei QR-Codes, über die mit dem Smartphone „klangliche Fragmente der Sinti und Roma“ abgerufen werden können.



Interaktives Mahnmahl: Der Gedenkort besteht aus verschiedenen Elementen und Medien, die, alle auf die gemeinsame Mitte verweisend, eine imaginäre Leere umrunden.

Das Schicksal der saarländischen Sinti und Roma ist bis heute kaum erforscht. Daran erinnerte auch Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, in seiner Ansprache und rief dazu auf, sich weiter mit der Geschichte auseinanderzusetzen.

Der Standort des Mahnmahls ist nicht zufällig gewählt. Denn in der Kirche St. Michael wirkte der Pfarrer Arnold Fortuin von 1927 bis 1933 als Kaplan. Er erlangte später bundesweite Bekanntheit als Seelsorger der Sinti und Roma.

Arnold Fortuin betreute in der Saarbrücker Gemeinde Familien der Minderheit und gründete im Pfarrhaus 1932 für deren Kinder im Verborgenen eine Schule, gemeinsam mit Franz Lehmann, genannt Kimeling, einem befreundeten Sinto. Zur Zeit des Nationalsozialismus wandten sich viele von Verfolgung und Ermordung bedrohte Sinti und Roma an Fortuin, um Hilfe bei der Flucht ins Ausland zu erhalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützte der Pfarrer die Entschädigung der Sinti und Roma, und 1965 wurde er von der Deutschen Bischofskonferenz zum Nationaldirektor der Katholischen Seelsorge für Roma und Sinti berufen. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Tod 1970 inne. ■

Verband Deutscher Sinti und Roma
Landesverband Schleswig-Holstein e. V.

PROBLEM DES ANTIZIGANISMUS SICHTBARER MACHEN

Landesverband Schleswig-Holstein und Türkische
Gemeinde gründen Melde- und Informationsstelle



Mit Herz, Haltung und Erfahrung: Dr. Cebel Küçükcaraca, Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in SH, (links), und Rolf-Ulrich Schlotter, Vorstand im Landesverband Schleswig-Holstein, kämpfen gemeinsam mit der MIA SH gegen Antiziganismus.

Vorurteile, Hass und stereotype Zuschreibungen gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen sind in unserer Gesellschaft leider wieder salonfähig. Um dieser Situation aktiv und entschlossen entgegenzuwirken, haben der Landesverband Schleswig-Holstein im Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. und die Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. im Jahr 2024 gemeinsam die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Schleswig-Holstein (MIA SH) gegründet. Dort sollen antiziganistische Vorfälle erfasst, dokumentiert und ausgewertet werden, um dadurch Diskriminierung im nördlichsten Bundesland sichtbar zu machen und wirksamer zu bekämpfen. Seit Juni ist die MIA SH mit zwei Teilzeitstellen besetzt.

Die Notwendigkeit dieser Institution hatte sich bereits wenige Tage vor der offiziellen Eröffnung gezeigt. Denn Ende Mai wurde an der Freien Waldorfschule in Flensburg das Mahnmal für die deportierten und ermordeten Sinti und Roma geschändet. Mit brachialer Gewalt war die Gedenkstele aus ihrer Verankerung gerissen worden. Der Landesverband und die MIA SH haben die Schule nach dieser Straftat unterstützt, bei der Aufarbeitung des Vorfalls geholfen und diese thematisch begleitet, bis der Gedenkort Ende September wieder eingeweiht werden konnte.

Ferner hat sich die neu gegründete Meldestelle vielfältig vernetzt. So nahmen ihre Mitarbeiter*innen am Jahrestreffen des Kompetenznetzwerkes Antiziganismus, dem Jahreskongress der MIA-Bund sowie der Jahrestagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen teil. Bei Letzterer stellte die MIA SH ihre Arbeit im Rahmen eines Workshops vor und machte darauf aufmerksam, dass die Meldung von antiziganistischen Vor-

fällen ein wichtiges Instrument sei, um das Ausmaß dieses Problems statistisch belegen zu können. Auf der Grundlage der ermittelten Zahlen sollen die politisch Verantwortlichen dazu gebracht werden, sich der Ursachen von Antiziganismus anzunehmen.

Auf der Landesdemokratiekonferenz des Innenministeriums Schleswig-Holstein Anfang Oktober in Neumünster konnte sich die MIA SH ebenfalls mit anderen Organisationen vernetzen. Dabei arbeiteten der Landesverband und die Türkische Gemeinde eng mit den benachbarten Ständen zusammen. Außerdem tauschten sich die Meldestelle und der Landesverband bei einer Podiumsdiskussion mit der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) zur Sichtbarkeit von Communities aus.

Die Meldestelle und der Landesverband führen laufend Gespräche mit staatlichen Institutionen, um Antiziganismus zu bekämpfen. Insbesondere sind in diesem Zusammenhang die Kontakte innerhalb des Sinti und Roma Gremiums des Landtags sowie mit der Generalstaatsanwaltschaft Schleswig hervorzuheben.

Die Kooperation zwischen dem Landesverband und der Türkischen Gemeinde fußt auch auf früheren erfolgreichen Projekten. Darüber hinaus sind in der Türkischen Gemeinde sprachliche Kompetenzen vorhanden, um etwa Türkisch-sprechende allochthone Roma zu erreichen. Die MIA-Bund hat im Jahr 2023 insgesamt 1233 antiziganistische Vorfälle registriert. Die MIA SH rechnet für 2024 mit rund 100 bis 150 Meldungen. ■

Regionalverband Deutscher Sinti und Roma
Schwaben e.V.

BEWUSSTSEIN ÜBER GESCHICHTE DER SINTI UND ROMA STÄRKEN

Regionalverband Schwaben und Bezirk
Bayerisch-Schwaben schließen Kooperationsvereinbarung

In Bayerisch-Schwaben, der Region rund um Augsburg, blicken Sinti und Roma auf eine jahrhundertelange Geschichte zurück. Darüber ist in der Bevölkerung aber noch immer wenig bekannt. Dem soll eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Regionalverband Deutscher Sinti und Roma Schwaben e.V. und dem Bezirk Bayerisch-Schwaben entgegenwirken, die am 27. August 2024 die Verbandsvorsitzende Marcella Reinhardt und Bezirkstagspräsident Martin Säiler unterzeichnet haben.

Für die Umsetzung der „Daueraufgabe“ soll maßgeblich die Bezirksheimatpflege um Christoph Lang und sein Team sorgen. „Für Sinti und Roma ist es ein wichtiges Zeichen, dass unsere Geschichte gesehen und anerkannt und dass der Antiziganismus als ein bedeutendes Thema in der Region nicht länger ignoriert wird“, betonte Marcella Reinhardt anlässlich der Vereinbarung.

Die Bezirksheimatpflege übernimmt generell Beratungen in historischen, gestalterischen und kulturellen Fragen und unterstützt die Regional- und Ortsgeschichtsforschung. In diesem Rahmen wird für Bezirksheimatpfleger Christoph Lang nun die Dokumentation der Lebenswelt der Sinti und Roma in Schwaben vom 15. Jahrhundert bis heute sowie

die wissenschaftliche Aufarbeitung der Verfolgung und Ermordung in der NS-Zeit eine wichtige Tätigkeit sein.

Durch eine neu zu konzipierende Ausstellung soll das Thema einer breiten Öffentlichkeit lebendig und informativ nähergebracht werden. Im Mittelpunkt steht dabei nicht nur der Holocaust an der Minderheit, an den auch eine Gedenktafel auf dem Augsburger Nordfriedhof erinnert. Vielmehr richtet sich der Blick ebenso auf das Alltagsleben in der Bundesrepublik und auf historische Zeugnisse des Zusammenlebens über die Jahrhunderte hinweg.

„Diese Ausstellung ist auch ein wichtiger Schritt in die Zukunft – denn der Kampf gegen Antiziganismus und die notwendige Aufklärungsarbeit über Diskriminierung und Vorurteile gegenüber Sinti und Roma wird in den kommenden Jahren einen immer zentraleren Platz in unserer Gesellschaft einnehmen“, sagte Marcella Reinhardt. Und sie fügte hinzu: „Besonders die wissenschaftliche Volontärin Eva Dieckmann hat mit ihrem Engagement und Wissen maßgeblich zur wissenschaftlichen Aufarbeitung beigetragen, und den Mitarbeiter*innen der Bezirksheimatpflege sind wir sehr dankbar für die Unterstützung.“ ■



Bezirkstagspräsident Martin Sailer und Marcella Reinhardt, Vorsitzende des Regionalverbands Deutscher Sinti und Roma Schwaben e. V., unterschreiben im Beisein der Wissenschaftlichen Volontärin Eva Dieckmann und des Bezirksheimatpflegers Christoph Lang die Kooperationsvereinbarung (von links).



FRANZ MICHALSKI

Die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen war für Franz Michalski stets von großer Bedeutung. Denn gerade dort führte er unzählige Gespräche als Zeitzeuge. Selbst nach einem Schlaganfall nutzte er weiterhin jede Gelegenheit, um über die Verfolgung seiner Familie während der NS-Diktatur zu berichten. Am 25. Dezember 2023 ist der Holocaust-Überlebende im Alter von 89 Jahren in Berlin verstorben.

Er wurde am 17. Oktober 1934 als Sohn eines katholischen Vaters und einer jüdischen Mutter in Breslau geboren. An seinem zehnten Geburtstag konnte die Mutter mit den beiden Söhnen fliehen und untertauchen, weil ein Polizist sie rechtzeitig vor der Festnahme gewarnt hatte. Die Befreiung erlebte die Familie auf der Flucht in Herrnskretsch, dem heutigen Hřensko in Tschechien. Davon hat Franz Michalski in seinem Buch „Als die Gestapo an der Haustür klingelte“ erzählt.

Seit seinem Ruhestand reiste Franz Michalski durch ganz Deutschland, um mit seiner gefühlvollen Art in Schulen und auf Tagungen über das Grauen der NS-Herrschaft aufzuklären. Seine Ehefrau Petra, die ihm aufgrund seiner gesundheitlichen Probleme seit dem Jahr 2010 ihre Stimme lieh, war dabei stets an seiner Seite. Im September 2023 wurden die beiden Zeitzeug*innen für ihr Lebenswerk mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Dem Ehepaar war es bei seinen Erzählungen immer wichtig, auch von denjenigen zu berichten, die sie als „stille Helden“ bezeichnen. Von Menschen, die nicht weggeschaut, sondern geholfen haben. Verbunden mit dem Appell, gerade in der heutigen Zeit besonders wachsam zu sein und jeder Art von Diskriminierung und Rassismus entschieden entgegenzutreten.

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, würdigte den Holocaust-Überlebenden mit folgenden Worten: „Gemeinsam mit seiner Frau Petra war Franz Michalski der Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma seit Jahren eng verbunden. Die leidvolle Verbundenheit durch die gemeinsame Geschichte unserer Minderheiten hat Franz Michalski immer betont. Für viele von uns war es stets eine besondere Freude, Franz und Petra Michalski bei uns begrüßen zu dürfen.“

Noch im Oktober 2023 nahm Franz Michalski an der Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma in Erinnerung an Oskar und Vinzenz Rose teil. „Es gab nur wenige Veranstaltungen des Zentralrats, an denen das Ehepaar Michalski nicht teilnehmen konnte, und sie haben durch ihr Kommen immer wieder das große Interesse an unserer Arbeit zum Ausdruck gebracht“, so Romani Rose. ■

SONJA ROSE

Die Holocaust-Überlebende Sonja Rose ist im Alter von 89 Jahren am 23. Februar 2024 in Frankfurt am Main verstorben. Sie wurde 1934 in Heidelberg als Sonja Birkenfelder geboren. Dort lebte die Familie bis 1936 in der Altstadt. Dann entzogen die Behörden den Eltern Heinrich und Amalie Birkenfelder systematisch die Lebensgrundlage, indem ihnen – wie vielen anderen Sinti-Familien auch – die Wander-gewerbescheine nicht verlängert wurden. Deshalb siedelten sie nach Ludwigshafen um, wo der Vater als Heizer im I. G.-Farben-Werk (BASF) arbeitete. Am 16. Mai 1940 wurden das Ehepaar Birkenfelder und seine vier Kinder völlig unvorbereitet verhaftet und in die Festung Hohenasperg gebracht. Von diesem Sammellort aus deportierten die Nationalsozialisten vier Tage später rund 500 Sinti und Roma aus Süd-deutschland in das besetzte Polen.

Sonja Birkenfelder und ihre Familie kamen zunächst ins Getto Radom, bevor eine wahre Odyssee durch verschiedene weitere Gettos und Lager begann. Der Vater musste als Transportfahrer für die SS Zwangsarbeit leisten; es gelang ihm allerdings, unbeobachtet Nahrungsmittel zu beschaffen. Dennoch verhungerte die kleinste Tochter, die nach der Deportation im Getto geboren worden war. Auch andere Verwandte überlebten die Verfolgung nicht. 1944 gelang der Familie schließlich die Flucht, als die Bewacher angesichts der herannahenden Roten Armee ihre Posten aufgaben. Unbemerkt kehrten die Birkenfelders



mit Flüchtlingen aus dem Osten nach Heidelberg zurück. Bis Kriegsende konnte sie sich dort verstecken. Doch die Diskriminierung und Ausgrenzung der Minderheit ging auch nach 1945 weiter. Ein Lehrer weigerte sich sogar, Sinti-Kinder in seiner Klasse zu unterrichten. Aufgrund ihrer Verfolgung erlitten Sonja Birkenfelder, ihre Eltern und auch ihr späterer Ehemann Hans Rose, der das KZ Mauthausen überlebt hatte, schwere körperliche und seelische Verletzungen. Nach der Hochzeit lebte das Ehepaar Rose in Frankfurt; dort wurden ihre beiden Söhne geboren. Sonja Rose freute sich später auch über sechs Enkel und sieben Urenkel. Sie war sehr musikalisch und liebte es zu singen. Gemeinsam mit ihrer Schwester Senta trat sie häufig bei Familienfeiern auf.

Romani Rose würdigte den Einsatz der Verstorbenen in der Erinnerungsarbeit: „Sonja Rose setzte sich vor allem in Frankfurt, wo sie ihren Lebensmittelpunkt hatte, für die Aufklärung über die Verfolgung unserer Minderheit ein. Besonders wichtig war für sie zu vermitteln, dass junge Menschen keine Schuld für die Vergangenheit tragen, sich aber frühzeitig gegen die Angriffe von Nationalisten und Rechtsextremisten auf Demokratie und Rechtsstaat wehrhaft zeigen müssen. Sie engagierte sich außerdem in der Bürgerrechtsarbeit und nahm seit Mitte der 1980er-Jahre, bis es ihre Gesundheit nicht mehr zuließ, an den Gedenkveranstaltungen des Zentralrats in Auschwitz teil.“ ■

ELISABETH GUTTENBERGER

„Man kann Auschwitz mit nichts vergleichen“, hat Elisabeth Guttenberger in Gesprächen immer wieder betont. Und hinzugefügt: „Wenn man sagt: ‚die Hölle von Auschwitz‘, so ist das keine Übertreibung.“ Als junges Mädchen wurde die Sinteza mit ihrer Familie an diesen Schreckensort verschleppt; dort ermordeten die NS-Schergen ihre Eltern und Geschwister. Über die Gewaltorgien der Täter*innen berichtete sie später als Zeugin im Frankfurter Auschwitz-Prozess und ihr Leben lang hat sie sich dafür engagiert, dass die Leidensgeschichte der Sinti und Roma niemals vergessen wird. Im Alter von 98 Jahren ist Elisabeth Guttenberger am 25. März 2024 verstorben.

Geboren am 6. Februar 1926 als Elisabeth Schneck in Stuttgart, erlebte sie mit ihren vier Geschwistern eine behütete Kindheit. Der Vater handelte mit Antiquitäten und Streichinstrumenten. 1936 entschloss sich die Familie zum Umzug nach München. Von dort aus wurde sie im März 1943 ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Zunächst musste Elisabeth Guttenberger Zwangsarbeit beim Bau der Lagerstraße leisten. Ihr Überleben aber verdankte sie schließlich ihrer schönen Schrift: Ab September 1943 wurde sie nämlich als Häftlingsschreiberin eingesetzt und musste Todesdaten der Opfer in das „Hauptbuch“ für Männer im Lagerabschnitt B II e eintragen. Darunter auch schon nach wenigen Tagen den Tod ihres Vaters sowie danach den weiterer Angehöriger. Diese Register haben überdauert und sind Zeugnisse des tausendfachen Mordes an der Minderheit.



Vor der Auflösung des Familienlagers und der Ermordung der letzten dort verbliebenen Sinti, Roma und Jenischen in der Nacht zum 2. August 1944 wurde die Sinteza nach Ravensbrück und anschließend in das Flossenbürger Außenlager Graslitz transportiert. Auf dem Todesmarsch in Richtung Marienbad befreiten US-amerikanische Truppen Elisabeth Guttenberger Ende April 1945. Mehr als 30 ihrer Verwandten aber sind ermordet worden. Unter diesen Verlusten sowie ihren schrecklichen Erlebnissen litt sie bis ins hohe Alter.

Als Zeitzeugin berichtete Elisabeth Guttenberger immer wieder an Gedenktagen vom Schicksal ihrer Familie wie der Sinti und Roma. Dabei machte sie deutlich, dass Ausgrenzung und Diskriminierung der Minderheit auch nach 1945 weitergingen.

In ihrer beeindruckenden Rede zur Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma am 16. März 1997 betonte sie: „Über 50 Jahre nach der Befreiung müssen wir heute wieder miterleben, wie in unserer Gesellschaft Vorurteile und Gewalt anwachsen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es der beste Schutz gegen Rassismus ist, wenn junge Menschen, die den Nationalsozialismus selbst nicht miterlebt haben, aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen. Hierzu kann die Ausstellung, die wir heute eröffnen, einen wichtigen Beitrag leisten.“ ■

ILSE JOHANNA CHRISTIANSEN



Stark, mitreißend, optimistisch, herzlich: So wird Ilse Johanna Christiansen politischen Weggefähr*innen und Mitstreiter*innen in Erinnerung bleiben. Die langjährige Präsidentin des Friesenrates Sektion Nord ist am 15. Mai 2024 plötzlich und unerwartet im Alter von 70 Jahren gestorben.

Ilse Johanna Christiansen war nicht nur eine leidenschaftliche Verfechterin der Anliegen der Friesen, sondern setzte sich gleichermaßen für eine zukunftsweisende Minderheitenpolitik in Deutschland und Europa ein, die Vielfalt als Stärke begreift. Die Zusammenarbeit mit anderen Minderheiten war ihr dabei immer ein besonderes Anliegen.

Ihr großes Engagement spiegelt sich auch in den zahlreichen Ämtern wider, die sie im Lauf der Jahrzehnte innehatte. Neben ihrer Tätigkeit als Präsidentin des Friesenrates Nord war sie Vorsitzende des Interfriesischen Rates, Vizevorsitzende der Friesischen Vereinigung und Mitglied im Minderheitenrat der vier anerkannten Minderheiten Deutschlands. Auch in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) wurde Ilse Johanna Christiansen als beharrliche Mitstreiterin und kreative Ideengeberin sehr geschätzt. Ihre wichtigste Aufgabe sah sie jedoch immer darin, Menschen miteinander zu verbinden.

„Ilse Johanna Christiansen war eine engagierte Streiterin nicht nur für die Friesen, sondern auch für die Rechte der anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland“, würdigte Romani Rose die Verstorbene. „Der Zentralrat hat mit ihr im Minderheitenrat eng und gut zusammengearbeitet, und sie war eine wichtige Persönlichkeit für die Bewusstseinsbildung, dass Minderheiten bedeutende kulturelle Beiträge in unserem Land leisten.“ Ilse Johanna Christiansen habe durch ihr Engagement viel erreicht und sich besonders um die Gleichstellung der Minderheiten in Deutschland verdient gemacht, so der Vorsitzende des Zentralrates sowie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma.

Auch Matthäus Weiß, Vorsitzender des Landesverbands Schleswig-Holstein Deutscher Sinti und Roma, betonte die langjährige und wertschätzende Zusammenarbeit mit Ilse Johanna Christiansen: „Ich bin fassungslos und kann meine Trauer kaum in Worte fassen. Der gemeinsame Weg mit einer Frau, die sich in die Welt aller Menschen hineinversetzen konnte, endete unerwartet. Ein furchtbarer Verlust. Gott hab Johanna selig.“ ■

MIRANO CAVALJETI-RICHTER

Musik war sein Leben. Wenn Mirano Cavaljeti-Richter von seinen Rollen in Opern und Operetten erzählte, summte er oft ganz leise eine der geliebten Melodien oder stimmte gar eine Arie an. Dabei strahlte er voller Glück, selbst als seine schwere Krankheit ihm längst die Kraft geraubt hatte. Am 17. August 2024 ist der Sinto nach einem erfüllten Leben im Alter von 91 Jahren verstorben.

Einen seiner letzten umjubelten Auftritte hatte der Tenor im Januar 2023 in Heidelberg. Dabei stellte er mit der Historikerin Annette Leo im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma seine Lebenserinnerungen vor, die unter dem Titel „Auf der Flucht über den Balkan“ im Jahr zuvor erschienen waren.

Mirano Cavaljeti-Richter hat als Kind den Holocaust an den Sinti und Roma überlebt und große Not ertragen müssen. Deshalb empfand er es als seine Pflicht, über die Flucht seiner Familie und sein Schicksal zu sprechen. Auch, um immer wieder auf die Gefahren von Faschismus, Rassismus und Antiziganismus aufmerksam zu machen. Gewarnt von einem Lehrer und im Angesicht beginnender Deportationen von Angehörigen, brach die Familie 1939 aus dem thüringischen Hinternah zunächst nach Bayern und Österreich auf. Von dort gelang den Eltern trotz ungültiger – da abgelaufener Pässe – der Grenzübertritt nach Italien. Auch hier begegnete ihnen als Sinti die zunehmend um sich greifende Rassenideologie. In Kroatien, Bulgarien und Serbien erlebten sie zudem Gewalt durch Polizeibeamte und Partisanen. Während die engsten Angehörigen von Mirano Cavaljeti-Richter den Holocaust überlebten, wurden sechs Familienmitglieder von den NS-Schergen ermordet.



Nach Ende des Zweiten Weltkriegs absolvierte Mirano Cavaljeti-Richter eine klassische Gesangsausbildung am Städtischen Konservatorium in Nürnberg. Seine Jahrzehnte umspannende internationale Karriere führte ihn als Star zahlreicher Opern und Operetten auf Hunderte Bühnen in ganz Europa, darunter das Münchner Hoftheater und das Salzburger Landestheater. Trotz erschütternder Kindheitserfahrungen und der Traumata durch die NS-Verfolgung gelang es ihm, das Leben wohlwollend und mit Heiterkeit zu betrachten. Bis ins hohe Alter berichtete er als Zeitzeuge von seinen Erfahrungen, um das Bewusstsein für den Holocaust an Sinti und Roma zu schärfen. Sein Credo lautete dabei: „Man kann vergeben, aber vergessen darf man nie.“

„Der Holocaust an Sinti und Roma ist immer noch zu wenig sichtbar und es wird viel zu wenig daran erinnert“, betonte er in einem ausführlichen, unvergänglichen Interview mit Mitarbeitenden des Sammlungsprojekts „Das vergessene Gedächtnis“. Dieses Projekt für den Aufbau einer musealen Sammlung am Dokumentationszentrum hat der Sinto aktiv unterstützt und dazu bemerkenswerte Objekte wie seinen maßgeschneiderten Bühnenfrack und zahlreiche Fotos beigesteuert. Diese werden auch künftige Generationen an sein Schicksal und seine außerordentlichen Erfolge erinnern. ■

ALBERT WOLF



„Mit Albert Wolf verlieren wir eine engagierte Stimme im Kampf für die Bürgerrechte der deutschen Sinti und Roma und gegen das Vergessen.“ Mit diesen Worten würdigte Erich Schneeberger, der Vorsitzende des Landesverbands Bayern im Verband Deutscher Sinti und Roma, seinen Stellvertreter, der auch Gründungsmitglied des Vereins war. Albert Wolf verstarb am 24. Oktober 2024 im Alter von 90 Jahren nach langer Krankheit in Augsburg.

Geboren wurde der Sinto am 8. März 1934 in Graz. Seine Kindheit endete brutal durch die Schrecken des Nationalsozialismus: 1939 wurde seine Familie in das Zwangsarbeitslager Salzburg-Maxglan verschleppt. Dort musste er bis Kriegsende unter menschenunwürdigen Bedingungen leben und Sklavenarbeit leisten. Der Verlust seiner Schwester Aloisia, die in Auschwitz-Birkenau ermordet wurde, prägte sein späteres unermüdliches Engagement für die Erinnerungsarbeit.

Nach Kriegsende baute sich Albert Wolf trotz der erlittenen Entbehrungen eine neue Existenz auf und wurde in Osterhofen zum erfolgreichen Textilkaufmann. Ehrenamtlich setzte er sich zeitlebens dafür ein, Kultur, Sprache und Traditionen der deutschen Sinti an künftige Generationen weiterzugeben. Seine Teilnahme an zahlreichen Gedenkveranstaltungen, seine Auftritte im Europaparlament und bei den Vereinten Nationen sowie sein Engagement in der Jugendarbeit zeugen von seinem unermüdlichen Ein-

satz für Versöhnung und Verständigung. Für seine außerordentlichen Verdienste wurde Albert Wolf im Jahr 2022 mit dem Bayerischen Verfassungsorden ausgezeichnet. Neben seinem politischen Engagement setzte er sich auch im Sport ein, wo er 15 Jahre lang als Trainer und Manager im Billardclub Osterhofen wirkte und sich besonders der Förderung junger Menschen widmete.

Der Vorsitzende des bayerischen Landesverbands Erich Schneeberger betonte: „Mit Albert Wolf verlieren die bayerischen Sinti und Roma einen der letzten Zeitzeugen des nationalsozialistischen Völkermords an unseren Menschen und einen bedeutenden Kulturträger. Sein Tod ist für uns ein unermesslicher Verlust. Albert Wolfs Vermächtnis bleibt für uns Verpflichtung und Inspiration zugleich. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und allen Angehörigen.“

Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats sowie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, hob insbesondere die Verdienste von Albert Wolf für Verständigung und Versöhnung hervor: „Dies hat Albert Wolf immer in den Vordergrund gestellt, wenn er als Zeitzeuge Schulen und andere öffentliche Einrichtungen besucht hat. Für ihn hat Erinnerung immer bedeutet, Demokratie und Rechtsstaat zu stärken. Der Zentralrat trauert um eine Persönlichkeit, die in der Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma Großes geleistet hat.“ ■

WILHELM SOLMS



Der emeritierte Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Wilhelm Solms ist am 26. November 2024 im Alter von 87 Jahren in München verstorben. Wilhelm Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich – so sein vollständiger Name – war langjähriges Mitglied im Kuratorium des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, das ihm viel zu verdanken hat.

Romani Rose, der Vorsitzende der wissenschaftlichen Einrichtung, würdigte den Verstorbenen mit folgenden Worten: „Als eine Persönlichkeit, die unserem Haus bis zu seinem Tod verbunden war, hat Wilhelm Solms sich große Verdienste um das Bewusstsein für den Antiziganismus, der auch die Grundlage des Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa war, erworben. Er hat in ganz Deutschland eine Vorbildfunktion, da er die Antiziganismusforschung an den Universitäten etabliert hat. Von dieser wissenschaftlichen Forschung hat auch das Dokumentationszentrum außerordentlich profitiert.“

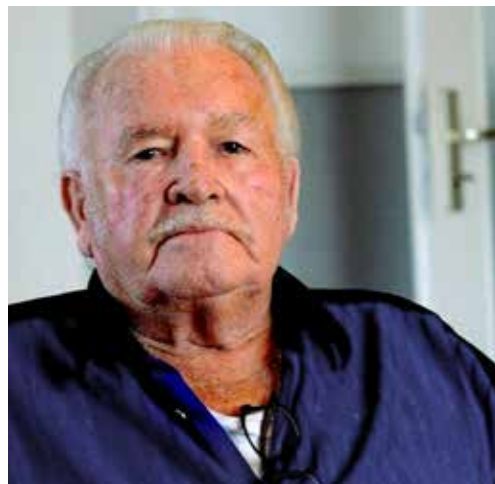
Studierte hatte Wilhelm Solms Germanistik und Musikwissenschaft in München und Wien. Von 1977 bis 2001 war er als Professor für Kommunikationswissenschaften und Mediendidaktik an der Philipps-Universität Marburg tätig – nahe seiner mittelhessischen Geburtsstadt Lich. Dort wurde er auch 2001 in den Ruhestand verabschiedet.

Gastdozenturen führten ihn 2004 und 2006 unter anderem an die Staatliche Universität Jerewan in Armenien.

Solms war Gründungsmitglied der Gesellschaft für Antiziganismusforschung und mehr als 16 Jahre lang deren Vorsitzender. Seine Forschungsschwerpunkte umfassten die sogenannten „Zigeunerbilder“ in der deutschen Literaturgeschichte, insbesondere bei bekannten Dichtern im 19. Jahrhundert. Diesen Klischees stellte er immer wieder auch Selbstzeugnisse der Minderheit gegenüber. Damit habe er wichtige Aufklärung geleistet, wie antiziganistische Stereotype sich entwickelten und verfestigten, so Rose. Für die Minderheit sei er Ansprechpartner und Verbündeter gewesen. Im Jahr 2016 wurde er für seine Leistungen in der Antiziganismusforschung und seinen Einsatz für Sinti und Roma auf Vorschlag des Dokumentationszentrums mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Romani Rose betonte: „Wilhelm Solms war eine Persönlichkeit, die in der Wissenschaft immer dafür eingetreten ist, dass durch den Holocaust an den Sinti und Roma die gleiche Verantwortung für die Minderheit erwächst, wie aus der Schoa für jüdische Menschen. Das hat mich auch persönlich sehr gestärkt.“ ■

STEFAN KÖCHER



Er war der letzte Zeitzeuge der sogenannten „Maid deportationen“ in Worms und engagierte sich bis ins hohe Alter für die Aufklärung über den Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im von den Nationalsozialisten besetzten Europa: Im Alter von 88 Jahren ist Stefan Köcher am 8. Dezember 2024 verstorben.

„Sein Leben und seine Erfahrungen werden in der Erinnerung derjenigen weiterleben, die das Privileg hatten, ihn zu kennen und von ihm zu lernen.“ Mit diesen Worten würdigte Christian Kling, der Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz im Verband Deutscher Sinti und Roma, den Holocaust-Überlebenden

Stefan „Männi“ Köcher wurde am 31. Mai 1936 in Worms geboren. Als die Polizei ihn, seine Familie und andere Wormser Sinti am 16. Mai 1940 festnahm und ins „Sammellager“ am Hohenasperg bei Ludwigsburg verschleppte war er noch keine vier Jahre alt. Als sich herausstellte, dass seine Mutter keine Sinteza war und nicht unter die „Rassegesetze“ der Nationalsozialisten fiel, wurde die Familie wieder nach Worms zurückgebracht. Später war der Junge jedoch noch für mehrere Wochen im KZ Buchenwald interniert. Erst nachdem ihn sein Stiefvater adoptiert hatte, konnte er wieder in seine Heimat zurückkehren.

Das unvorstellbare Leid im Durchgangslager Hohenasperg und im KZ Buchenwald sowie die Nachkriegsjahre in Worms haben Stefan Köcher tief geprägt. „Ich habe viel mitgemacht und viel gesehen“, erklärte er in einem der unzähligen Gespräche, die er mit anderen Menschen führte. Auch in der Schule, die er nur kurz besuchen konnte, erlebte er unverhohlenen Antiziganismus. Das Lesen und Schreiben hat er sich selbst beigebracht.

Stefan Köcher, der sein Leben lang mit Diskriminierung konfrontiert war, setzte sich unerschütterlich und unerschrocken gegen Antiziganismus und jegliche Form von Rassismus ein. Er engagierte sich stark für die Erinnerungskultur in Worms und besuchte als Zeitzeuge stets die Gedenkveranstaltungen anlässlich des 16. Mai. Als langjähriger Fußballschiedsrichter kam er zudem regelmäßig mit vielen Menschen zusammen und nutzte jede Gelegenheit für den Dialog.

„Stefan Köcher war und bleibt durch seine beeindruckende Persönlichkeit Vorbild für unsere Jugend und unsere Kultur. Ich bedauere zutiefst, dass mit jedem Tod eines unserer älteren Menschen eine weitere wichtige Persönlichkeit unter den Sinti fehlt“, betonte Christian Kling. ■

Bildnachweise

- 3 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
4 © picture alliance / SZ Photo | Rolf Zöllner
6 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
7 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
8 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
10 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
12 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jaroslaw Praszkiwicz
13 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkiwicz
16 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkiwicz
16 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkiwicz
18 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Łukasz Gagulski
18 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkiwicz
18 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Bernd Bundschu
21 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Łukasz Gagulski
22 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Łukasz Gagulski
22 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkiwicz
24 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jaroslaw Praszkiwicz
26 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Łukasz Gagulski
28 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Łukasz Gagulski
28 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Jarek Praszkiwicz
30 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
32 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
33 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
34 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
36 © Stiftung Topographie des Terrors / Jürgen Kramer
37 © Stiftung Topographie des Terrors / Jürgen Kramer
38 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Bernd Bundschu
39 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Bernd Bundschu
40 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Bernd Bundschu
42 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
43 © Amaro Foro e. V.
44 © Florian Gaertner / BMFSFJ / photothek.de
46 © Florian Gaertner / BMFSFJ / photothek.de
47 © Thomas Koehler / BMFSFJ / photothek.de
48 © Florian Gaertner / BMFSFJ / photothek.de
51 © Annika Fuhrmann
52 © Annika Fuhrmann
53 © Fuhrmann
54 © iStock-498130819/Mitrija
56 © Nihad Nino Pušija
58 © Foto-Archiv der Gesellschaft für bedrohte Völker
60 © Landtag Mecklenburg-Vorpommern
62 © Stadt Mosbach
65 © Stadt Halle (Saale)
66 © Klaus Schulz
69 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
70 © AdobeStock_53216453
71 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Heidrun Helwig
72 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Heidrun Helwig
74 © Nataliia Tomenko, AdobeStock_143143655
76 © Janush Panchenko
77 © Janush Panchenko
78 © picture alliance / Anadolu | Nihad Ibrahimkadic
80 © Lernort Kislau e.V., Zeichnung: Katja Reichert
82 © Dokumentations- und Kulturzentrum / Johannes Kaiser
83 © Dokumentations- und Kulturzentrum / Johannes Kaiser
85 © picture alliance/dpa | Andreas Arnold
86 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
87 © Bavaria Media
89 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
95 © Freundeskreis Sinti und Roma Oldenburg e. V.
99 © Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. / Serena Wobus
100 © Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Bayern e. V.
102 © Landesverein der Sinti in Hamburg e. V.
105 © Land NRW / Robin Teller
107 © Tom Gundelwein
108 © Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Schleswig-Holstein e. V.
111 © Petra Bradatsch
112 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Simone M. Neumann
113 © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
114 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
115 © Friesenrat Sektion Nord
116 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma / Bernd Bundschu
117 © Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Bayern e. V.
118 © Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
119 © Familie Köcher/ Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Impressum

Herausgeber

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

ViSdP

Romani Rose

Redaktion

Heidrun Helwig

Autorinnen und Autoren

Björn Budig, Alexander Cramer, Adriana Dörr, Sofia Erto, Rebecca Fisch, Felix Hahn, Heidrun Helwig, Dr. Birgit Hofmann, Stephan Müller, Daniela Ott, Katharina Schwaiger sowie die Schüler*innen Noah Douglas, Cara Janke und Mia Purrucker.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Verfasser*in wieder.

Gestaltung

Angelika Fritsch

Lektorat

Dietlind Grüne, Redaktion Sachtext

Druck

Dewitz + Brill Druck GmbH

Auflage

6 000

Alle Bildrechte wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und eingeholt. Falls unwissentlich Daten verarbeitet wurden, die bestehende Schutzrechte verletzen und nicht sofort als solche erkannt wurden, bitten wir um eine Nachricht an info@sintiundroma.de.

Haftungsansprüche gegen den Zentralrat oder das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sind grundsätzlich ausgeschlossen, sofern kein nachweislich vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden vorliegt.

Gefördert vom Bundesministerium des Inneren aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie unterstützt durch das Ministerium für Arbeit und Soziales aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg.

Dezember 2025

Wir versenden aktuelle Informationen zu unserer Arbeit und unseren Veranstaltungen in einem regelmäßigen Newsletter per E-Mail. Der Newsletter wird gemeinsam vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma herausgegeben. Er stellt neben dem „Newess“, unseren Webauftritten und unseren Programmheften ein zusätzliches Informationsangebot dar, mit dem wir Sie über die Arbeit des Dokumentationszentrums und des Zentralrats sowie aktuelle Themen und Veranstaltungen auf dem Laufenden halten wollen.

Anmelden unter: <http://zentralrat.sintiundroma.de/newsletter/>



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

**Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma**

Fon +49 6221 9811-02
Fax +49 6221 9811-77
info@sintiundroma.de

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Fon +49 6221 9811-01
Fax +49 6221 9811-90
zentralrat@sintiundroma.de

Bremeneckgasse 2 | 69117 Heidelberg
www.sintiundroma.de

ISSN (Print) 2751-2983

ISSN (Online) 2751-2991